



Schiefer, Leon Kilian Baran:

Das Erstarren der türkischen Rechten in Deutschland:
Eine Analyse aus politisch-theoretischer Perspektive

Master Thesis, Winter Semester 2025

Gutachter*in: Fischer, Karsten

Faculty of Social Sciences

Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft

Politikwissenschaft

Ludwig-Maximilians-Universität München



**Münchener Beiträge
zur Politikwissenschaft**

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2025

Leon Kilian Baran Schiefer

Das Erstarken der türkischen Rechten in Deutschland: Eine Analyse aus politisch-theoretischer Perspektive

Masterarbeit bei
Prof. Dr. Karsten Fischer
2025

Abstract:

Diese Arbeit untersucht das Erstarken türkisch-rechtsextremer Strömungen in Deutschland aus einer politisch-theoretischen Perspektive. Im Zentrum steht die Frage, welche Faktoren den Zuwachs dieser Bewegungen in der türkischen Diaspora begünstigen. Dazu werden der historische Kontext des türkischen Nationalismus und seine Ursprünge aufgearbeitet. Auf Basis dessen beleuchtet die Arbeit die spezifischen Bedingungen in Deutschland, die eine Radikalisierung und Mobilisierung ermöglichen, einschließlich der Rolle transnationaler Netzwerke, der Migration und Integration sowie der Wechselwirkungen zwischen Diaspora und Herkunftsland. Verschiedene soziopolitische Theorien werden verwendet, um die Komplexität der Identitätsbildung und die Etablierung nationalistischer Bewegungen in der Diaspora zu erklären. Die empirische Analyse zeigt, dass politische und kulturelle Einflussnahme aus der Türkei, verbunden mit gesellschaftlicher Marginalisierung in Deutschland, zu einer Verstärkung rechtsextremer Ideologien führt. Die Arbeit schließt mit einer Diskussion, die die verwendeten Theorien kritisch betrachtet und versucht, weiterführende Fragen zu beantworten, die während der Forschung aufgetreten sind.

Schlüsselwörter: Türkischer Nationalismus, Rechtsextremismus, Graue Wölfe, Türkei, Integration, Migrationspolitik, Diaspora, Politische Identität, Radikalisierung

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	VI
1. Die Wölfe jagen auch in deutschen Wäldern	8
2. Die polit-historische Entwicklung des türkischen Nationalismus als rechte Ideologie....	12
2.1 Anfänge des türkischen Nationalismus im Osmanischen Reich	12
2.2 Republikgründung und Nationalidentität unter Atatürk	16
2.3 Die postkemalistische Wende.....	19
2.4 Ära Erdoğan – Zwischen Neo-Osmanismus und Islamismus	23
2.5 ‚Der türkische Nationalismus‘ – ein ideologisches Mosaik	26
2.6 Migration als Träger: Der Import rechtsextremer Strukturen	28
3. Das Erstarken des türkischen Rechtsextremismus in Deutschland	29
3.1 Vorgestellte Heimat? – die politische Identität in der türkischen Diaspora	30
3.2 Zwischen Anerkennung und Ausgrenzung: Die Identitätskrise türkischer Migranten ..	41
3.3 Brücken oder Frontlinien? Die Rolle von transnationalen Migrantenorganisationen	45
3.4 Konflikte ohne Grenzen: Migration und gesellschaftliche Spaltungen	53
4. Diskussion	61
4.1 Theorien auf dem Prüfstand: Eine kritische Betrachtung.....	61
4.2 Verbündete und Verbote – Deutschlands Umgang mit türkischem Ultranationalismus	64
5. Alte Freunde, neue Gefahren.....	69
Literaturverzeichnis.....	71
Eigenständigkeitserklärung	77

Abkürzungsverzeichnis

ADÜTDF: Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu (Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland)

AKP: Adalet ve Kalkınma Partisi (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung)

ANF: Avrupa Nizam-ı Alem Federasyonu (Föderation der Weltordnung in Europa)

ATB: Avrupa Türk Birliği (Union der Europäischen Türken)

ATIB: Avrupa Türk-İslam Birliği (Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa)

BBP: Büyük Birlik Partisi (Große Einheitspartei)

BRD: Bundesrepublik Deutschland

Bzw.: beziehungsweise

CDU / CSU: Christlich Demokratische Union / Christlich-Soziale Union

CHP: Cumhuriyet Halk Partisi (Republikanische Volkspartei), eine bedeutende politische Partei in der Türkei

CKMP: Cumhuriyetçi Köylü Millet Partisi (Republikanische Nationale Bauernpartei)

DIE LINKE: Die Linke (deutsche politische Partei)

DİTİB: Diyanet İşleri Türk İslam Birliği (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion)

EM: Europameisterschaft (im Kontext der Arbeit: Fußball-EM 2024)

FDP: Freie Demokratische Partei (deutsche politische Partei)

HDP: Halkların Demokratik Partisi (Demokratische Partei der Völker)

HIB: Heute im Bundestag (eine Publikation des Deutschen Bundestags)

KEF: Komitee für Einheit und Fortschritt (türkisch: İttihat ve Terakki Cemiyeti), eine politische Organisation im Osmanischen Reich

MHP: Milliyetçi Hareket Partisi (Partei der Nationalistischen Bewegung)

NPD: Nationaldemokratische Partei Deutschlands (deutsche rechtsextreme Partei)

PKK: Partiya Karkerên Kurdistanê (Arbeiterpartei Kurdistans)

SPD: Sozialdemokratische Partei Deutschlands

TRT: Türkiye Radyo Televizyon Kurumu (Türkische Radio- und Fernsehanstalt)

UETD: Union Europäisch-Türkischer Demokraten (heute bekannt als UID – Union Internationaler Demokraten)

YTB: Yurtdışı Türkler ve Akraba Topluluklar Başkanlığı (Präsidium für Auslandstürken und verwandte Gemeinschaften)

1. Die Wölfe jagen auch in deutschen Wäldern

Der Anstieg des Rechtsextremismus in Deutschland nimmt zunehmend die Gestalt einer stetig größer werdenden Bedrohung an, sowohl für die demokratische Ordnung als auch für den gesellschaftlichen Frieden – eine Bedrohung, die längst nicht mehr nur eine Randerscheinung ist. Mit wachsendem Einfluss zeigt sich rechte Ideologie nicht nur in der alarmierenden Zunahme rechtsextremer Gewalttaten, sondern auch in der Normalisierung rechtspopulistischer Rhetorik, die immer stärker in den politischen Diskurs Deutschlands eindringt. Verstärkt durch soziale Medien, die hierbei als Plattform für die Verbreitung extremistischer Propaganda und die Radikalisierung dienen, gewinnt der Rechtsextremismus an Präsenz und fordert die Demokratie auf beispiellose Weise heraus. Besonders beunruhigend ist die Zunahme von Angriffen auf Minderheiten, wie etwa auf Menschen mit Migrationshintergrund oder jüdischer Herkunft, sowie Auseinandersetzungen mit den gegnerischen politischen Lagern. Laut dem Bundesamt für Verfassungsschutz stieg die Zahl der rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten in Deutschland von 2022 zu 2023 um 22,4% an. Unabhängig von ihrer Herkunft sind einige rechtsextreme Strukturen nicht nur national organisiert, sondern auch transnational vernetzt, was ihre Reichweite und Mobilisierungsfähigkeit erheblich erweitert. Denn nicht nur der Rechtsextremismus aus dem deutschen Spektrum stellt eine Bedrohung hierzulande dar, sondern auch von ausländischen Gruppierungen, darunter auch die türkische rechtsextreme Bewegung der sogenannten ‚Grauen Wölfe‘ (vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz 2020; 2021).

Besonderes Aufsehen erregte in diesem Kontext der Ausschluss des türkischen Nationalspielers Merih Demiral von der Fußball-Europameisterschaft 2024 aufgrund seines umstrittenen ‚Wolfsgrußes‘, den er beim Torjubel gezeigt hatte. In diesem Zusammenhang ist der Wolfsgruß, welcher ein Symbol des türkischen Rechtsextremismus ist, mehr als eine bloße politische Geste, denn er steht für einen Nationalismus, der sich nicht nur gegen verschiedenste Minderheiten richtet, sondern auch transnationale Konflikte und Identitätsfragen in Deutschland verdeutlicht. Dies hatte nicht nur in der Fußballwelt, sondern auch in der politischen Landschaft Deutschlands für Aufsehen gesorgt und die Aufmerksamkeit auf ein wachsendes Phänomen gelenkt: das Erstarken nationalistischer und rechter Strömungen innerhalb der türkischen Minderheit in Deutschland. Diese Entwicklung wirft zentrale Fragen über die Ursachen, Dynamiken und Auswirkungen nationalistischer Ideologien in migrantischen Gemeinschaften auf und hat erhebliche Implikationen für die Integrationspolitik und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland (vgl. Breinig 2024).

Die prominente Darstellung rechtsextremer türkischer Symbolik ist kein Einzelfall. Der ehemalige deutsche Fußball-Nationalspieler Mesut Özil hat in den sozialen Medien ein Foto veröffentlicht, auf dem er mit seinem neuen Tattoo posiert, das das Symbol der ‚Ülkücü‘-Bewegung, zu der auch die Grauen Wölfe gehören, darstellt. Dies sind nur wenige medienwirksame Beispiele, die kontroverse Diskussionen in Politik und Sport ausgelöst haben, allerdings gibt es auch zahlreiche weniger beachtete Vorfälle, die ebenso beunruhigend sind. Der deutsche Verfassungsschutz schätzt, dass über 12.000 Personen ideologisch dieser Bewegung in Deutschland zuzuordnen sind, wobei die Dunkelziffer vermutlich höher liegt, da hier hauptsächlich die Zahl der Personen aufgelistet ist, welche auch in Verbänden organisiert sind (vgl. Klein & Klauser 2023; Bundesamt für Verfassungsschutz 2023).

Die exklusiv-nationalistische und rassistische Ideologie rechter türkischer Bewegungen in Deutschland richtet sich nicht nur gegen die Grundwerte des deutschen Staates, sondern auch gegen andere Minderheiten, die in der Türkei bereits Gewalt durch diese Gruppierungen erfahren haben. Dies betrifft insbesondere jüdische Menschen, Kurden, Armenier und linke Oppositionelle. Trotz der wachsenden Gewaltbereitschaft dieser Gruppierungen und Verboten in Nachbarländern wie Frankreich oder Österreich, sind die Grauen Wölfe in Deutschland bislang nicht verboten, was den Zuwachs von vornherein nicht einschränkt. Abgesehen von den rechtsradikalen Strukturen, die durch den Verfassungsschutz bekannt sind, entwickeln sich auch in der Mehrheit der türkischen Migrationsgesellschaft immer mehr rechtskonservative Tendenzen, besonders seit der türkische Präsident Recep T. Erdoğan an der Macht ist. Dies stellt die Problematik in ein neues Licht, denn der Zuwachs zu rechtsextremen Strukturen ist nicht allein ein ‚Importprodukt‘ aus dem türkischen Ausland, sondern findet auch auf deutschem Boden statt. Diese Ursachen gilt es zu ermitteln (vgl. Bozay 2024; Arslan & Goetz 2022, S. 131). In einer schriftlichen Anfrage erkundigt sich die Bundestagsabgeordnete Clara Büniger (DIE LINKE), ob die Bundesregierung eine zunehmende Gefahr für kurdischstämmige Personen und Erdoğan-Kritiker in Deutschland sieht, insbesondere nach der Wiederwahl von Recep Tayyip Erdoğan und Vorfällen wie Messerangriffen auf Erdoğan-Gegner durch Anhänger der Grauen Wölfe während der Wahlsiegesfeier in Deutschland. Sie fragt zudem, ob ein Verbot der rechtsextremen Organisation der Grauen Wölfe, ähnlich wie in Frankreich, in Betracht gezogen wird, um gefährdete Gruppen besser zu schützen. Die Bundesregierung antwortet, dass es derzeit keine Hinweise auf eine zunehmende Gefahr für Kurden oder Regimekritiker in Deutschland gibt. Sie betont, dass der Import türkischer innenpolitischer Konflikte in die deutsche Gesellschaft nicht akzeptiert wird. Extremistische Aktivitäten werden konsequent von den Sicherheitsbehörden verfolgt, zu einem wirklichen Verbot der Grauen

Wölfe äußert sich die Bundesregierung allerdings nicht, um mögliche operative Maßnahmen nicht zu gefährden (vgl. Deutscher Bundestag 2023).

Erschreckend ist dabei besonders die Machtlosigkeit der deutschen Behörden gegenüber den türkischen Rechtsextremisten. Wie aus einer Recherche der TAZ (Die Tageszeitung) hervorgeht, bleiben Morddrohungen gegen deutsche Politiker, mit teils kurdischer Abstammung, ungestraft. Die Täter befinden sich dabei oft auch in der Türkei, während der türkische Staat die Ermittlungen des Bundeskriminalamtes in Deutschland durch den Rückhalt von Informationen blockiert. Dadurch können Extremisten ungehindert in Deutschland einreisen und erwarten keine Strafverfolgung (vgl. Ağar, Belghaus et al. 2023). Zudem zeigt sich, dass jene rechten Strukturen immer mehr Zuwachs bekommen, wie aus einer Meldung von ‚heute im bundestag‘ hervorgeht (vgl. hib 2023). An dieser Stelle artikuliert sich auch das Forschungsinteresse dieser Arbeit, welches darauf abzielt, herauszufinden, was diesen Zuwachs türkischer Rechtsextremisten in der Bundesrepublik begünstigt.

Vor allem Autoren wie Kemal Bozay (2017; 2023; 2024), Emre Arslan (2009) oder Alexander Clarkson (2022) liefern wertvolle Beiträge zu dieser Thematik, die sich mit der türkischen Diaspora und den rechtsextremen Strukturen, die in Deutschland zu finden sind, auf verschiedenste Weise beschäftigt haben. Auffallend dabei ist jedoch, dass es vergleichsweise wenig theoriebasierte Untersuchungen zu diesem Thema gibt, weshalb diese Arbeit eine passende Ergänzung zu der bisherigen Literatur bieten könnte. Zur Untersuchung des türkisch-rechtsextremen Aufschwungs wird eine kombinierte Betrachtung von theoretischen Ansätzen und empirischen Analysen angestrebt, um ein fundiertes und differenziertes Verständnis dieses Phänomens zu entwickeln. Die Verknüpfung von Theorie und Analyse ermöglicht es, die Dynamiken des türkischen Rechtsextremismus aus verschiedenen Blickwinkeln zu erfassen und gleichzeitig dessen mögliche Auswirkungen auf die Integrationspolitik und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland aufzuzeigen. Dabei wird insbesondere die Verknüpfung von historischen, gesellschaftlichen und ideologischen Aspekten mit aktuellen politischen Entwicklungen in den Fokus gerückt.

Die Arbeit gliedert sich in mehrere zentralen Kapitel, die Theorie und Analyse eng miteinander verknüpfen, um die Fragestellung systematisch zu beleuchten. Nach einer Einleitung, in der die Relevanz des Themas und das Forschungsinteresse dargestellt werden, folgt ein politisch-historischer Überblick. Dieses Kapitel beschreibt die Entwicklung des türkischen Nationalismus und rechtsextremer Strömungen und liefert die Grundlage für das Verständnis der ideologischen und historischen Wurzeln des türkischen Rechtsextremismus, um dessen

gegenwärtige Erscheinungsformen in Deutschland besser zu verstehen. Daran anknüpfend werden einige grundsätzliche Rahmenbedingungen festgelegt, wie die Begrifflichkeit des türkischen Nationalismus und die Tatsache der Etablierung rechter Strukturen in Deutschland. Anschließend werden theoretische Ansätze wie die Cleavage-Theorie sowie Theorien zur politischen Identität, Migration und Integration behandelt. Diese theoretischen Perspektiven werden unmittelbar in die Analyse eingebettet und dienen als Werkzeuge zur Erklärung der empirischen Befunde. Im Rahmen der Analyse werden öffentlich zugängliche Datenquellen und empirische Beispiele genutzt, um die Struktur, Netzwerke und Dynamiken türkischer rechter Gruppierungen in Deutschland zu untersuchen. Mit diesem Ansatz bietet die Masterarbeit eine umfassende und differenzierte Betrachtung, die historische, gesellschaftliche und politische Dimensionen miteinander verknüpft. Abschließend werden die Ergebnisse in den Kontext aktueller politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen gestellt. Die Diskussion beleuchtet sowohl die Herausforderungen, die an die Theorie gestellt werden, und mögliche Einschränkungen, die bei der Forschung aufgekommen sind, als auch mögliche Ansätze, das Theoriekonstrukt zu verbessern bzw. zu erweitern. Darüber hinaus soll auch ein mögliches Verbot türkischer rechtsextremer Vereinigungen diskutiert werden und inwiefern die deutsche Rechte dabei eine Rolle spielt. Die Arbeit schließt mit einem Fazit, das die zentralen Erkenntnisse zusammenfasst und Perspektiven für zukünftige Forschungen aufzeigt.

2. Die polit-historische Entwicklung des türkischen Nationalismus als rechte Ideologie

Um bestimmte politische Ereignisse zu verstehen, ist ein Rückblick in die Vergangenheit notwendig, da die Gründe oder Entstehungsgeschichten mancher politischen Strömungen oder deren Ideologien dort zu finden sind, wie etwa die des türkischen Nationalismus und den dazugehörigen rechtsextremen Bewegungen. Das erst hundertjährige Bestehen der Türkischen Republik erscheint im Vergleich zu anderen Ländern oder besser gesagt Nationen doch recht jung, dahinter steckt jedoch eine bedeutende historische Vergangenheit. Um den türkischen Nationalismus zu verstehen, ist es erforderlich, die relevanten innen- und außenpolitischen Geschehnisse seit der Gründung des Staates grob zu umreißen. Der folgende Abschnitt der Arbeit beschäftigt sich mit den Ereignissen kurz vor der Gründung der Republik im Jahr 1923 bis hin zur Gegenwart, einschließlich des Zeitpunkts, an dem die türkische Rechte in Deutschland Einfluss gewinnen konnte. Besonderes Augenmerk wird auf die Entwicklungen gelegt, die für die Entstehung des türkischen Nationalismus als rechte Ideologie von Bedeutung sind.

2.1 Anfänge des türkischen Nationalismus im Osmanischen Reich

Der türkische Nationalismus hat seine Wurzeln in den späten Jahren des Osmanischen Reiches, als das multinationale Imperium mit ethnischen und religiösen Spannungen konfrontiert war. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts wurden Versuche eingeleitet, eine neue militärische und administrative Ordnung zu etablieren, was auf deutliche Probleme stieß. Als Nebenprodukt dieser Modernisierungsbestrebungen entwickelte sich in den 1860er Jahren die Bewegung der Jungosmanen oder ‚Neuen Osmanen‘ (türkisch: Yeni Osmanlılar), die sich aus Intellektuellen und Reformern zusammensetzte. Sie traten für die Einführung einer konstitutionellen Monarchie und eine Modernisierung des Osmanischen Reiches nach westlichem Vorbild ein. Die Jungosmanische Bewegung war stark von liberalen und westlichen Ideen beeinflusst, wollte aber gleichzeitig die osmanische Identität und islamischen Werte bewahren. Ihr Ziel war es, die Macht des Sultans zu beschränken und eine Verfassung sowie ein Parlament einzuführen, was ihnen schließlich gelang und 1876 zur ersten osmanischen Verfassung sowie zur Einberufung eines Parlaments unter Sultan Abdülhamid II. führte. Allerdings wurde diese Verfassung kurz darauf im Jahr 1878 wieder aufgehoben, und der Sultan regierte weiter mit absoluter Macht (vgl. Rogg 2017, S. 36 f.; Balistreri 2023, S. 2 ff.; Küpeli 2023, S. 3).

Während des 19. Jahrhunderts, unter dem Druck nationalistischer Bewegungen in Europa, begann sich auch in der osmanischen Elite eine frühe Form von türkischem Nationalismus zu entwickeln, die auf einer stärkeren Identifikation mit der türkischen Ethnie und Sprache basierte. Diese Entwicklung mündete in der Gründung der ‚Jungtürken‘-Bewegung, die Anfang des 20. Jahrhunderts zunehmend Einfluss auf die osmanische Politik nahm. Besonderen Einfluss erlangte für diese Bewegung das ‚Komitee für Einheit und Fortschritt‘ (kurz KEF - türkisch: İttihat ve Terakki Cemiyeti). Es bildete sich zu Beginn im Verborgenen und erlangte anschließend starke politische Macht nach der Kapitulation von Abdülhamid II. während der Jungtürkischen Revolution im Jahre 1908 (vgl. Rogg 2017, S. 37 f.; Balistreri 2023, S. 2). An diesem Punkt der Geschichte lässt sich eine wichtige Komponente für die Entwicklung der türkisch-nationalistischen Ideologie verorten, nämlich der Turanismus. Diese ideologische Strömung war unter der jungtürkischen Regierung ein wichtiges Element für einen türkischen Nationalstaat und galt als Antwort auf die zunehmenden Nationalismen in Europa. Der Turanismus basiert auf der Idee, dass alle Turkvölker (vom Osmanischen Reich über Zentralasien bis hin zu den Wolgatataren) gemeinsame historische und kulturelle Wurzeln haben, die auf das fiktive, fast mythische türkische Großreich ‚Turan‘ zurückgehen. Für die Jungtürken war dies das ‚Ideal‘ (türkisch: Ülkü) einer türkischen Nation. Der Turanismus betonte die Einheit von Abstammung, Sprache und Kultur der türkischen Völker und stellte die Idee einer Rückkehr zu den Wurzeln in Zentralasien in den Vordergrund. Daraus leitet sich auch der Begriff ‚Ülkücü‘ ab, was übersetzt so viel wie ‚Idealist‘ bedeutet und damit auch namensgebend für die gleichnamige Bewegung ist, von der auch die Grauen Wölfe (türkisch: Bozkurtlar) ein Teil sind (vgl. Küpeli 2020, S. 312; Bozay 2024). Aus einer eurozentrischen Perspektive war dieses Staatsgebilde für die meisten Betrachter bereits ‚die Türkei‘ und weniger das bröckelnde Osmanische Reich. Die Jungtürken strebten eine Modernisierung des Reiches an und vertraten dabei einen Nationalismus, der sich klar von dem osmanischen Vielvölkerstaat abgrenzte und eine starke ethnische Komponente hervorhob. Für sie war die Türkisierung der nicht-türkischen Völker des Reiches die Lösung der inneren Spannungen. Trotz der Bemühungen des Komitees für Einheit und Fortschritt fing das geschwächte Reich an zu zerfallen. Die Balkankriege von 1912 bis 1913 und die damit verbundenen starken demographischen Veränderungen mündeten in den Verlust der meisten Gebiete auf dem Balkan und in die Flucht tausender Menschen. Um den türkischen Nationalstaat zu etablieren, setzte das Jungtürken-Regime auch auf diskriminierende Praktiken, die zur Ermordung und Vertreibung von nicht-muslimischen Minderheiten führten, wie den Armeniern, Griechen oder Aleviten. Mit dem Eintritt des Osmanischen Reichs in den Ersten Weltkrieg 1914

verschlimmerte sich auch die Lage der verfolgten Minderheiten im Reich, da im Nebel des Krieges kaum eine Instanz über die Gräueltaten hätte wachen können. Die Verfolgung erreichte mit dem Genozid an den Armeniern 1915 einen Höhepunkt, bei dem über eine Million Menschen unter der Führung des Komitees für Einheit und Fortschritt ermordet wurden, darunter auch andere nicht-muslimische Minderheiten (vgl. Küpeli 2020, S. 307; Plaggenborg 2012, S. 74 f.).

Schon während des Ersten Weltkriegs wurden Brücken nach Deutschland geschlagen, denn das Osmanische Reich ging beim Kriegseintritt ein Bündnis mit Kaiser Wilhelm II. ein, um gegen die Entente zu kämpfen. Die nationalistische Führungsriege des KEFs, darunter Enver Paşa, Cemal Paşa und Talat Paşa, entschied sich für ein Militärbündnis mit dem Deutschen Kaiserreich und befeuerte die islamistischen Tendenzen durch den Aufruf zum Dschihad. Auch die deutsche Propaganda schloss sich dem an und rief zu einem „heiligen Krieg“ auf (vgl. Götting 2014; Rogg 2017, S. 38 ff.). Während des verheerenden Krieges erschloss sich ein weiteres Puzzleteil für den türkischen Nationalismus. In der Schlacht um Gallipoli im April 1915 stellte sich der Offizier Mustafa Kemal Paşa als Held der Schlacht heraus. Nach langen Kämpfen gelang es den jungtürkischen bzw. osmanischen Streitkräften die Alliierten zu besiegen und sie im Januar 1916 zum Abzug zu drängen. Doch all die Mühen waren vergebens; nur wenig später war der Krieg für das Osmanische Reich verloren, und die alliierten Streitkräfte besetzten den Rest des osmanischen Territoriums. Währenddessen setzte sich das Triumvirat um Kriegsminister Enver Paşa im Ausland ab. 1918 besetzten Frankreich und Großbritannien Istanbul, was inoffiziell das Ende des Osmanischen Reichs markierte. Mustafa Kemal Paşa bewegte sich zwar meistens im Hintergrund des Jungtürken-Regimes, dabei sammelte er jedoch politische Verbündete, um Widerstand gegen die Besatzung der Alliierten zu leisten, nachdem die Führungsriege aufgegeben hatte (vgl. Rogg 2017, S. 39 ff.; Kreiser 2012, S. 22 ff.).

Nachdem das Osmanische Reich den Ersten Weltkrieg verloren hatte, führte der Vertrag von Sèvres (1920) zu einer dramatischen Aufteilung osmanischer Gebiete, darunter Pläne zur Schaffung eines armenischen Staates und zur Übergabe von Gebieten an Griechenland. Mustafa Kemal lehnte die Bedingungen des Vertrags von Sèvres ab und begann eine nationale Widerstandsbewegung zu organisieren. Im Mai 1919 kam er nach Samsun, wo er den ersten Schritt zur Mobilisierung des türkischen Widerstands unternahm. Zudem war geplant, einen kurdischen Nationalstaat zu etablieren, doch der damit einhergehende Machtverlust auf kurdischer Seite sagte den bestimmenden Eliten nicht zu, weshalb sich die kurdischen Anführer gegen den Vertrag aussprachen (vgl. Küpeli 2020, S. 308 f.).

Mustafa Kemal berief Kongresse in Erzurum und Sivas ein, um die Grundlage für die Unabhängigkeitsbewegung zu schaffen. 1920 gründete er die Große Türkische Nationalversammlung (tr.: Türkiye Büyük Millet Meclisi) in Ankara, die als Oppositionsregierung zur noch ‚offiziellen‘ osmanischen Regierung in Istanbul fungierte, mit ihm als Vorsitzenden. Letztlich wurde dadurch auch das Sultanat 1922 abgeschafft (vgl. Kreiser 2012, S. 26).

„In seiner Rede vom 1. Mai definierte Atatürk eine multiethnische, aber religiös homogene Staatsbevölkerung. «Die Personen, die unsere Hohe Ratsversammlung bilden, sind nicht allein Türken, nicht allein Tscherkessen, nicht allein Kurden, nicht allein Lasen.» Er betonte ausdrücklich, dass diese «einander aufrichtig zugetane» (samîmî) Gemeinschaft nicht aus einer muslimischen Volksgruppe, sondern aus mehreren Elementen zusammengesetzt sei. Zu den nationalen Grenzen bemerkte er, dass diese südlich von İskenderun verliefen und Mosul, Süleymaniye und Kirkuk einschlossen, denn nördlich wie südlich von Kirkuk lebten sowohl Türken als auch Kurden.“ (Kreiser 2012, S. 30)

Bereits vor der Unterzeichnung dieses Vertrags hatten die Jungtürken paramilitärische Organisationen ins Leben gerufen, um sich auf die Auflösung des Reiches vorzubereiten. Diese Strukturen wurden von der türkischen Nationalbewegung übernommen, um die örtliche Miliz zu organisieren und türkisch-muslimische Interessen zu verteidigen. Ein zentrales Ziel der Bewegung war es, Gebietsverluste zu verhindern und einen türkischen Nationalstaat zu errichten. Die anfänglichen Versprechungen von Mustafa Kemal von einem multiethnischen Staat waren ebenfalls Beweggründe für die kurdischen Machthaber das Vorhaben zu unterstützen, was sich später als falsch herausstellte. In den Jahren 1920 bis 1923 führte Mustafa Kemal den Türkischen Befreiungskrieg, der gegen Armenier im Osten und Griechen im Westen Anatoliens gerichtet war, was zur Vertreibung der Armenier sowie der griechischen Bevölkerung in Teilen der heutigen Türkei führte. Nach dem militärischen Sieg über Griechenland wurde der Vertrag von Lausanne (1923) unterzeichnet, der den Vertrag von Sèvres ersetzte und die Souveränität der Türkei in ihren neu erkämpften Grenzen anerkannte.

„Der Sieg taugte hervorragend zur Mystifizierung der Geburtsstunde der türkischen Nation und des türkischen Nationalstaats. Wenn die Bedrängnis den Sieg unmöglich erscheinen lässt, schlägt die Stunde des Mythos, und kein Mythos ist wirkungsvoller als ein mit Kampf, Blut, Not und Triumph besiegelter.“ (Plaggeborg 2012, S. 76)

Der Lausanner Vertrag beinhaltete auch einen massiven Bevölkerungsaustausch bzw. Zwangsumsiedlungen zwischen Griechenland und der Türkei, während die Souveränitätsansprüche der Kurden völlig ausgeschlossen wurden. Durch die neuen Bestimmungen veränderte sich der gesamte Diskurs um die Etablierung des türkischen Nationalstaates und damit auch die vorherrschende Ideologie. Minderheiten, die nicht ‚türkischer Abstammung‘ waren, wurden in der ‚Neuen Türkei‘ aus der politischen Landschaft verbannt (vgl. Rogg 2017, S. 41 f.; Balistreri 2023, S. 3 f.; Küpeli 2020, S. 308 f.; Plaggeborg 2012, S. 76).

Dieser Abriss der türkischen Geschichte vor der Republikgründung scheint fast obsolet für die hier behandelte Thematik der Arbeit. Im Nachgang wird sich jedoch zeigen, dass die Entwicklung des türkischen Nationalismus unabdingbar mit der äußerst ereignisreichen Geschichte des Landes verwoben ist. Besonders nach der Gründung der Republik kam es zu gewaltigen Umschwüngen, sowohl ideologisch als auch politisch.

2.2 Republikgründung und Nationalidentität unter Atatürk

Nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches und dem Ende des Ersten Weltkriegs legte der Vertrag von Lausanne vom 24. Juli 1923 die territorialen Ansprüche der Türkei fest, welche bis heute unverändert sind. Allerdings musste die Türkei auch einige Gebiete, wie zum Beispiel einige griechische Inseln, abtreten, was durchaus zu Kritik seitens der imperialistisch orientierten Bevölkerung führte. Nichtsdestotrotz kam es am 29. Oktober 1923 zur Gründung der Türkischen Republik durch Mustafa Kemal, welcher später durch eine Reform der Namensgebung den Zusatztitel ‚Atatürk‘ – ‚Vater der Türken‘ erhielt (vgl. Akyol 2023). Kurz nach dem Vertragsschluss gründete er seine eigene Partei, die Republikanische Volkspartei (tr.: Cumhuriyet Halk Partisi, CHP), deren Präsident er war und im Grunde alleiniger Machthaber in einem unitaristischen System (vgl. Kreiser 2012, S. 39; Rogg 2017, S. 48).

Atatürk stand nun vor einer schwierigen Aufgabe: der Neugestaltung der Türkei und der Nationalidentität der dort lebenden Bevölkerung. Damit war nicht nur die unumstrittene Souveränität des Staatsgebiets zu sichern gemeint, sondern sich auch von jeglichen osmanischen und islamischen Strukturen loszureißen. Die Abschaffung des Kalifats 1924 führte zur Entstehung einer der ersten Konfliktlinien in der Türkei und dem Bruch mit den Islamisten (vgl. Balistreri 2023, S. 4). Jegliche religiösen Einrichtungen wurden geschlossen oder fielen in die Obhut der staatlichen Religionsbehörde Diyanet (türkisch: Diyanet İşleri

Başkanlığı – Präsidium für religiöse Angelegenheiten), welche damit die komplette Kontrolle über den vorherrschenden Islam innerhalb der Republik erhielt (vgl. Akyol 2023; Rogg 2017, S. 46 f.). Atatürks Vision eines laizistischen und ethnisch homogenen Nationalstaates führte zu einer radikalen Umgestaltung der türkischen Gesellschaft. Die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen, die er zu Beginn seiner Regentschaft durchgesetzt hatte, eröffneten ihm ebenfalls die Möglichkeit, seine eigene ideologisch-politische Strömung zu etablieren. Der sogenannte ‚Kemalismus‘ entwickelte sich zusammen mit der strikten Reformpolitik von Atatürk, dessen Anhänger Kemalisten genannt werden. Im Grunde ist der Kemalismus eine Synthese aus verschiedenen politischen Konzepten: Republikanismus, Laizismus, Nationalismus, Populismus, Etatismus und Revolutionismus (vgl. Rogg 2017, S. 49). Nicht unwesentlichen Einfluss auf die Entstehung des türkischen Nationalismus und auf Atatürk selbst, hatte der Soziologe Ziya Gökalp, welcher als einer der bedeutendsten Ideologen des türkischen Nationalismus im frühen 20. Jahrhundert gilt. Seine Ideen waren stark von der Soziologie Émile Durkheims geprägt, insbesondere hinsichtlich Kultur, Zivilisation und Fortschritt. Gökalp vertrat die Auffassung, dass die westliche Zivilisation trotz christlicher Prägung nicht exklusiv an das Christentum gebunden sei und trennte bewusst Kultur und Zivilisation: Während der Islam die türkische Kultur formt, könne die westliche Zivilisation als Fortschrittsmodell dienen. Diese Denkweise floss in den Kemalismus ein, der die Türkei modernisieren und säkularisieren wollte, ohne die türkische Identität aufzugeben. Gökalp förderte einen kulturellen Nationalismus auf Basis einer gemeinsamen Sprache, Religion und Moral und legte damit das Fundament für die Türkisierung und Modernisierung, die Atatürk später umsetzte. Trotz einiger Meinungsunterschiede – besonders zur Rolle der Religion im Staat – stimmten Gökalp und Atatürk darin überein, dass sich die Türkei von ihrem osmanischen Erbe lösen und zu einem modernen Nationalstaat entwickeln müsse (vgl. Xypolia 2016, S. 114 f.; Özbek 2005, S. 180; Balistreri 2023, S. 4).

Doch was versteht man eigentlich unter ‚Türkisierung‘? Im Grunde kann man sagen, dass Atatürk versucht hat, durch verschiedene Reformen, auf politischer sowie rechtlicher Ebene, der neu gegründeten Republik und ihren Bewohnern eine neue Identität zu geben. Zu diesen Reformen gehörte zum Beispiel die Anpassung der Sprache, indem das lateinische Alphabet eingeführt wurde. Außerdem wurden radikal Namen geändert und an das Türkische angepasst; viele kurdische, griechische und armenische Dörfer erhielten dadurch türkische Namen, die bis heute bestehen. Zudem wurden ein Großteil der Rechtsschriften und verschiedene Strafrechtstexte nahezu identisch aus europäischen Ländern übernommen, zum Beispiel aus dem faschistischen Italien. Das Ziel war es, möglichst nah an das westliche Vorbild

heranzukommen, wodurch auch der Laizismus, also die strikte Trennung von Religion und Staat, von Atatürk in der Verfassung festgeschrieben wurde (vgl. Rogg 2017, S. 49; Çati & Bilgili 2023, S. 138). Um die Türkisierung und die Schaffung einer neuen Identität zu verstärken und zu festigen, entwickelte Atatürk seine eigene Geschichtsschreibung. Mit Hilfe der türkischen Geschichtsthese (tr.: Türk Tarih Tezi) begründete er eine neue Abfolge der Geschehnisse in der türkischen Geschichte, insbesondere in Bezug auf die Bewohner der anatolischen Hochebene. Die Bevölkerung wurde durch pseudowissenschaftliche Studien und Darstellungen aus der Archäologie indoktriniert, dass die Türken die Nachfahren heldenhafter und sagemumwobener Krieger seien. Im Grunde wurde durch diese These postuliert, dass die türkische ‚Rasse‘ schon seit Jahrtausenden über das türkische Territorium geherrscht hat bzw. dort angesiedelt ist. Atatürks Ambition war es, das Bild des Türken, das im Osmanischen Reich eher als rückständig und unansehnlich galt, in ein besseres Licht zu rücken und eine starke, respektable Identität zu schaffen. In Bezug auf die neue Identität der türkischen Bevölkerung und die Betonung einer ruhmreichen Vergangenheit sollten die Schandflecke der Geschichte der Jungtürken und deren blutige Vergangenheit quasi verdrängt werden. All dies gehört zum Entwicklungsprozess des türkischen Nationalismus, wie man ihn heute kennt. Allerdings musste die Staatsführung unter Atatürk sich weniger auf den Turanismus konzentrieren, den die Jungtürken propagiert hatten, sondern vielmehr den Staat und die Republik in den Vordergrund stellen (vgl. Özdoğan 2002, S. 116; Küpeli 2020, S. 313; Xypolia 2016, S. 116 ff.).

Mit der türkischen Geschichtsthese entwickelte sich auch eine Art Rassismus, der sich im türkischen Nationalismus widerspiegelt und zu einem zentralen Narrativ wurde. Wie zuvor erwähnt, besagt die These, dass die türkische ‚Rasse‘ seit Anbeginn der menschlichen Zivilisation in Anatolien existiert (durch eine angebliche Verwandtschaft zwischen Sumerern bzw. Hetitern und den Türken) und damit der Ursprung dieser Zivilisation in Nahost, Zentralasien und Anatolien ist, was historisch gesehen gänzlich falsch ist. Diese Auslegung der türkischen Herkunft hatte bzw. hat immer noch Auswirkungen auf nicht-türkische Minderheiten wie Kurden oder Armenier. Damit einher geht auch die „Sonnensprachetheorie“ (tr.: Güneş Dil Teorisi), die behauptet, die türkische Sprache sei die ‚Ursprache‘ der ersten zivilisierten Gemeinschaften in der Weltgeschichte, von der alle anderen Sprachen abstammen sollen. Problematisch war jedoch, dass die Auslegung der türkischen Geschichte und der Herkunft des Türkentums viel älter datiert wurde als der Islam, was dazu führte, dass der Islam immer mehr an Bedeutung verlor. Hier lässt sich erneut auf den Bruch in der Gesellschaft hinweisen, da die islamische Identität in dieser Zeit stark an Bedeutung verlor. Erst später, im

Verlauf der 1930er bis 1940er Jahre, entwickelten sich neue konservativ-religiöse Parteien, die den Islam wieder in die politische Landschaft brachten (vgl. Küpeli 2020, S. 314; Küpeli 2021, S. 2; Xypolia 2016, S. 119 f.)

Die angesprochenen rassistischen Elemente waren in dieser Phase der Republik deutlich zum Vorschein gekommen. Die Türkisierungspolitik zielte darauf ab, nicht-türkische Ethnien, insbesondere Kurden, aber auch andere Minderheiten, zu assimilieren oder zu verdrängen. Der Nationalismus unter Atatürk basierte auf der Idee der Überlegenheit der ‚weißen‘ türkischen Rasse (mit ‚weißen und schwarzen Türken‘ sind sozio-kulturelle Unterschiede gemeint, relevant für Kapitel 3.4) und einer engen Anbindung an den Westen. Die Politik der Türkisierung wurde fortgesetzt, was zur Marginalisierung und Unterdrückung dieser ethnischen Minderheiten führte. Die strikte Assimilierungspolitik von Atatürk zog auch Widerstände nach sich; vor allem in kurdischen Provinzen und alevitischen Dörfern zeigte die Bevölkerung starken Widerstand gegen Atatürks Politik. Aufstände der Provinzbewohner wurden mit voller Härte niedergeschlagen, um die Türkisierung voranzutreiben. Atatürks Streben nach einer homogenen Türkei war gleichzusetzen mit einer Entwicklungsdiktatur, die nicht davor zurückschreckte, Massaker und andere Gräueltaten an der Bevölkerung zu verüben, um an das gewünschte Ziel zu kommen. Diese Homogenisierungsmaßnahmen in der Türkei lösten eine weitere gesellschaftliche Spaltung in der Republik aus: den ethischen Konflikt zwischen Türken und Kurden, oder eben Homogenisierung und Pluralismus, der bis heute ein Streitpunkt in der türkischen Gesellschaft geblieben ist (vgl. Xypolia 2016, S. 117; Çati & Bilgili 2023, S. 138).

2.3 Die postkemalistische Wende

In den folgenden Jahrzehnten blieb der Nationalismus Atatürks ein zentraler ideologischer Bestandteil des türkischen Staates, dennoch entwickelten sich auch nationalistische Strömungen, die den kemalistischen Laizismus ablehnten und stattdessen eine stärkere islamische Komponente einbrachten. Während des Zweiten Weltkriegs veränderte sich auch die politische Landschaft in der Türkei; hierbei gelang es vermehrt rechtsextremen Gruppierungen sich in der jungen Republik zu etablieren. Die anfänglich neutrale Position der Türkei im Kriegsgeschehen begann langsam zu schwanken, vor allem aufgrund intensiver Verbindungen zu Deutschland. Das Hitler-Regime betrachtete die Türkei und den Nahen Osten als wichtige Quellen für Rohstoffe und strebte daher danach, die Türkei auf seine Seite zu ziehen, um sowohl Verbündete gegen den Bolschewismus unter Stalin in Russland als auch im Westen zu gewinnen. Hierbei war insbesondere die ideologische Dimension von großer

Bedeutung (vgl. Bozay 2024). Franz von Papen, der zeitweise Reichsbotschafter in der Türkei war, förderte faschistische türkische Bewegungen im Auftrag der Nationalsozialisten. Durch den gegenseitigen Austausch turanistischer und nationalsozialistischer Ideologien in bestimmten Kreisen versuchten die Deutschen, die Türkei auf ihre Seite zu ziehen. Ein Ergebnis dessen waren die Pogrome gegen Juden in der Türkei im Jahr 1934, bei denen ein zunehmend offener Antisemitismus in der Gesellschaft sichtbar wurde. Auf Weisung der CHP (Republikanische Volkspartei) wurden Juden verfolgt und aus bestimmten Regionen vertrieben, was Teil der ‚Türkisierungspolitik‘ war, welche zahlreiche Juden zur Auswanderung zwang (vgl. Bozay 2024; Küpeli 2020, S. 310 f.)

Eine besondere Position im politischen Gefüge der Türkei erreichte während des Krieges der türkische Offizier Alparslan Türkeş. Der spätere Anführer der Grauen Wölfe war trotz seines jungen Alters (geboren 1917) eine zentrale Figur in der turanistischen Bewegung und ein großer Bewunderer Hitlers. Als 1944 die Niederlage Nazi-Deutschlands unausweichlich wurde, verhaftete die türkische Regierung führende Vertreter des Turanismus, darunter auch Türkeş. Er wurde zu einer zehnjährigen Haftstrafe verurteilt, später jedoch freigesprochen und auf Grund des beginnenden Kalten Krieges wieder freigelassen. Die türkische Regierung fürchtete zu dieser Zeit die Sowjetunion und den Kommunismus weit mehr als Ultrationalisten und Turanisten. In Anbetracht der Bedrohungslage orientierte sich die Türkei immer stärker Richtung Westen und begann, Linke und Kommunisten zu verfolgen. Diese Verfolgung und die Angst vor dem Kommunismus bzw. Linksextremismus läutete eine Reformierung (im Sinne einer Neuaufstellung) der türkischen Rechtsextremen ein, wodurch der Rechtsextremismus in der Türkei nach 1960 einen neuen Höhepunkt erreichte. Kurz nachdem das Militär am 27. Mai 1960 gegen die Regierung putschte, die aus den ersten freien Wahlen hervorgegangen war, entstand eine neue Partei: die MHP (Milliyetçi Hareket Partisi - Partei der Nationalistischen Bewegung). Einer der beteiligten Putschisten war Alparslan Türkeş. Er verließ den Militärdienst 1964 und übernahm mit seiner Anhängerschaft sehr schnell die CKMP (Cumhuriyetçi Köylü Millet Partisi - Republikanische Nationale Bauernpartei), nachdem er ihr beigetreten war. Durch seinen stetig steigenden Einfluss gelang es ihm, die Partei 1969 in die MHP umzubenennen und zu einer ultranationalistischen Massenpartei umzuwandeln. Die Flagge der Partei zeigt drei Halbmonde auf einem roten Hintergrund, die symbolisch auf das Osmanische Reich verweisen. Damit sollte eine neue Zielgruppe angesprochen werden: nationalistisch, konservativ und islamisch orientierte Wähler (vgl. Bozay 2024; Çati & Bilgili 2023, S. 139 f.).

In den 60er und 70er Jahren schlug die Partei einen neuen, radikaleren Weg ein. Türkeş entwickelte eine Strategie, die das radikale Konzept seiner Ideologie in alle Wirkungsbereiche der Republik tragen sollte, ermöglicht durch die Eroberung der Straßen, des Staates und des Parlaments. Ein zentraler Bestandteil der MHP-Ideologie ist unter anderem das Führerprinzip (Führer - tr.: Başbuğ), welches einen gewissen Personenkult um die Figur des Parteigründers Türkeş geschaffen hat, vergleichbar mit anderen Führerkulten. Teil der Strategie war auch die Etablierung von radikalen Jugendgruppen bzw. paramilitärischen Verbänden, welche besonders an die SS-Einheiten Nazi-Deutschlands erinnern. Insbesondere die Gruppierung der ‚Grauen Wölfe‘ (tr.: Bozkurtlar) ist ein zentraler Bestandteil des gewalttätigen Arms der MHP (vgl. Bozay 2024; Çati & Bilgili 2023, S. 140).

Die verschiedenen Gruppierungen und Parteien aus dem rechtsradikalen Spektrum lassen sich unter der Ideologie der ‚Ülkücü‘-Bewegung (dt.: Idealist) verordnen, die in den 1960er Jahren aufkam und sich stark am Panturkismus orientierte – einer Ideologie, die eine Vereinigung aller turksprachigen Völker von Zentralasien bis zur Türkei anstrebte. In den 1970er und -80er Jahren wurden die ‚Ülkücüler‘ (dt.: Idealisten) zunehmend gewalttätig und kämpften gegen linke Gruppen und kurdische Aktivisten (vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz 2023). Eine zunehmende Polarisierung der politischen Lager in der Türkei wurde außerdem durch einen erneuten Militärputsch im Jahr 1971 begünstigt. Dies hatte zur erhöhten Verfolgung von linksorientierten Personen geführt – sowohl in der Türkei als auch im Ausland. Die Rechtsextremisten, die Grauen Wölfe und die MHP arbeiteten dabei Hand in Hand mit der türkischen Polizei zusammen (vgl. Clarkson 2022, S. 43 f.). Die Bozkurtlar (dt.: Grauen Wölfe) verübten in den folgenden Jahrzehnten eine Vielzahl an Attentaten und Mordanschlägen in der Türkei gegen Personen, die nicht ihrer Ideologie entsprachen. Zu ihren Zielen gehörten linke Aktivisten und Studenten, Sozialisten, Gewerkschafter, Wissenschaftler, progressive Lehrkräfte, Journalisten und kurdische Oppositionelle. Besonders gegenüber der religiösen Minderheit der Aleviten eskalierte die Gewalt der Grauen Wölfe häufig in Form von pogromartigen Angriffen, wie 1993 in Sivas oder 1978 in Maraş. Ziel der Bewegung war es, einen bürgerkriegsähnlichen Zustand zu provozieren, der eine starke Führung erforderlich machte und so den Aufstieg der Milliyetçi Hareket Partisi (MHP) sicherstellte. Die späten 70er-Jahre waren von dieser Gewalt zwischen linken und rechten Lagern sichtlich geprägt und beschränkten sich nicht nur auf das türkische Inland. Auch dieser Aspekt findet sich ausführlicher in der Analyse wieder (vgl. Bozay 2024; Balistreri 2023, S. 5).

Ein weiteres prägendes Phänomen der 1970er Jahre war die Rückkehr des Islam in den politischen Diskurs, insbesondere durch die Entwicklung der Türkisch-Islamischen Synthese.

Diese wurde von rechtskonservativen Nationalisten formuliert, um die Beziehung zwischen Staat und Religion neu zu definieren. Dabei bedienten sie sich verschiedener Narrative, wie etwa der Geschichtsthese der Jungtürken und turanistischer Elemente. Für die türkisch-islamische Identität galt dies als das fehlende Puzzleteil, um den Nationalcharakter zu vervollständigen. Nach einem weiteren Militärputsch 1980 erlangte die Türkisch-Islamische Synthese einen weitaus höheren Stellenwert in der ideologischen Zusammensetzung der türkischen Republik. Dies führte zu einer Re-Islamisierung nicht nur auf administrativer Ebene, sondern auch auf der gesellschaftlichen, wie etwa durch verpflichtenden Religionsunterricht in Schulen. Diese Reformen waren offensichtlich entgegen jeder Doktrin, die der Staatsgründer Atatürk im Sinn hatte, genauer gesagt der des Laizismus (vgl. Küpeli 2020, S. 314 f.; Balistreri 2023, S. 7).

Die deutliche Spaltung der Türkei in ein linksgerichtetes und ein rechtsgerichtetes Lager während der 1970er Jahre trug zur Entstehung und zum Aufstieg der Milli Görüş-Bewegung (dt.: Nationale Sicht) bei, die von Necmettin Erbakan ins Leben gerufen wurde. Diese Bewegung trug zu einer stärkeren Politisierung des Islam bei und ist ideologisch der panislamischen Muslimbruderschaft nahe stehend. Sie zeigt antisemitische Tendenzen und vertritt eine radikale Auslegung des Islam. Der Putsch von 1980 festigte die Reintegration des Islam in die Gesellschaft, indem zwar die Verfassung von 1982 offiziell laizistisch blieb, jedoch gleichzeitig mehr Freiraum für den Islam geschaffen wurde (vgl. Rogg 2017, S. 66). In den 1990er Jahren erlebte die Refah Partisi (dt.: Wohlfahrtspartei) unter Necmettin Erbakan einen Aufschwung, der 1996 in seiner ersten Amtsübernahme als Regierungschef gipfelte, wobei er bestrebt war, seine islamische Politik zu verwirklichen. In fast traditionsbewusster Manier griff das Militär bereits 1997 ein und stellte Forderungen an die aktuelle Regierung, um den islamischen Einfluss zu reduzieren. Viele islamische Politiker wurden für mehrere Jahre von der politischen Bühne ausgeschlossen. Unter diesem Druck und ohne Rückhalt aus der Bevölkerung sowie der Koalition trat Erbakan zurück, und die Wohlfahrtspartei wurde verboten. Diese Intervention des Militärs wird von Islamisten als ein „postmoderner Putsch“ wahrgenommen, vergleichbar mit einer Art ‚Dolchstoßlegende‘ (vgl. Rogg 2017, S. 74 f.).

Die inneren Konflikte im Land spitzten sich in dieser Phase weiter zu, insbesondere durch den Kampf gegen die PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) und die Festnahme ihres Anführers Abdullah Öcalan. Nach dem Tod von Alparslan Türkeş im Jahr 1997 zeigte sich die MHP unter der neuen Führung von Devlet Bahçeli in einer gemäßigeren Rolle. Die Partei distanzierte sich öffentlich von Straßengewalt, und ihr moderateres Auftreten trug zu einem breiteren Wählerzuspruch bei. Heute ist die MHP eine der wichtigsten Verbündeten des amtierenden

Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan. Verschiedene Abspaltungen wie die Büyük Birlik Partisi (BBP – dt.: Große Einheitspartei) vertreten teilweise eine ähnliche Ideologie, jedoch oft mit radikaleren islamistischen Ansichten (vgl. Bozay 2024).

2.4 Ära Erdoğan – Zwischen Neo-Osmanismus und Islamismus

Seit den späten 1990er Jahren, insbesondere unter der Regierung der AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi - Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) und Recep Tayyip Erdoğan, hat der türkische Nationalismus eine tiefgreifende Transformation durchlaufen. Erdoğan, dessen islamistische Gesinnung bereits in seiner Zeit als Bürgermeister von Istanbul deutlich wurde, entwickelte eine neue ideologische Linie, die Nationalismus und Islamismus in einer Synthese vereint. Nach dem Rücktritt von Necmettin Erbakan hielt Erdoğan in Siirt, dem Heimatdorf seiner Frau, eine Rede, in der er ein fast schon dschihadistisches Gedicht von Ziya Gökalp rezitierte. Dafür wurde er wegen Volksverhetzung und Anstachelung zu Gewalt zu einer viermonatigen Haftstrafe verurteilt. Nach seiner Haftzeit erlangte Erdoğan einen gewissen ‚Märtyrerstatus‘ und wurde von vielen als Held wahrgenommen, der sich gegen das sogenannte ‚Vormundschaftsregime‘ stellte. Die Türkei befand sich zu diesem Zeitpunkt in einer schwierigen Lage: Die politische Situation war instabil, die Wirtschaft in einer schweren Krise, und es gab anhaltende Gewalt gegen linke Oppositionelle und kurdische Minderheiten, während der Konflikt mit der PKK eine kritische Phase erreicht hatte. Zudem führte die Frustration über politische Sanktionen nach den Militärinterventionen von 1997 zu einem allgemeinen Gefühl der Resignation. In diesem Umfeld entwickelten Erdoğan und seine Verbündeten eine neue Strategie für eine erfolgreiche Wahlkampagne (vgl. Rogg 2017, S. 75 f.; Balistreri 2023, S. 7; Akyol 2023).

Mit der Gründung der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP), spalteten sich Erdoğan und seine Mitstreiter von den traditionellen Islamisten ab und etablierten eine neue politische Linie. Anstelle des Protektionismus und der antisemitischen Verschwörungstheorien der bisherigen islamistischen Bewegungen setzten sie auf wirtschaftlichen Liberalismus und die Teilnahme an globalen Institutionen. Diese Haltung erinnerte in vielerlei Hinsicht an die konservativen Christdemokraten Westeuropas. Die AKP und Erdoğan kritisierten das Vormundschaftsregime und den Kemalismus und strebten danach, alle Teile der türkischen Gesellschaft – Muslime ebenso wie Kurden, Bauern, Dichter und Intellektuelle – zu erreichen (vgl. Balistreri 2023, S. 8).

Ein zentraler Aspekt dieser neuen Strategie war die sogenannte ‚kurdische Öffnung‘ zwischen 2004 und 2013. Dabei wurde den Kurden ermöglicht, ihre Sprache öffentlich zu nutzen, und die Verfolgung durch Sicherheitsbehörden sollte reduziert werden. Erdoğan sprach sogar eine symbolische Entschuldigung für das Massaker an kurdischen Aleviten zwischen 1937 und 1938 aus und wies die Verantwortung dafür der CHP, Atatürks Partei, zu, die zu jener Zeit allein regiert hatte. Dieser Umschwung Erdoğan zielte darauf ab, den politischen Diskurs zu verändern, neue Feindbilder zu schaffen und die breite Masse zu mobilisieren (vgl. Balistreri 2023, S. 8). In den folgenden Jahren festigte die AKP ihre Macht. Erdoğan gelang es, konservative, liberale, islamistische und nationalistische Strömungen unter dem Dach der AKP zu vereinen und lenkte damit auf einen neuen ideologischen Kurs. Die Vision einer „neuen Türkei“ versprach das Ende von Diskriminierung, Hass und Ausgrenzung, was sich unter anderem in Zugeständnissen an Kurden und Aleviten äußerte und einen tatsächlichen Wandel möglich erscheinen ließ. Parallel dazu verfolgte Erdoğan das Ziel einer Verfassungsänderung, um ein Präsidialsystem einzuführen (vgl. Rogg 2017, S. 84).

Die gravierendste Veränderung kam jedoch mit dem gescheiterten Putschversuch im Juli 2016, der zur Ausrufung des Ausnahmezustands führte und in einem Referendum mündete, das eine Verfassungsänderung und die Einführung des Präsidialsystems nach sich zog. Das neue Präsidialsystem entwickelte sich jedoch zunehmend zu einem islamisch-autoritären System, das hart gegen Gegner und vermeintliche Beteiligte des Putsches vorging. Auch das Militär, das traditionell als Hüter der Demokratie und Verfassung galt und stark kemalistisch geprägt war, verlor seine einflussreiche Rolle. 2015 brach Erdoğan den Waffenstillstand mit der PKK, was wiederum in starken Repressalien gegenüber der kurdischen Minderheit mündete. Der türkische Nationalismus wurde zunehmend gegen die kurdischen Unabhängigkeitsbestrebungen instrumentalisiert, wobei die Einheit der Nation und die Unterdrückung separatistischer Bewegungen in den Vordergrund rückten. Insbesondere die HDP (Demokratische Partei der Völker – tr.: Halkların Demokratik Partisi), die sich pro-kurdisch und links orientiert zeigt, wurde zum Ziel politischer Repression (vgl. Balistreri 2023, S. 9).

Die Machtübernahme Erdoğan markierte zudem eine Neuausrichtung des türkischen Nationalismus, welcher in der Literatur teilweise als ‚Neo-Osmanismus‘ beschrieben wird. Dieses Konzept greift auf die imperiale Vergangenheit des Osmanischen Reiches zurück und betont eine Rückkehr zu einer Zeit, in der die Türkei als Großmacht agierte. Diese Ideologie zeigt sich sowohl in der Innenpolitik als auch in der Außenpolitik, insbesondere durch ein verstärktes Interesse an ehemaligen osmanischen Gebieten im Nahen Osten, auf dem Balkan

(besonders im Grenzgebiet Griechenlands) und in Teilen des Kaukasus. Auch die Rhetorik gegenüber dem Westen hat sich unter Erdoğan verändert. Während der Kemalismus der früheren Republik sich stark an westlichen Werten orientierte, zeichnet sich der Nationalismus unter Erdoğan durch eine antiwestliche Haltung aus. Durch militärische Drohungen und Interventionen, wie gegenüber Griechenland in der Ägäis oder im Syrienkonflikt, oder auch durch Bündnisse mit islamistischen Gruppen, versucht Ankara seinen Einfluss in ehemaligen osmanischen Gebieten auszudehnen. Die EU und die NATO zeigen sich uneins und handlungsunfähig, was Erdoğan ermutigt, seine Expansionsbestrebungen fortzusetzen; selbst seine ambivalente Beziehung zu Russland scheint von den internationalen Akteuren hingenommen zu werden (vgl. Balistreri 2023, S. 10; Ekinici & Rüzgar 2020; Akyol 2023).

Neben der ideologischen Ausrichtung nutzte Erdoğan den Nationalismus auch zur nationalen Mobilisierung, insbesondere während politischer Krisen, wie etwa dem gescheiterten Putschversuch im Jahr 2016. In diesen Momenten wurde eine Rhetorik des Widerstands gegen innere und äußere Feinde der Nation propagiert, beispielsweise gegen die Gülen-Bewegung. Zudem wurde in der Kulturpolitik ein verstärkter Fokus auf die osmanische Vergangenheit gelegt, der sich in der Verherrlichung osmanischer Symbole und Werte widerspiegelt. Schließlich ist die Annäherung an die MHP ein weiteres Schlüsselement der Veränderung des türkischen Nationalismus. Das Bündnis ‚Volksallianz‘ aus AKP, MHP und BBP festigte einen ethnisch geprägten und autoritären Nationalismus, der sich stark gegen Minderheiten wie die Kurden richtet und den nationalen politischen Diskurs in der Türkei erheblich veränderte (vgl. Rogg 2017, S. 86, 107; Ekinici & Rüzgar 2020; Balistreri 2023, S. 9; Söylemez 2023; Akyol 2023).

Zusammenfassend hat Erdoğan den türkischen Nationalismus in eine neue Richtung gelenkt, indem er eine Synthese aus Islamismus, Neo-Osmanismus und Autoritarismus schuf. Die daraus resultierende Ideologie verknüpft Nationalismus und Islamismus mit einem starken Fokus auf die islamische Identität der Nation und propagiert die türkisch-islamische Synthese. Gleichzeitig wurden religiöse Symbole und Traditionen zunehmend politisiert, um die politische Macht weiter zu festigen. Dieser ‚neue‘ türkische Nationalismus setzt sich zunehmend von den laizistischen und westlich geprägten Formen früherer Perioden ab und betont die türkisch-islamische Identität und eine unabhängige nationale Politik.

2.5 ‚Der türkische Nationalismus‘ – ein ideologisches Mosaik

Wie der polithistorische Abriss über die Entwicklung des türkischen Nationalismus gezeigt hat, haben sich in der Türkei verschiedene Variationen an nationalistischen und rechtsextremen Strömungen entwickelt, welche sich weit von der ursprünglichen Nationalidee abgewandt hatten, die der Republikgründer Atatürk im Sinn hatte. Die anfänglichen nationalistischen Strömungen, die das höhere Ziel hatten, einen türkischen Nationalstaat zu etablieren und eine homogene Bevölkerung zu schaffen, haben sich zunehmend zu exklusiven, rassistischen und islamistischen Bewegungen entwickelt. Doch um hier eine klare Abgrenzung des, nennen wir es ‚alten Nationalismus‘ nach Atatürk und dem Nationalismus von modernen nationalistisch-rechtsextremen Bewegungen zu schaffen, sollten die Begrifflichkeiten geklärt werden. Der Sozialwissenschaftler Emre Arslan (2009) gibt dazu einen wertvollen Hinweis, besonders hinsichtlich der Debatte, ob die Grauen Wölfe und MHP als faschistische Bewegungen einzustufen sind.

Für Arslan scheint „Der Begriff Ultrationalismus [...] besser geeignet zu sein, um die politischen und ideologischen Eigenschaften der Grauen Wölfe zu bezeichnen. Mit diesem Begriff ist es möglich, die gemeinsame Basis zwischen den italienischen Faschisten, den deutschen Nationalsozialisten und den türkischen Grauen Wölfen ohne Missachtung ihrer Besonderheiten zu analysieren. Eine ultrationalistische Weltanschauung, die die Idee der Nation als das zentrale und ursprüngliche Element für ihr politisches Konzept bestimmt, ist die grundlegendste Ähnlichkeit all dieser Bewegungen. Sie betrachten Geschichte als Verhältnisse zwischen den Nationen (Kriege und Allianzen) und nehmen ihre eigene Nation als überlegen und besonders wahr.“ (Arslan 2009, S. 53)

Das definitorische Problem, vor dem dieser Begriff allerdings steht, sind die späteren und neueren Entwicklungen, die sich beispielsweise in der Regierungszeit unter Erdoğan aufgetan haben. Über die Jahrzehnte hat sich der türkische Nationalismus, als übergeordnete Ideologie, erheblich verändert, wie das vorherige Kapitel gezeigt hat. Weg von kemalistischen Elementen, wie dem Laizismus, hin zur türkisch-islamischen Synthese, Veränderungen, die auch den ständigen politischen Umbrüchen in der Republik geschuldet sind. Eine andere Bezeichnung, die sich aus der aktuellen Literatur ergibt, stammt von dem hier viel zitierten Kemal Bozay, einem der führenden Wissenschaftler auf dem Gebiet türkischer Rechtsextremismus in Deutschland. Bozay nennt den Nationalismus, den die Rechtsextremisten propagieren und der auch Teil der AKP-Staatsdoktrin ist, „idealistischen Nationalismus“, das bedeutet stark

exklusiv und rassistisch gegenüber allen Minderheiten, die nicht als ‚türkisch‘ aus einer ethnischen Perspektive gelten (vgl. Bozay 2024). Dieser Rassismus richtet sich vor allem gegen Kurden, Armenier, aber auch Juden. Die ideologische Zusammensetzung aus Nationalismus und Religion, die sich in den 70ern in der Türkei entwickelt hat, stellt einen weiteren wichtigen Aspekt dar. Die bereits erwähnte türkisch-islamische Synthese ist unter den Reformen von Staatspräsident Erdoğan, der beispielsweise das Kopftuchverbot in staatlichen Behörden und Hochschulen aufgehoben hat, noch prominenter geworden. Die Re-Islamisierung der Türkei ist im vollen Gange (vgl. Küpeli 2020, S. 317; Rogg 2017, S. 82). Ein weiteres Kernelement, dass die rechte Ideologie prägt, ist der Neo-Osmanismus, der sich ebenfalls unter Erdoğan etabliert hat (vgl. Ekinici & Rüzgar 2020). An dieser Stelle der Verweis auf Arslans Auffassung des Ultranationalismus, welcher sich von einem ‚normalen‘ Nationalismus, der auch in anderen Parteien oder Bewegungen vertreten ist, die nicht unbedingt als nationalistisch gelten.

Arslan geht davon aus, dass man „Ideologisch gesehen [...] den Ultranationalismus vom Nationalismus anhand der Betonung der „Idee der Herrschernation“ unterscheiden [kann]. Ultranationalisten beanspruchen für ihre Nation, dass sie überlegener als andere Nationen ist. Eine logische Konsequenz dieser Vorstellung ist zumeist die politische Forderung nach einer territorialen Expansion des vorhandenen Staatsgebiets. Ultranationalisten legitimieren ihre scheinbare Überlegenheit und die Politik der Expansion hauptsächlich mit mythischen Erzählungen.“ (Arslan 2009, S. 54).

Die territoriale Expansion geht mit den neo-osmanischen Vorstellungen Erdoğan's einher, was auch dazu geführt hat, dass sich die beiden Parteien MHP und AKP in den letzten Jahrzehnten immer weiter angenähert haben und mittlerweile Koalitionspartner in der Regierung sind. Das bedeutet nicht nur eine ideologische, sondern auch eine realpolitische Annäherung. Damit vereinen beide Parteien eine Vielzahl an ideologischen Strömungen unter einem Dach. Unter anderem den sunnitischen-autoritären Islam, Neo-Osmanismus, Autoritarismus (Führerprinzip (tr.: Başbuğ) nach Türkeş) und einen extremen exklusiv-rassistischen Nationalismus (vgl. Bozay 2024; Ekinici & Rüzgar 2020). Diese unterschiedlichen Perspektiven zeigen, dass der Begriff ‚türkischer Nationalismus‘ nicht seiner Bedeutung gerecht wird. Viel mehr kristallisiert sich hier ein Sammelsurium an Ideologien heraus, die sich unter diesem Terminus vereinen und einer ständigen Transformation ausgesetzt sind. Entscheidend ist dabei auch, in welchem Kontext dieser Nationalismus betrachtet wird. Um das Verständnis zu simplifizieren, werden in dieser Arbeit die Begriffe ‚türkischer Nationalismus‘, ‚Ultranationalismus‘ oder ‚Idealistischer Nationalismus‘ gleichwertig behandelt bzw. synonymhaft verwendet. Sie

umfassen die Synthese der unterschiedlichen Kernelemente, die sich in der ‚Ülkücü‘-Bewegung und der türkischen Staatsdoktrin manifestiert haben.

2.6 Migration als Träger: Der Import rechtsextremer Strukturen

Dieses Kapitel soll nun den Hintergrund abrunden und eine grobe Einordnung geben, wieso das Thema türkischer Rechtsextremismus so eine gravierende Problematik in Deutschland darstellt und wie rechtsextreme Gruppierungen hierzulande überhaupt Einzug gefunden haben. Die Antwort auf diese Frage liegt im Grunde auf der Hand: durch Migration! Allerdings ist es nicht so einfach, wie es zunächst den Anschein haben mag. Natürlich ist Migration einer der Hauptfaktoren, weshalb dieses Kapitel auch genau diesen Hintergrund beleuchten soll. Im Verlauf der Arbeit wird sich jedoch zeigen, dass das Problem viel weitreichender ist.

Ein Grund für die Migration nach Westdeutschland (es wird in der Arbeit von der BRD vor der Wende und danach gesprochen; zur Vereinfachung zukünftig nur Deutschland/BRD) waren die Anwerbeabkommen, die die Bundesrepublik mit verschiedenen Ländern nach dem Ende des zweiten Weltkriegs schloss. Darunter auch das Abkommen mit der Türkei von 1961, welches vielen türkischen Arbeitsmigranten erlaubte, sich in der BRD niederzulassen, um beim Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu helfen. Zwar war von der deutschen Politik geplant, dass es sich dabei nur um eine temporäre Migration handle und die gerufenen Arbeiter nach einer gewissen Zeit wieder zurück in ihre Heimat kehren würden, was aber offensichtlich nicht der Fall war. Heute bilden die türkischstämmigen Menschen die größte migrantische Minderheit in Deutschland mit ca. drei Millionen Menschen, entweder durch direkte Herkunft oder Abstammung. Das inkludiert auch Kurden, Aleviten und andere Minderheiten, welche rein auf Grund ihrer Staatsangehörigkeit bzw. ihrer territorialen Herkunft, und nicht wegen ihrer ethnischen Herkunft in diese Zahl mitaufgenommen worden sind. Das impliziert, dass die Gesamtheit der türkischen Migranten unter sich ebenfalls heterogen ist. Die Heterogenität beschränkt sich nicht nur auf die Ethnien, sondern auch auf die politische Orientierung. Die vorab dargestellten Konflikte zwischen der türkischen Linken und der Rechten wurden in den 70er-Jahren mit nach Deutschland getragen, das bedeutet auch, dass es unterschiedlich politisierte Menschen in der türkischen Minderheit gibt. Die Reaktion der unterschiedlichen Lager, die sich in Deutschland niedergelassen hatten, waren recht ähnlich. Sie organisierten sich in verschiedenen Gastarbeiterorganisationen und erschufen transnationale Netzwerke von der Türkei nach Deutschland. Auch die Grauen Wölfe etablierten Mitte der 70er-Jahre ihre eigenen Strukturen in der BRD, um ihre politischen Interessen zu vertreten (vgl. Clarkson 2022,

S. 44 f.; Göğüş 2018). Besonders der Militärputsch 1980 führte zu einer erhöhten Migration aus der Türkei nach Deutschland und zu einer stärkeren Politisierung der türkischen Bevölkerung. Vor allem der Konflikt zwischen der türkischen und kurdischen Diaspora erreichte dadurch einen neuen Höhepunkt (vgl. Clarkson 2022, S. 55). Damit lässt sich festhalten, dass die Etablierung der türkischen Rechten in Deutschland zum einen auf Migration basiert, zum anderen auf transferierten Konflikten. Die Arbeit soll jedoch nicht erklären, wie es zu dieser Etablierung kam, sondern warum rechte Bewegungen in Deutschland Zuwachs bekommen; dabei wird offensichtlich auch ersteres beantwortet. Betrachtet man eine parlamentarische Anfrage von der Fraktion die LINKE im September 2023, geht hervor, dass die Zahl der Personen, die dem türkischen Rechtsextremismus zuzuordnen sind, bei ca. 11.000 Personen in den Jahren 2018 bis 2021 lag. Im Jahr 2022 stieg die Zahl auf 12.100 Personen (vgl. hib 2023). Dies ist eine deutliche Steigerung im Vergleich zum Vorjahr, was auf die Forschungsfrage zurückführt, was begünstigt den hiesigen Zuwachs an türkischen Rechtsextremisten? Im Forschungsteil dieser Arbeit wird die Problematik unter Bezugnahme verschiedener soziopolitischer Theorien genau betrachtet, um eine Erklärung für das Erstarken des türkischen Ultranationalismus in Deutschland zu liefern.

3. Das Erstarken des türkischen Rechtsextremismus in Deutschland

Um das Erstarken der türkischen Rechten in Deutschland zu untersuchen, werden Theorie und Analyse eng miteinander verknüpft, um ein umfassendes Verständnis der zugrundeliegenden Dynamiken zu schaffen. Die politischen Identitäten, die Migration und Integration sowie die politische Segmentierung von Migrantengemeinschaften werden nicht isoliert betrachtet, sondern unmittelbar mit den empirischen Befunden in Beziehung gesetzt. Diese Verbindung ermöglicht es, theoretische Erklärungsansätze direkt auf konkrete Phänomene und Entwicklungen anzuwenden.

Die Arbeit nutzt Benedict Andersons Konzept der ‚vorgestellten Gemeinschaften‘, um die Konstruktion kollektiver Identitäten in der türkischen Diaspora zu analysieren. Dabei wird untersucht, wie nationale Identitäten durch transnationale Netzwerke, symbolische Narrative und kulturelle Praktiken geformt und aufrechterhalten werden. Andersons Theorie wird direkt mit Beispielen aus der politischen Mobilisierung der Diaspora verknüpft, um die Bedeutung

dieser ‚vorgestellten‘ nationalen Gemeinschaft für rechtsextreme Bewegungen wie die Grauen Wölfe aufzuzeigen (hierzu Kapitel 3.1).

Ergänzend wird Charles Taylors ‚Politik der Anerkennung‘ genutzt, um die Auswirkungen von Marginalisierung und Diskriminierung auf die politische Identität der Diaspora zu erklären. Empirische Beispiele aus aktueller Literatur verdeutlichen, wie fehlende gesellschaftliche Anerkennung Identitätskrisen auslöst und die Hinwendung zu nationalistischen Ideologien fördert. Taylors Theorie wird so in den Kontext der sozialen und kulturellen Dynamiken innerhalb der Diaspora eingebettet (hierzu Kapitel 3.2).

Die Transnationalismus-Theorie von Nina G. Schiller et al. liefert eine Grundlage, um die Bedeutung transnationaler sozialer Felder und Netzwerke für die Mobilisierung und Radikalisierung der Diaspora zu analysieren. Konkrete Beispiele, wie etwa die Rolle von Organisationen und Vereinen, die enge Verbindungen zur Türkei pflegen, zeigen, wie diese Netzwerke das politische Verhalten und die Identität der Diaspora prägen. Darüber hinaus wird die Wechselwirkungen von hegemonialen Machtstrukturen untersucht, um die komplexen Loyalitätskonflikte innerhalb der Diaspora sichtbar zu machen (hierzu Kapitel 3.3).

Die Cleavage-Theorie von Lipset und Rokkan sowie deren Erweiterung durch Kriesi, Grande et al. wird verwendet, um die politischen Spaltungen und Präferenzen innerhalb der Diaspora zu analysieren. Diese Theorie bietet eine strukturelle Perspektive, um zu verstehen, wie Spannungen zwischen kosmopolitischen und nationalistischen Präferenzen zu einer Unterstützung rechtsextremer Gruppierungen innerhalb der türkischen Minderheit in Deutschland führen (hierzu Kapitel 3.4).

Die enge Verzahnung von Theorie und Analyse in dieser Arbeit erlaubt es, die theoretischen Konzepte nicht nur abstrakt darzustellen, sondern sie direkt auf die realen Mechanismen anzuwenden, die das Erstarken der türkischen Rechten in Deutschland erklären.

3.1 Vorgestellte Heimat? – die politische Identität in der türkischen Diaspora

Um zu verstehen, wie sich der türkische Nationalismus unter den Deutsch-Türken so stark verbreiten konnte bzw. immer noch kann, ist es entscheidend, den Ursprung und die Verbreitung einer solchen politischen Identität zu untersuchen. Die Bildung der politischen Identität in Einwanderungsgemeinschaften ist ein komplexer und dynamischer Prozess. Die politische Identität kann als ein kollektives Selbstverständnis verstanden werden, das auf

geteilten politischen Werten, Symbolen, Institutionen und Zugehörigkeiten beruht. Sie bildet sich durch soziale Interaktionen und kulturelle Konstruktionen, wobei politische Akteure und historische Kontexte eine entscheidende Rolle spielen (vgl. Schildberg 2010, S. 55 ff.).

Unter Bezugnahme auf Benedict Andersons Werk, *„Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism“* (1983), soll ein Teil dazu beigetragen werden. Hier definiert er politische Identität indirekt, indem er zeigt, wie Nationalismus als eine moderne Form der kollektiven politischen Identität entsteht. In diesem Fall liegt der Fokus allerdings auf der Bildung einer nationalen Identität, was für die Gemeinschaft der türkischen Migranten in Deutschland durchaus zutreffend ist. Für Anderson ist politische Identität untrennbar mit der Idee von ‚vorgestellten Gemeinschaften‘ verbunden. Dieses Konzept erzeugt letztlich die politische Identität jener Individuen, die sich der betroffenen Gruppe zugehörig fühlen. Doch inwiefern kann Andersons Konzept einen Erklärungsansatz liefern für das Erstarken des türkischen Rechtsextremismus in Deutschland?

Das Konzept der ‚vorgestellten Gemeinschaften‘ lässt sich in vielerlei Hinsicht auf die türkische Minderheit übertragen, indem man den eben genannten indirekten Bezug zur politischen Identität miteinspielen lässt. Anderson beschreibt die Nation als eine ‚vorgestellte Gemeinschaft‘ („imagined community“), wobei diese Vorstellung basiert auf einem gemeinsamen Narrativ, welches durch Symbole, Rituale und kollektive Erinnerung geschaffen und durch Medien und Kultur weitergetragen wird. Für die türkische Diaspora in Deutschland wird diese vorgestellte Gemeinschaft durch transnationale Verbindungen zur Türkei und durch gemeinsame kulturelle Symbole wie die türkische Sprache, den Islam oder nationale Feiertage geschaffen. Das bedeutet, Andersons Ansatz kann in diesem Kontext als erste Konstruktion der nationalen Identität türkischer Migranten im ausländischen Raum verstanden werden. Diese Gemeinschaften werden durch die politische und kulturelle Einflussnahme der Türkei, insbesondere durch transnationale Organisationen und Vereine gefestigt. Eine genauere Betrachtung dieser Organisationen und Vereine erfolgt in dem nachfolgenden Kapitel 3.3 zu Transnationalismus.

Unabhängig davon kann man als ersten Punkt, der mit Andersons ‚imagined communities‘ korrespondiert, die politische Instrumentalisierung der türkischen Diaspora sehen. Da bereits seit den 80er-Jahren klar wurde, dass viele Türken in Deutschland bleiben, wurde auch die Außenpolitik auf dieses Migrationsphänomen ausgerichtet, da es sich hierbei nicht mehr nur um eine temporäre Arbeitsmigration gehandelt hat. Die politische Arbeit der türkischen Regierung in Bezug auf die im Ausland lebenden Türken wurde durch den Aufstieg von

Erdoğan's AKP ab 2002 deutlich intensiviert. Dazu gehört auch eine starke Beeinflussung der politischen Identität, welche sich unter den Türken in Deutschland etablieren sollte. Die Mischung aus Neo-Osmanismus und islamischem Ultranationalismus ist dabei das ideologische Grundgerüst, welches in den staatstreuen Vereinen und Organisationen propagiert wird und eine Identifikation mit dem Heimatland und den ‚türkischen‘ Werten fördern soll (vgl. Göğüş 2018). Ein zentraler Begriff ist die ‚Diaspora‘ selbst, durch welchen eine abgegrenzte Gemeinschaft innerhalb Deutschlands geschaffen werden soll (vgl. Clarkson 2022, S. 18, 20 ff.). In Andersons Worten lässt sich dies als eine eigene vorgestellte Gemeinschaft beschreiben, die einen gewissen Sonderstatus im politischen Diskurs der Türkei hat (vgl. Aydin 2014, S. 7). Für ihn ist eine Nation insofern eine vorgestellte politische Gemeinschaft – ‚vorgestellt‘ im Sinne von naturgemäß begrenzt und souverän, darüber hinaus vorgestellt, weil sich selbst in der kleinsten Nation nicht alle Menschen persönlich kennen können, sie jedoch in ihren Köpfen diese gemeinsame Vorstellung einer Gemeinschaft tragen, ebenso wenig können sich alle Migranten in Deutschland kennen. Dabei ist Nationalismus für Anderson nicht das Erwachen einer Nation zu Selbstwahrnehmung, sondern eine Erfindung von Nationen, wo sie zuvor nicht existierten, wie es auch die türkische Diasporapolitik versucht (vgl. Anderson 1983, S. 5 f.).

Die Idee ihrer Begrenztheit begründet Anderson damit, dass selbst die größte Nation irgendwo an ihre Grenzen stößt und an andere Nationen angrenzt. Diese Vorstellung ist zudem souverän, da sie das Konzept der Aufklärung widerspiegelt, in der religiöse Hierarchien an Bedeutung verloren haben und die rationale Säkularisierung vorangeschritten ist. Inwieweit dieser Ansatz auch für Nationalidentitäten von migrantischen Gemeinschaften gilt, bleibt diskutabel. Ferner wirken diese Vorstellung einer Gemeinschaft und die tiefe Verbundenheit zwischen ihren Mitgliedern als einhegender Faktor für mögliche Gewalt (vgl. Anderson 1983, S. 7, 11). Maßnahmen, die diese nationale Zugehörigkeit und Identität in der türkischen Gemeinschaft verstärken, waren unter anderem die Änderung des türkischen Wahlgesetzes, welches seit 2008 den türkischen Staatsbürgern bzw. Wahlberechtigten ermöglicht, aus dem Ausland zu wählen und so am politischen Leben in ihrem Herkunftsland zu partizipieren. Im Grunde kann das als eine Art Entgrenzung oder Erweiterung der nationalstaatlichen imaginierten Grenzen gesehen werden (vgl. Göğüş 2018). Ein Artikel in der türkischen Zeitung ‚Hürriyet‘ erwähnt ein Treffen im Generalkonsulat von Köln, bei dem Mehmet Köse, der ehemalige Präsident des Amtes für Auslandstürken und verwandte Gemeinschaften (YTB - Yurtdışı Türkler ve Akraba Topluluklar Başkanlığı), Köln als "die Hauptstadt der türkischen Diaspora" bezeichnet hatte. Die Diaspora wird dadurch auf eine noch höhere Stufe gehoben, denn die Zuschreibung einer Hauptstadt kommt einem Vergleich mit einem Nationalstaat doch sehr nah (vgl. Aytas 2018).

Auch der MHP-Begründer Alparslan Türkeş hatte bereits „1995 auf einer Jahreshauptversammlung der Türk Federasyon in Essen den Begriff des "Europäischen Türkentums" (*Avrupa Türklüğü*) als Sammelbegriff für die türkisch-nationalistische Identität von Anhängern außerhalb der türkischen Landesgrenzen [geprägt]“ (Bozay 2024). Türkeş war der Auffassung, dass sich die Türken in Deutschland zwar rein strukturell eingliedern, aber weiterhin ihrer türkischen Identität treu bleiben sollten.

Ein weiteres zentrales Konzept in Andersons Werk ist der ‚Print-Kapitalismus‘, da es die Verknüpfung von Drucktechnologie und kapitalistischen Märkten beschreibt, die maßgeblich zur Entwicklung moderner Nationen beigetragen haben. Durch den Buchdruck konnten Bücher, Zeitungen und andere gedruckte Materialien in verschiedenen lokalen Sprachen verbreitet werden, was zur Schaffung gemeinsamer Kommunikations- und standardisierter Sprachräume führte (vgl. Anderson 1983, S. 24). In der Bundesrepublik finden sich eine Vielzahl an türkischen Printmedien, wie auch die eben erwähnte Zeitung ‚Hürriyet‘, die jedoch zunehmend an Bedeutung verlieren. Die Leserschaft schrumpft, die Digitalisierung schreitet voran. Mittlerweile ist auch die ‚Hürriyet‘, welche eigentlich ein sehr politisch diverses Blatt war, in dem regierungsnahen Medienkonzern ‚Demirören‘ aufgegangen. Zu erwähnen ist, dass die ‚Hürriyet‘-Leserschaft eher heterogen ist und sich aus unterschiedlichen sozialen Schichten zusammensetzt. Einige Online-Artikel sind sogar auf Deutsch verfasst, was die Leserschaft erweitert und Andersons Ansatz der Verbreitung entspricht (vgl. Aktoprak 2020). Im Januar 2020 hat der türkische Staatssender TRT (tr.: Türkiye Radyo ve Televizyon Kurumu, dt.: Türkische Hörfunk- und Fernsehanstalt) ‚TRT Deutsch‘ eingeführt, ein Nachrichtenportal in deutscher Sprache, das speziell auf die türkische Gemeinschaft in Deutschland abzielt. Dieses Angebot ist Teil eines umfassenderen Plans, dass auch Plattformen in anderen Sprachen wie Englisch, Französisch und Arabisch einschließt. Bedenklich ist jedoch, dass ‚TRT Deutsch‘ möglicherweise die Propaganda der türkischen Regierung unter Präsident Erdoğan verbreiten könnte, da TRT bereits als Sprachrohr der Regierung angesehen wird. Die Redaktion von ‚TRT Deutsch‘ hebt hervor, dass sie journalistisch unabhängig ist und beabsichtigt, Themen anzusprechen, die in deutschen Medien nicht ausreichend vertreten sind, wie beispielsweise die Lage von Muslimen und Migrant*innen in Deutschland (vgl. Ağar 2020).

Für Anderson allerdings liegt der Fokus weniger auf den spezifischen Inhalten von zum Beispiel Zeitungen, sondern vielmehr auf deren strukturellen Merkmalen und Funktionsprinzipien. Er sieht die Printmedien bzw. den Print-Kapitalismus als eine Ursache für zunehmenden Nationalismus. Denn hierbei werden gemeinsame Kommunikationsräume geschaffen, die durch ihre Gleichzeitigkeit und die Verbreitung von Ideologien Einfluss auf die

betreffende Bevölkerung haben. Vor allem der Zugang zu der gemeinsamen Drucksprache, in diesem Fall Türkisch oder Deutsch, verstärkt die Vorstellung einer Gemeinschaft (vgl. Anderson 1983, S. 44 f.). Das besondere Verhältnis zwischen Medien und Zeit basiert nach Anderson auf einem modernen Zeitverständnis, das Walter Benjamin als eine „homogene und leere Zeit“ charakterisiert. Diese spezielle Wahrnehmung von Zeit und Raum stellt Ereignisse einer breiten Gemeinschaft als synchron und relevant dar (vgl. Anderson 1983, S. 24). Dieses Prinzip spiegelt sich in den Ritualen der Zeitungslektüre wider. Ereignisse geschehen gleichzeitig, Menschen bewegen sich in denselben sozialen Räumen, ohne sich unbedingt zu begegnen. Das heißt, liest ein Arzt aus Ankara am Morgen die ‚Hürriyet‘ und liest über das Erdbeben im Südosten der Türkei, so erfährt die Erzieherin mit türkischem Migrationshintergrund das ebenfalls aus den Medien; vielleicht liest sie an diesem Tag sogar die ‚Hürriyet‘. Der Bezug zur Heimat kann so jeden Tag aufs Neue produziert werden. Diese Struktur schafft eine übergreifende Ordnung und ein Gemeinschaftsgefühl, das durch die Lektüre erlebbar wird. Anderson beschreibt die Zeitungslektüre als ein säkulares Ritual und eine „serielle Praxis“, die durch Wiederholung und Gleichzeitigkeit die Vorstellung einer nationalen Gemeinschaft einübt. Die kollektive Erfahrung entsteht weniger durch den Informationsgehalt der Zeitung als durch deren formale Aspekte: die tägliche Wiederholung, das vertraute Layout und die strukturierte Organisation. Diese Routine verankert die Idee der Nation im Alltag und verbindet sie mit einer globalen Dimension, indem frühere religiöse und bürgerliche Ordnungssysteme transformiert werden. Zeitungen fungieren dabei primär als performative Medien, die die vorgestellte Gemeinschaft stabilisieren und den modernen Nationalismus durch Serialität und Synchronizität vermitteln. Das Konzept erfordert in der heutigen digitalisierten Welt eine gewisse Anpassung. Überträgt man es auf moderne, globalisierte Medien, können daraus auch Rückschlüsse auf die Entwicklungen innerhalb von Migrantengemeinschaften gezogen werden, die, wie sich zeigt, digitale Medien mittlerweile bevorzugen (vgl. Mayer 2015, S. 268 ff.). Der Print wurde weitgehend durch digitale Medien und soziale Netzwerke (Social Media) oder Fernsehen ersetzt, über die die türkische Regierung nun nationalistische Narrative innerhalb der Diaspora verbreitet. Demnach müsste man eigentlich Inhalte vor die Funktionalität der seriellen Praxis der Medien stellen. Der Politikwissenschaftler Dirk Halm (2006) sieht Medien als *„eine zentrale Meinungsbildungsinstanz. Dies gilt für den permanenten Prozess der Identitätsbildung ebenso wie für das Wissen über und die Einstellung zu politischen und gesellschaftlichen Themen. Darüber hinaus prägt die Berichterstattung insbesondere im Fernsehen und in den Tageszeitungen die Wahrnehmung dessen, was wichtig und relevant ist und was nicht.“* (Halm

2006, S. 78). In der Türkei sind die klassischen Medien weitgehend unter staatlicher Kontrolle der AKP, weshalb sich die sozialen Medien als unabhängiger Schauplatz für Berichterstattung herausgetan haben, um gegen die fortschreitende Gleichschaltung zu wehren. Auslöser für die Einschränkungen der Pressefreiheit waren unter anderem die Gezi-Park-Proteste 2013. Der geschaffene mediale Freiplatz blieb nicht lange unberührt, denn auch die AKP-Regierung reagierte auf den Umschwung und die neue Relevanz der sozialen Medien und Netzwerke. Besonders während wichtigen Wahlkämpfen, wie der Präsidentschaftswahl, wurde sehr viel in Social-Media-Kampagnen für die Wiederwahl Erdogans investiert. Die Kampagnen haben sich nicht nur auf die Türkei beschränkt. Ein nicht unwesentlicher Teil des Wahlkampfs fand auch in Deutschland statt. Die sozialen Medien wie ‚X‘, Facebook oder Instagram sind zu Arenen des politischen Kampfes geworden, die überflutet sind von Staatsideologien, Fehlinformationen und Diffamierungen politischer Gegner (vgl. Mumay 2024). Weiterhin produzieren aber auch die digitalen Medien ein kollektives Bewusstsein und das Gefühl der Zusammengehörigkeit unter Menschen, die einander nie begegneten – eine Grundlage für ‚vorgestellte Gemeinschaften‘ wie Nationen (vgl. Anderson 1983, S. 41). Durch die kapitalistische Logik der Verlage, Content-Creators und Journalisten, ein möglichst großes Publikum zu erreichen, werden nationale Symbole, Narrative und (religiöse) Ideologien verbreitet und die Konsolidierung nationaler Identitäten gestärkt. Es zeigt sich demnach, dass nicht nur der schiere Akt des Lesens eine gewichtige Rolle spielt, sondern auch die Inhalte, die dadurch die Entstehung und Verbreitung nationalistischer Ideologien und moderner politischer Identität begünstigen (vgl. Anderson 1983, S. 40, 43 ff.). In Deutschland nutzen die türkischen rechtsextremen Bewegungen vor allem die sozialen Medien zur Mobilisierung und zur Verbreitung ihrer Ideologie. Die Inhalte sind geprägt von Ultranationalismus, Antisemitismus, Rassismus gegen Minderheiten (vor allem Kurden) und Gewalt (vgl. Bozay 2024). Die Reichweite einiger Kanäle ist teilweise riesig. Der Blogger Bilgili Üretmen aus dem Spektrum der Grauen Wölfe erreicht auf den Plattformen YouTube, Facebook und Instagram mehrere zehntausende Abonnenten. Das Mobilisierungspotenzial durch soziale Medien ist immens, und der Einfluss auf das deutsch-türkische Klientel ist stetig am Wachsen (vgl. Flaskamp 2021).

Insgesamt betrachtet, sollte der ‚Print-Kapitalismus‘ in der heutigen Zeit weitaus differenzierter untersucht werden. Das Feld der Berichterstattung hat sich weitgehend in Richtung soziale Medien, digitale Plattformen und Massenmedien verschoben. Sowohl die türkische Regierung und rechtsextreme Organisationen als auch Oppositionelle und linke Aktivisten nutzen vermehrt das Internet zur Verbreitung von Informationen, Protest oder Ideologie. Gleichzeitigkeit bzw. Parallelität sind zwar entscheidend für die Identitätsbildung, die durch

das kollektive Lesen von verschiedenen Medien geschaffen wird und dadurch die Vorstellung einer nationalen Gemeinschaft stärkt; allerdings bieten die Veränderungen in der Identitätsbildung, die durch die globale Nutzung von sozialen Netzwerken und digitalen Medien entstanden sind, einen neuen Überlegungsansatz auf Basis von Andersons Konzept (vgl. Mayer 2015, S. 269). Könnte dies die nächste Stufe der Entwicklung sein? Zeigt sich hier eine neue Art des Print-Kapitalismus? Im Diskussionsteil der Arbeit wird auf derartige Überlegungen weiter eingegangen.

Ein weiterer Faktor, der nationalistische Tendenzen in der türkischen Gemeinschaft fördert, ist der durch die türkische Regierung propagierte Patriotismus. Anderson sieht die Liebe zur Heimat als ein Element für die Entstehung von Nationalismus. Diese Liebe findet Ausdruck in kulturellen Produkten wie Literatur, Musik und Kunst, die Nationalstolz und kollektive Identität verkörpern (vgl. Anderson 1983, S. 141 f.). Wobei die gemeinsame Sprache ein zentraler Knotenpunkt für diese verschiedenen Ausdrucksformen ist. Sie spielt eine zentrale Rolle in der Schaffung nationaler Identität, indem sie als ‚ursprünglich‘ und ‚tief verankert‘ wahrgenommen wird. Anderson beschreibt, wie die gemeinsame Sprache ein Gefühl von historischer und kultureller Kontinuität vermittelt und somit ein Grundelement des Nationalismus ist (vgl. Anderson 1983, S. 144 f.). Auch YTB-Präsident Köse bekräftigt dies in seinem Statement in der Hürriyet, bei dem er sagt, *dass die Kultur und Identität der türkischen Bevölkerung in Deutschland geschützt werden sollen. Sprache, Bildung und Kultur sollen gefördert werden, um die Verbundenheit in das Heimatland zu bekräftigen.* Angesichts der momentanen Lage in der türkischen Politik und der bereits erwähnten Koalition zwischen der rechtsextremistischen MHP und der islamisch-konservativen AKP ist diese Botschaft durchaus kritisch zu betrachten (vgl. Aytaş 2018). Greift man den Aspekt ‚Sprache‘ auf, den auch Anderson in verschiedenen Bereichen seiner Darstellung von nationalen Identitäten einbringt, kann auch hier eine Verbindung zum türkischen Nationalismus gezogen werden. Die Förderung der türkischen Sprache durch verschiedene türkische Migrantenorganisation, kann zu einer Orientierung hin zum Ultrationalismus führen. Das soll nicht heißen, dass Sprachkurse etwas Schlechtes wären, um beispielsweise mit seinen Verwandten im Ausland zu kommunizieren. Vielmehr soll der abgrenzende Charakter und die kulturelle Abschottung der Minderheit gegenüber der Aufnahmegesellschaft dargestellt werden, die daraus resultiert. Sprache gehört zur Kultur, ebenso wie Musik und Literatur, die den Stolz auf die türkische Herkunft ausdrückt und damit die kollektive politische Identität der Diaspora beeinflusst. Rechtsextreme Gruppierungen instrumentalisieren die sprachliche Komponente der Identitätsbildung in vielerlei Hinsicht, um sie für politische Mobilisierung zu nutzen. Dies spiegelt sich beispielsweise in der Musik

einiger rechtsextremer Künstler wider, in welcher Hassbotschaften, Verschwörungstheorien, Antisemitismus oder antikurdische Texte eingebaut sind. Auch Anderson selbst bezieht sich in Sachen ‚Sprache‘ auf die Reformen von Atatürk nach der Gründung der Republik, die einem höheren Nationalbewusstsein dienen sollten (vgl. Bozay 2024; Anderson 1983, S. 45). Anderson beschreibt, wie patriotische Handlungen und Symbole, wie Nationalhymnen oder Feiertage, eine Art ‚Unisonanz‘ erzeugen, bei der die Menschen ein starkes Zugehörigkeitsgefühl entwickeln. Die historische Symbolik hinter verschiedenen nationalen Objekten verankert die politische Identität der neuen Nation und gibt ihr eine kulturelle Tiefe, auch wenn sie ideologisch neugestaltet wird. Oftmals übernehmen neue Nationen Elemente aus den alten Regimen, die ihnen vorgegangen sind, wie zum Beispiel Flaggen, historische Gebäude oder ähnliches. Die Grauen Wölfe nutzen nationale Symbole wie die ‚Drei Halbmonde‘, den ‚Wolfsgruß‘ oder den ‚osmanischen Sancak‘ (die Fahne), um gezielt durch historische Erzählungen eine politische Identität mit Beständigkeit und Kontinuität zu schaffen. Die Zeichen, die ursprünglich dem staatlich-nationalistischen Leitbild und teilweise der osmanischen Herrschaft zugeordnet waren, wurden seit den 1990er-Jahren in die Popkultur integriert und auf eine Weise vereinfacht, dass sie nun als gewöhnliche Accessoires eine feste kulturelle Bedeutung haben. Veranstaltungen der Grauen Wölfe, bei denen diese Symbole in Kombination mit patriotischen Hymnen, religiösen Elementen und Schwüren präsentiert werden, verstärken diese Identität und geben ihr kulturelle Tiefe. Die Grauen Wölfe verwenden diese Symbole, um eine emotionale Verbindung zur Vorstellung des "heiligen türkischen Staates" herzustellen und die wiederentdeckte politische Identität in der Diaspora zu stärken. (vgl. Anderson 1983, S. 145, 160 f., 194 f.; Arslan & Goetz 2022, S. 129 f.)

Ein abschließender Gedankenstrang, der sich in ‚Imagined Communities‘ wiederfindet, ist der Mythos. Diesen behandelt Anderson im Kontext von Nationen und Nationalismus als narratives Werkzeug, das ebenfalls dazu dient, eine kollektive Identität und ein Gefühl von Kontinuität zu schaffen. Dabei werden historische Ereignisse, Märtyrer und kulturelle Symbole zu Mythen stilisiert, die eine gemeinsame Vergangenheit konstruieren, unabhängig davon, ob diese Vergangenheit real oder symbolisch ist. Der Sozialwissenschaftler Emre Arslan (2009) widmete dem Thema ‚Mythos bei den Grauen Wölfen‘ ein gesamtes Buch, was darauf schließen lässt, dass dieser Aspekt einen wertvollen Einblick in die Thematik bieten kann. Er sieht die Idee der türkischen Nation als Entwicklung ultranationalistischer Denker, geschaffen „durch eine ‚Jagd nach den Mythen‘“ (Arslan 2009, S. 65). Im Gegensatz zu Individuen, die einen natürlichen Anfang und ein festes Ende haben, besitzen Nationen keine klaren Ursprünge. Daher werden ihre ‚Biografien‘ rückblickend konstruiert, oft durch den Rückgriff auf

mythische Ursprünge oder symbolträchtige historische Figuren und Ereignisse. In der Türkei zeigt sich dies deutlich in der sogenannten türkischen Geschichtstheorie, die in der frühen Republik unter Mustafa Kemal Atatürk entwickelt wurde. Diese Theorie versucht, die Türken als ein Volk mit tiefen historischen Wurzeln und einer zentralen Rolle in der Menschheitsgeschichte zu positionieren. Sie stellt die Anatolier und die Turkvölker als Erben einer glorreichen Vergangenheit dar, die von kultureller und zivilisatorischer Überlegenheit geprägt ist. Eine zentrale Rolle in diesen Erzählungen spielt der selektive Umgang mit Erinnerung und Vergessen. Anderson argumentiert, dass nationale Identität darauf basiert, was erinnert und was ausgelassen wird (vgl. Anderson 1983, S. 204 ff.; Xypolia 2016, S. 116 f.). Wichtige Konflikte oder Ereignisse, wie zum Beispiel der Genozid an den Armeniern, werden oft umgedeutet, um sie in das nationale Narrativ einzufügen. Der 23. April, der von Atatürk als ‚Weltkindertag‘ den Kindern gewidmet wurde, wird von Nachfahren der armenischen Genozid-Opfer, Zeitzeugen und kritischen Stimmen als politischer Schachzug betrachtet. Sie sehen darin den Versuch, von den ethnischen Säuberungen abzulenken, die im Zuge der Nationsbildung durch die Jungosmanen und Jungtürken/Kemalisten durchgeführt wurden. In der Nacht vom 23. auf den 24. April 1915 begann der ‚Tehcir‘ (Deportation) christlicher Minderheiten, vor allem Armenier, in die syrische Wüste. Diese als „Todesmärsche“ bekannten Deportationen starteten mit der gezielten Ermordung ihrer Sprecher, Abgeordneten und anderer prominenter Persönlichkeiten (vgl. Arslan & Goetz 2022, S. 132). Ernest Renan, auf den Anderson verweist, betont, dass Nationen sowohl gemeinsame Erinnerungen als auch das bewusste Vergessen bestimmter Ereignisse benötigen, um ihre Einheit aufrechtzuerhalten. Der Mythos dient als verbindendes Element, das die nationale Gemeinschaft retrospektiv legitimiert, indem er Brüche in der Geschichte in eine ‚Familiengeschichte‘ umdeutet. Die historischen Begebenheiten werden in Mythen verwandelt, die die Einheit der Nation betonen, auch wenn sie ursprünglich Spaltungen repräsentierten. Insbesondere der Tod ist dabei ein essenzieller Bestandteil der nationalen Biografie (vgl. Anderson 1983, S. 199 ff.).

Benedict Andersons Ansatz des Mythos als narratives Werkzeug kann mit Arslans Auffassung von Mythos bei den Grauen Wölfen verbunden werden, da beide die Konstruktion nationaler Identität durch narrative und symbolische Elemente untersuchen. Die historischen Ereignisse und unterschiedlichen Erzählungen sind von großer Bedeutung in der Bewegung der 'Ülkücü' bzw. bei den Grauen Wölfen. Derartig ideologisch geprägte Gemeinschaften basieren oft auf Mythen und Geschichten, die historische Wurzeln simulieren und kulturelle Homogenität suggerieren, obwohl sie meist politisch konstruiert sind (vgl. Münkler 2008). Verschiedenste Verhaltensweisen und politische Handlungen werden durch einen historisch argumentierten

Bezug legitimiert, der in der türkischen Geschichte fußt. Die türkische Geschichte wird dabei als eine gleichbleibende und überzeitliche Einheit wahrgenommen, bei welcher historische Ereignisse oder fast fabelähnliche Erzählungen, wie die des Grauen Wolfs, der Legitimierung nationalistischer Denkweisen und Genealogien dienen. Die korrekte historische Einordnung der Geschehnisse spielt dabei eine eher nachgestellte Rolle. Dieser „Grundmythos der Herrschernation“ zeigt sich in einer pseudo-historischen Narration, die die Überlegenheit der Türken als naturgegeben darstellen soll (vgl. Arslan 2009, S. 124). Die naturgegebene Macht, wie die eines Wolfes, inkorporiert sich in der Gestalt eines Führerwolfs, der als unantastbar und übermenschlich gilt. MHP-Gründer Alparslan Türkeş hat diese charismatische Figur bis zu seinem Tod am 04. April 1997 verkörpert, seitdem gilt dieser Tag als „schwarzer Tag“ (vgl. Arslan 2009, S. 99, 101, 150).

Tode, Märtyrer und symbolisch-heroische Opfer spielen in den Mythen der Nation eine zentrale Rolle, da sie als Schlüsselereignisse dienen, um nationale Identität und Einheit zu definieren und eine emotionale Bindung an die Nation schaffen (vgl. Arslan & Goetz 2022, S. 131). Anderson betont, dass die Erinnerung an diese außergewöhnlichen Tode als ‚unsere eigenen‘ wahrgenommen werden muss, um ihre verbindende Funktion zu erfüllen und die Legitimation der Nation zu stärken. Gleichzeitig ist die Erinnerung an kollektive Gewalt, oft in Form von Verdrängung oder Mythisierung, notwendig, um den Mythos nationaler Einheit aufrechtzuerhalten. Märtyrertum und symbolische Opfer fungieren somit als narrative Eckpfeiler, die der Nation eine gemeinsame Geschichte und Identität verleihen. Auch hier kommt das Konstrukt der ‚homogenen, leeren Zeit‘ zum Einsatz, die es ermöglicht, Ereignisse in einer fortlaufenden Erzählung darzustellen. Dieses Konzept von Zeit verankert nationale Identitäten in historischen Kontexten und vermittelt ein Gefühl von Beständigkeit und Dauerhaftigkeit. So werden Revolutionen, Unabhängigkeitsbewegungen oder andere historische Ereignisse oft mythologisiert und zu identitätsstiftenden Momenten stilisiert, die als Ursprungspunkte für die Nation dienen (vgl. Anderson 1983, S.204 ff.; Münkler 2008). Die Grauen Wölfe instrumentalisieren die Tode oder Kämpfe, die ihre vermeintliche heroische Vergangenheit darstellen sollen, sowie die Schlacht um Çanakkale und den dortigen Sieg der osmanischen Streitkräfte, oder sogar noch weiter in der Vergangenheit – die Eroberung Konstantinopels am 29. Mai 1453 (vgl. Arslan 2009, S. 99, 101, 150). Arslans Verbindung von Mythos und der umstrukturierten Bezugnahme der Geschichte durch die Ultranationalisten kann mit Andersons kollektiven Vergessen bzw. selektives Erinnern verglichen werden. Zwar basiert die nationale Identität auf kollektiven Erinnerungen, wird für die Nationalisten aber erst nützlich, wenn auch gleichzeitig bestimmte Ereignisse oder Fakten absichtlich vergessen oder

verdrängt werden. Zum einen wird das osmanische Reich an vielen Stellen glorifiziert, während sein bescheidener Untergang schlichtweg ignoriert oder, besser gesagt, nicht erwähnt wird. Ähnlich ist es mit dem allgemeinen türkischen kollektiven Gedächtnis, das unabhängig von den nationalistischen Extremisten bestimmte Ereignisse in der jüngeren Vergangenheit leugnet und damit vergisst. Darunter sind beispielsweise Atatürks autokratisches Handeln, der Völkermord an den Armeniern oder die Unterdrückung der Kurden und Aleviten. Die türkischen Ultranationalisten nutzen diese Neuinterpretation geschichtlicher Fixpunkte, um ihre Ideologie zu legitimieren und breite Massen zu mobilisieren. Dabei wird die Vergangenheit nicht nur verklärt, sondern als Vorlage für eine idealisierte Zukunft interpretiert. Die idealisierte Zukunft äußert sich vor allem in dem Verlangen bzw. dem Wunschdenken, die verlorene Größe des osmanischen Reichs wiederherzustellen. Diese Vorstellung ist sowohl für die Ülkücü-Bewegung als auch für das Erdoğan-Regime ein bedeutendes Narrativ. In beiden Fällen ist das ‚Turan‘, also das großtürkische Reich, welches ein vorgestellter Staat ist, der durch das ethnische Volk der Türken gegründet wird und alle Turkvölker vereint, ein Ziel der Ultranationalisten. Ein symbolisches Element, das dabei häufiger zur Sprache kommt, ist der sogenannte ‚rote Apfel‘ (oder auch ‚goldener Apfel‘), dessen mythische Erzählung das Ideal der türkischen Weltherrschaft verbildlicht. Die genaue Herkunft dieses Narratives ist nicht bekannt; zusammenfassend versinnbildlicht es Hegemonie, Macht, Überlegenheit und Imperialismus (vgl. Ekinci & Rüzgar 2020; Arslan 2009, S. 120 f.).

Während Anderson den ‚Mythos‘ als Teil der kulturellen Konstruktion von Nationalstaaten sieht, zeigen Autoren wie Arslan, dass Mythen in transnationalen Kontexten reproduziert und politisch aktiviert werden. Diese Perspektiven helfen zu erklären, warum und wie sich in transnationalen Gemeinschaften, wie der türkischen Diaspora in Deutschland, ein starker Nationalismus entwickeln kann, der zumal zu einem Zuwachs zu rechtsextremen Bewegungen führen kann. Nationale Mythen bieten in solchen Kontexten ein Gefühl von Zugehörigkeit und Orientierung, das durch mediale und politische Strategien – wie die von Anderson beschriebenen Printmedien – verstärkt wird. Besonders in der türkischen Gesellschaft zeigt sich, dass die nationale Identität stark mit Mythen und Narrativen behaftet ist, sei es durch die türkische Geschichtstheorie oder den Ideologien der Grauen Wölfe. Vorab sei gesagt, dass nicht nur ‚Printmedien‘, sondern auch verschiedene türkische Verbände und Migrantenorganisationen im Ausland als Vermittler solcher Narrativen und Ideologien fungieren. Die Anwendung der Transnationalismus-Theorie auf die türkischstämmige Gemeinschaft stellt das Konzept der begrenzten Nation auch gleichzeitig in gewisser Weise in Frage, was sich im Kapitel zum Transnationalismus noch genauer zeigen wird.

3.2 Zwischen Anerkennung und Ausgrenzung: Die Identitätskrise türkischer Migranten

Das Kapitel zu Anderson hat veranschaulicht, dass die Formung der politischen Identität ein komplexes und dynamisches Zusammenspiel aus sozialen und politischen Einflüssen ist. Eine weitere Theorie, die dabei helfen kann, die Radikalisierung türkischer Migranten in Deutschland zu verstehen, ist Charles Taylors ‚Politik der Anerkennung‘. Sie hilft dabei, Reaktionen auf gesellschaftliche Ausgrenzung und Spannungen zu verstehen, die mit der Orientierung zu radikalen Migrantengruppen einhergehen. Charles Taylor (2011) entwickelt in seinem Werk *Multiculturalism - Politics of recognition* ein Konzept der politischen Identität, das, wie der Titel bereits sagt, auf der ‚Politik der Anerkennung‘ basiert und die Bedeutung von kultureller Vielfalt und gegenseitigem Respekt betont. Er argumentiert, dass Anerkennung nicht nur eine soziale Höflichkeit ist, sondern ein tiefes menschliches Bedürfnis („vital human need“) darstellt. Wenn nun Menschen, ganze Gruppen oder Minderheiten, wie die türkische Migrantengemeinschaft, das Gefühl haben, von der Gesellschaft nicht respektiert oder gar herabgewürdigt zu werden, kann dies laut Taylor eine "schwere Verletzung" ("grievous wound") hinterlassen, die das Selbstwertgefühl und die Identität stark beeinträchtigt. Diese Verletzung führt dazu, dass Individuen und Gruppen in ihrem Selbstbild verzerrt werden und eine Identitätskrise erleiden, was sie dazu zwingen kann, auf radikale oder extreme Weise um Anerkennung zu kämpfen (vgl. Taylor et al. 2011, S. 26).

Die wahrscheinlich schlimmste und gravierendste Form einer solchen Herabwürdigung oder Missachtung, rein objektiv betrachtet, sind gewalttätige Anschläge gegen bestimmte Personengruppen auf Basis ihrer kulturellen Identität, die sich auch durch ihre Herkunft definiert. Kemal Bozay (2023) beschreibt „*Rassistische Anschläge [...] wie eine tiefe Wunde, die immer wieder aufreißt.*“ (Bozay 2023, S.253). In Verbindung bringt er dies mit dem rassistischen Brandschlag von Solingen 1993 gegen türkische Migranten bzw. Gastarbeiter, bezieht sich dabei aber auch auf andere rechtsextreme Anschläge auf Geflüchtete und Flüchtlingsunterkünfte. Diese Angriffe waren die Reaktionen auf die migrantenfeindliche Stimmung, die sich kurz nach der Wiedervereinigung 1989 in der BRD breitgemacht haben (vgl. Bozay 2023, S. 245 f.). Angeheizt wurde diese Stimmung im Vorfeld durch eine problematische Asyl- bzw. Integrationspolitik der Bundesregierung unter der CDU/CSU, SPD und FDP, die deutliche Verschärfungen des Asylrechts zur Folge hatte. Die Einwanderungspolitik der BRD war darauf ausgelegt, die steigende Migration ab den 60er-Jahren als einen temporären Zustand abzutun. Später sollten die Gastarbeiter, die bereits in Deutschland lebten, zwar integriert werden, aber konkrete Maßnahmen dazu wurden nicht

beschlossen (vgl. Clarkson 2022, S. 50; Bozay 2023, S. 245 f.). Stattdessen war der Kern des sogenannten ‚Ausländerprogramms‘ von 1983, dass *„Deutschland kein Einwanderungsland“* ist (Arslan 2009, S. 25). Die Folgen dieser Politik waren ein tiefes Misstrauen und Wut gegenüber den staatlichen Institutionen der deutschen Aufnahmegesellschaft und ein Gefühl nicht dazuzugehören. Taylor würde argumentieren, dass diese Missachtung die Identität der Betroffenen deformiert und sie in die Defensive gedrängt hat (vgl. Bozay 2023, S. 246). Besonders Diskriminierungserfahrungen von türkischstämmigen Jugendlichen in europäischen Staaten führen darum nicht zur Empathie gegenüber Minderheiten (wie zum Beispiel Kurden oder Aleviten) im Herkunftsland, sondern verstärken ihren Nationalismus. Taylor argumentiert, dass fehlende Anerkennung durch die Mehrheitsgesellschaft zu einer defensiven Identität führt, bei der kulturelle Wurzeln und nationale Zugehörigkeit überbetont werden. Konservative Familienstrukturen und transnationale Narrative verstärken diesen Effekt, da sie eine kollektive Identität formen, die sich gegen die wahrgenommene Missachtung von außen richtet. Auch die politische Opposition in der Türkei wird in diesem Kontext als Bedrohung der türkischen Nationalidentität interpretiert. Die Transnationalisierung von Feindbildern und das Narrativ, dass *„überall, wo ein Türke ist, eine Türkei ist“*, spiegeln Taylors Beobachtung wider, dass Gruppen in Reaktion auf Missachtung ihre kulturelle Identität verteidigen und verstärken, oft durch Nationalismus und Abgrenzung (vgl. Arslan & Goetz 2022, S. 125; Taylor et al. 2011, S. 42, 63 f.). Ein Resultat dieser defensiven Haltung ist der Prozess der Ethnisierung, welcher sich nicht nur auf Migrantengemeinschaften, sondern auch auf die Aufnahmegesellschaft auswirken kann. Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit (Verlust der Anerkennung) können als Ausdruck sozialer bzw. ökonomischer Krisensituationen angesehen werden, die durch politische Akteure und Individuen der betroffenen Gesellschaft eine Ethnisierung erfahren; das bedeutet, einer ethnischen Gruppe wird das Verschulden einer Krisensituation zugeschrieben, wobei Aussagen wie zum Beispiel *„Die Ausländer nehmen uns Deutschen die Jobs weg“* dieses Phänomen artikulieren. Bozay bezeichnet dies als Fremd- und Selbstethnisierung. Das bedeutet, ethnische Gruppenzugehörigkeit wird durch verschiedene soziale Gruppen verstärkt bzw. kreiert. Wenn beispielsweise politische Gruppen das Deutsch-Sein propagieren, reagieren Migrant*innenorganisationen auf die vermittelte kulturelle Dominanz der Mehrheitsgesellschaft auf ähnliche Weise, indem sie versuchen, ihre Ethnie bzw. Kultur hervorzuheben, was sich wiederum auf die Individuen der Minderheit auswirkt. Ethnisierungsprozesse finden sich in verschiedenen Bereichen des sozialen Lebens wieder, sei es im Arbeitsmarkt, in der Kriminalität oder in der Wirtschaft. Von dieser reziproken Ethnisierung oder Wechselwirkung profitieren im Fall der türkischen Diaspora die ultranationalistischen Bewegungen, die dadurch

Zuwachs und Bestätigung ihrer Politik bekommen. Schuldzuweisung statt Anerkennung – Hass und Hetze werden zu den Triebkräften der Mobilisierungsstrategie von türkischen Rechtsextremisten (vgl. Işık 2023, S. 157; Bozay 2023, S. 252).

Darüber hinaus vertritt Taylor die Ansicht, dass alle Kulturen aufgrund ihrer einzigartigen Geschichte und ihrer besonderen Beiträge zur menschlichen Zivilisation wertgeschätzt werden sollten ("presumption of worth"). Das bedeutet, dass jeder Kultur ein grundlegender Respekt entgegengebracht werden sollte und dass das Fehlen dieses Respekts nicht nur Vorurteile widerspiegeln kann, sondern auch eine Verweigerung des gleichen Status darstellt (vgl. Taylor et al. 2011, S. 64 ff.). Einen bestimmten ‚Wert‘ bekommen Migranten auch in ihrer Arbeit oder anderweitigen Tätigkeiten vermittelt. Durch strukturelle Diskriminierung, sowohl in der Wirtschaft als auch im Alltag, wird ihnen ihr minderwertiger Status vorgehalten, was sich wiederum auf die Selbstwahrnehmung der türkischen Minderheit auswirkt. Das Vorgehen der deutschen Politik Anfang der 80er- und 90er-Jahre zeigte eine deutliche Skepsis gegenüber der Integrationsbereitschaft der türkischen Migranten, trotz ihrer Aufgeschlossenheit, sich einbürgern zu lassen und dauerhaft Teil der pluralistischen deutschen Gesellschaft zu werden. Mit der strukturellen Diskriminierung und der stetigen Politisierung von Migration entstand auch der Alltagsrassismus gegenüber den türkischen Gastarbeitern, welcher in Gewalttaten wie Solingen mündete und sich auch in der Gegenwart wiederfinden lässt (vgl. Arslan 2009, S. 27 ff.). All jene Ereignisse, die Missachtung kultureller Identitäten und den negativen gesellschaftlichen Druck auf türkischstämmige Menschen umfassen, führen laut Charles Taylor zur Entstehung einer ‚Politik der Differenz‘. An diesem Punkt beginnt eine Neuorientierung der Identität, bei der sich Gruppen zunehmend abgrenzen und verstärkt bemühen, ihre kulturelle Identität zu bewahren oder aktiv zu verteidigen (vgl. Taylor et al. 2011, S. 42, 63). Eine Befragung türkischer Migranten durch das Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung im Jahr 2015 hat gezeigt, dass eine erhöhte Verbundenheit mit der Türkei und eine verringerte Verbundenheit mit Deutschland und beiden Ländern insgesamt festzustellen sind, wenn die Befragten angaben, bereits Diskriminierungserfahrungen gemacht zu haben (Uslucan 2021). Die Wut, die Angst und die, von der türkischen Minderheit als Unterdrückung wahrgenommene, Dominanz der Mehrheitsgesellschaft werden von den rechtsextremen türkischen Bewegungen, wie den Grauen Wölfen, instrumentalisiert. Sie nutzen eben jene Krisen, die kollektive Verunsicherung („Abgewertetsein“, „Nicht-Dazugehören“) und die Missachtung der türkischen Gemeinschaft, um ein Narrativ der Rache und des Stolzes auf die türkische Identität zu propagieren und so ihre Anhängerschaft zu vergrößern. Die politische Mobilisierung durch türkische Rechtsextremisten hat nach Solingen so weit gereicht,

dass es zu gewalttätigen Ausschreitungen kam, bei denen die Grauen Wölfe als Provokateure verantwortlich gemacht wurden (vgl. Bozay 2023, S. 246 f.). Taylor sieht diese Entwicklung als eine natürliche Reaktion auf den Druck dominanter Kulturen, die ihre eigenen Werte als überlegen betrachten und anderen Kulturen oft wenig Raum zur Entfaltung lassen. Diese Dominanz oder auch Arroganz, die auf dem Anspruch der kulturellen Überlegenheit basiert, könne leicht als Unterdrückung wahrgenommen werden, wodurch der Wunsch nach Anerkennung der unterschiedlichen kulturellen Identitäten weiter verstärkt wird. Taylor beschreibt den Multikulturalismus daher nicht als bloßes Nebeneinander von Kulturen, sondern als aktive Forderung nach Anerkennung und Schutz der kulturellen Besonderheiten (vgl. Taylor et al. 2011, S. 42, 63). Betrachtet man die heutige Lage, zeichnet sich ein ähnliches Bild ab. Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit haben, laut Statista, in den vergangenen Jahren in Deutschland einen stetigen Anstieg erfahren. Besonders die Diskriminierung auf Grund der ethnischen Herkunft stellt ein Problem dar. Darüber hinaus gibt es auch weiterhin rechtsextreme Anschläge auf Migranten in Deutschland, nicht zuletzt der Anschlag von Hanau oder die Taten des NSU (vgl. Statista 2024; Bozay 2023, S. 254).

Nach Taylors Argumentation ist ein funktionierender und anerkennender Dialog mit einer bedeutenden Bezugsgruppe („the significant others“) entscheidend, damit die türkische Minderheit eine integrative politische Identität entwickeln kann (vgl. Taylor et al. 2011, S. 32). Er stellt die politische Identität als etwas Dialogisches dar, das in Wechselwirkung mit der Gesellschaft und durch die Anerkennung anderer geformt wird. Identität entwickelt sich laut Taylor nicht isoliert, sondern im Dialog mit „signifikanten Anderen“ – den wichtigen Menschen und Gruppen, die Einfluss auf eine Person ausüben. Dieser Dialog ist mit der deutschen Mehrheitsgesellschaft gescheitert bzw. beschädigt worden, was in Missachtung resultiert ist. Dieser Dialogbruch kann ebenfalls als eine Form der Unterdrückung gesehen werden, die eine Verzerrung des Selbstwertgefühls bewirkt und zu eben genannten Reaktionen wie Widerstand oder, im Extremfall, zu radikalen oder gewaltbereiten Verhaltensweisen führt, da die Betroffenen versuchen, ihre Identität und Würde zurückzuerlangen. Dabei orientiert sich Taylor an der Argumentation von Frantz Fanon's *„Les Damnés de la Terre“*, die besagt, dass Gewalt angewandt werden muss, um sich aus jener Unterdrückung zu befreien und so dem Unterdrücker gleichzukommen. Im Fall der türkischen Migrantengemeinschaft zeigt sich demnach, dass rechtsextremistische Ansichten aus einer Identitätskrise und dem Gefühl von Unterdrückung heraus entwickeln, wie der Anschlag von Solingen verdeutlicht. Abgesehen davon sieht Taylor diese gleiche Wahrnehmung auch als Voraussetzung für eine gesunde demokratische Gesellschaft, was sich im Kontext Integration als durchaus relevant darstellt

(vgl. Taylor et al. 2011, S. 32, 36, 65). Dachverbände und Migrantenorganisationen der MHP bzw. der Grauen Wölfe nutzten eben jene Identitätskrisen, die durch die gesellschaftlichen Unruhen im Deutschland der 1990er-Jahre entstanden sind, um die Ideologie des ‚Europäischen Türkentums‘ in der türkischen Gemeinschaft zu verbreiten. Ziel war es, Menschen türkischer Herkunft in Europa zu einer türkisch-nationalistischen Identität zu mobilisieren. Taylor argumentiert, dass dieser „need for recognition“ (Bedürfnis nach Anerkennung) eine der treibenden Kräfte hinter nationalistischen Bewegungen in der Politik ist (vgl. Taylor et al. 2011, S. 25, 64 f.). Die türkischen rechtsextremen Organisationen in Deutschland greifen dieses Bedürfnis auf und bieten der türkischen Gemeinschaft die ersehnte Anerkennung, die sie bei der deutschen Mehrheitsgesellschaft nicht finden. Dadurch gelang es der türkischen Rechten, eine Abgrenzung zur deutschen Mehrheitsgesellschaft zu schaffen und gleichzeitig die eigene kulturelle und nationale Identität zu stärken (vgl. Bozay 2023, S. 249).

Charles Taylors ‚Politik der Anerkennung‘ bietet einen zentralen und hochaktuellen Erklärungsansatz, um das Erstarken der türkischen Rechten in Deutschland besser zu verstehen. Die Verweigerung von Anerkennung – sei es durch Diskriminierung, strukturelle Ungleichheit oder gesellschaftliche Ausgrenzung – kann nicht nur persönliche Entfremdung und Identitätskrisen hervorrufen, sondern auch Gruppen in eine defensive Haltung treiben. Ohne Anerkennung und Dialog führt diese Dynamik unweigerlich zu sozialen Spannungen, die von extremistischen Gruppierungen wie den Grauen Wölfen instrumentalisiert werden, um ihre Ideologien zu verbreiten.

3.3 Brücken oder Frontlinien? Die Rolle von transnationalen Migrantenorganisationen

Wie in den vorherigen Kapiteln bereits angedeutet, ermöglicht das Modell des Transnationalismus ein tieferes Verständnis für die Strukturen und Wechselwirkungen, die durch die Verbindungen zwischen Herkunfts- und Aufnahmeland entstehen. Insbesondere um die Rolle von Organisationen und Netzwerken zu analysieren, die die politische Orientierung und Mobilisierung türkischstämmiger Migranten in Deutschland maßgeblich beeinflussen. Der Ansatz von Nina Glick Schiller, Linda Basch und Cristina Blanc-Szanton (1992) eröffnet Perspektiven, wie Verbindungen zwischen der Türkei und Deutschland transnationale soziale Felder formen und die kulturellen, wirtschaftlichen sowie politischen Dynamiken innerhalb der türkischen Diaspora prägen. In ihrem Artikel *Transnationalism: A New Analytic Framework for Understanding Migration* (1992) entwickeln die Autorinnen ein theoretisches Modell, das die

Realitäten moderner Migration jenseits klassischer Definitionen beleuchtet. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf den transnationalen Netzwerken und Feldern, in denen Migranten agieren und die sie aktiv mitgestalten. Diese Felder zeigen auf, wie sich migrantische Gemeinschaften über nationale Grenzen hinweg mit ihren Herkunftsländern verbinden und Bindungen aufrechterhalten. In der globalisierten Welt schaffen diese Verbindungen soziale Strukturen, die sowohl das Herkunfts- als auch das Aufnahmeland beeinflussen. Hierbei steht der politische Aspekt im Fokus, da die transnationalen Verbindungen zur Identitätsbildung beitragen und die politische Orientierung der Migranten beeinflussen, sei es in Richtung des rechten oder linken Spektrums. Schiller et al. bezeichnen solche Akteure als „*Transmigranten*“ – eine Gruppe von Migranten, deren Leben und Identität sich in mehreren Gesellschaften gleichzeitig entfalten. Sie kritisieren, dass traditionelle Kategorien wie ‚Einwanderer‘ oder ‚Rückkehrer‘ der komplexen, grenzüberschreitenden Realität dieser Menschen nicht gerecht werden (vgl. Schiller, Basch & Blanc-Szanton 1992, S. 1 f.).

Durch die Transnationalismus-Theorie soll gezeigt werden, wie transnationale Organisationen und Netzwerke in Deutschland Einzug gefunden haben und welche Bedeutung sie für die türkische rechte Bewegung in Deutschland haben. Diese Netzwerke bilden nicht nur eine Brücke zwischen Deutschland und der Türkei, sondern spielen auch eine zentrale Rolle bei der Verbreitung von Ideologien und der Mobilisierung von Unterstützern. Schiller, Basch und Blanc-Szanton kritisieren herkömmliche Vorstellungen von Migration, die oft ein starres Bild der Trennung zwischen Herkunfts- und Aufnahmeland zeichnen. Diese Annahmen implizieren, dass Migranten ihre Herkunftsgesellschaft hinter sich lassen und vollständig in die Kultur der Aufnahmeländer integriert werden. Im Gegensatz dazu betrachten die Autorinnen Migration als dynamischen Prozess, in dem Migranten soziale Felder schaffen, die beide Gesellschaften miteinander verbinden und aktiv gestalten (vgl. Schiller et al. 1992, S. 2).

Die Politisierung der türkischen Diaspora in Deutschland wurde maßgeblich von den politischen Unruhen in der Türkei nach 1971 ausgelöst. Die Repressionen gegenüber linken Strukturen zwangen zahlreiche Aktivisten zur Flucht, während in der Bundesrepublik Deutschland bereits eine bedeutende türkische Gastarbeiter-Community existierte. Diese Gemeinschaft bot durch bestehende transnationale Netzwerke eine Grundlage, auf der insbesondere linke politische Organisationen Fuß fassen konnten. Zugleich nutzten auch rechte Bewegungen wie die Grauen Wölfe die Gelegenheit, um ab 1975 eigene Strukturen in der BRD aufzubauen. Parallel dazu entstanden kurdische Organisationen, die als Vorläufer PKK-naher Verbände interpretiert werden können. Die Konflikte zwischen diesen Gruppierungen spiegelten transnationale politische Auseinandersetzungen wider, die eine ideologische

Fortsetzung der politischen Geschehnisse in der Türkei darstellten (vgl. Clarkson 2022, S. 44 f.). Transnationalismus präsentiert ein theoretisches Modell, das die Prozesse erklärt, die durch die familiären, wirtschaftlichen und politischen Bindungen von Migranten zwischen ihren Ursprungs- und Zielländern entstehen. Es verdeutlicht, wie diese Verbindungen soziale Felder formen, die es Migranten ermöglichen, Identitäten in verschiedenen Gesellschaften parallel zu formen. Migranten beteiligen sich nicht nur aktiv an politischen und sozialen Bewegungen im Aufnahmeland, sondern bleiben auch in den Entwicklungen ihrer Herkunftsländer eingebunden. Die Verflechtungen zwischen Deutschland und der Türkei zeigen, wie die politischen Auseinandersetzungen zwischen türkischen, kurdischen und rechten Gruppierungen in Deutschland soziale Felder schaffen, die konkrete Konflikte und Identitätsbildungsprozesse ermöglichen (vgl. Schiller et al. 1992, S. 3).

Blickt man zurück auf die Anfänge der türkischen Migration, stellte der zunehmende Bevölkerungsanteil türkischstämmiger Migranten in Deutschland die Infrastruktur der BRD vor immense Herausforderungen. Die deutsche Politik war unzureichend auf die Integration einer so großen Bevölkerungsgruppe vorbereitet, da sie davon ausging, dass diese Menschen nach einiger Zeit in die Türkei zurückkehren würden. In diesem Vakuum übernahmen Diasporaorganisationen eine wichtige Rolle und unterstützten ihre Landsleute bei der Bewältigung des Alltags. Während der Anfangsphase des Gastarbeiterabkommens war die türkische Regierung stark von den transnationalen Beziehungen ihrer Staatsbürger abhängig, da Geldtransfers aus dem Ausland eine bedeutende Stütze für die heimische Wirtschaft darstellten. Damit gab es auch großes Interesse seitens des türkischen Staates, die Verbindungen nach Deutschland aufrechtzuerhalten. Der transnationale Charakter dieser Beziehungen wird besonders deutlich, wenn man die wirtschaftlichen und politischen Veränderungen in der Türkei zu dieser Zeit betrachtet, die durch globale Kapitalstrukturen beeinflusst werden. Entwicklungen wie diese tragen dazu bei, dass viele Migranten ihre Verbindungen zur Heimat nicht nur bewahren, sondern sogar intensivieren. Andererseits führt Migration in diesem Kontext oft auch zu einer unterbeschäftigten und marginalisierten Arbeitskraft, die sowohl in den kapitalistisch geprägten Sektoren der Herkunfts- als auch der Aufnahmeländer nur schwer integriert werden kann. Die daraus resultierenden Unsicherheiten bewegen türkische Migranten dazu, eine transnationale Existenz aufzubauen, um den sozialen und ökonomischen Herausforderungen in beiden Gesellschaften besser begegnen zu können; dabei dienen diese Netzwerke als Bewältigungsstrategie für die Migranten. Während die verschiedenen Organisationen zu Beginn des Anwerbeabkommens nicht nur die staatlichen Strukturen entlasteten, schufen sie auch eine Plattform, die den nationalistischen Bewegungen zugutekam

und dazu beitrug, die Verbindungen zur Heimat aufrechtzuerhalten, was in vielen Fällen auch eine ideologische Komponente beinhaltete (vgl. Schiller et al. 1992, S. 8-9; Clarkson 2022, S. 51; Adar 2020, S. 26; Han 2017, S. 156).

Ein weiterer Schock für die türkische Gesellschaft war der Putsch von 1980, welcher wiederum als Flucht- bzw. Migrationsursache in die BRD betrachtet werden kann, und dazu führte, dass viele Gastarbeiter ihre Familien nach Deutschland holten. Die transnationalen Netzwerke fungierten zu diesem Zeitpunkt als Vermittler von sicheren Zufluchtsorten in Westdeutschland, so auch für ultranationalistische Aktivisten und Islamisten (vgl. Clarkson 2022, S. 55). Die ersten transnationalen Gastarbeiterorganisationen und gewerkschaftlichen Strukturen für Türken waren linksorientierte Netzwerke, aus denen eine Vielzahl von Clubs, Verbänden und Vereinen mit unterschiedlichen linksgerichteten Ausrichtungen hervorging. Allerdings herrschten unter den verschiedenen linken Gruppierungen eine stetige Uneinigkeit und Spaltung. Auf der anderen Seite profitierten die rechtsextremen Organisationen von den internen Konflikten und dem Linksextremismus, der von der deutschen Regierung auf Grund des Kalten Krieges nicht toleriert wurde (vgl. Clarkson 2022, S. 58 ff.).

„Für die weniger stark politisierten Teile der Diaspora auf der Suche nach einer Organisation zum Schutz ihrer Interessen erschienen die ideologischen Streitigkeiten und Gewaltausbrüche zwischen linksextremen Migrantenvereinen im Vergleich zu anderen, disziplinierter wirkenden Bewegungen oft unattraktiv“ (Clarkson 2022, S. 61).

In dem unbeständigen Umfeld, in dem viele Migranten aus der Türkei in Deutschland lebten, zogen nationalistische Ideologien, verbunden mit einer nostalgischen Erinnerung an die Heimat und den staatlichen Narrativen der Türkei, zahlreiche Neuankömmlinge in die Kreise der MHP und der Grauen Wölfe. Rechte Organisationen nutzten ihre weitreichenden Spendennetzwerke, um den Migranten finanzielle Unterstützung zu bieten, insbesondere bei der Existenzgründung und der sozialen Stabilisierung (vgl. Clarkson 2022, S. 61). Die Netzwerke boten mehr als nur ökonomische Hilfe, denn sie ermöglichten es den Neuankömmlingen auch, sich in einem transnationalen sozialen Feld zu verorten. Durch finanzielle Unterstützung, politische Initiativen und kulturelles Engagement trugen sie dazu bei, dass türkische Migranten ihren Status und ihre Identität sowohl in der Türkei als auch in Deutschland stärken konnten. Die Verflechtung zwischen den beiden Ländern schuf Räume, in denen türkischstämmige Gastarbeiter soziale Bindungen und Netzwerke aufbauten, die weit über die geografischen Grenzen hinausgingen (vgl. Schiller et al. 1992, S. 3). Damit bildeten sich nicht nur finanzielle Unterstützungssysteme, sondern auch Plattformen, auf denen Identitätsbildung und

ideologische Mobilisierung stattfanden. Infolgedessen konzentrierte sich die MHP (/Grauen Wölfe) darauf, ultranationalistische Idealistenvereine in Deutschland zu organisieren und zu etablieren, um nationalistische Narrative zu verbreiten und ihre Anhängerschaft in der Diaspora zu festigen. MHP-Funktionäre setzten sich zudem dafür ein, dass Nationalisten in Betriebsräte gewählt wurden, um so Einfluss auf die wirtschaftlichen Sektoren in der Bundesrepublik zu nehmen. Besonders der MHP-Gründer Alparslan Türkeş unterstützte diese Projekte aktiv, unter anderem durch persönliche Besuche im Ausland. Die gemeinsame Abneigung und Feindschaft gegenüber linken Strukturen spiegelte sich im kollegialen Verhalten zwischen Türkeş und dem damaligen CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß wider, die sich im April 1978 trafen (vgl. Clarkson 2022, S. 62). Neben den politischen Lagern und Organisationen etablierten sich in der Bundesrepublik Deutschland auch religiöse Vereinigungen. Besonders hervorzuheben ist in diesem Kontext die DİTİB (Diyanet İşleri Türk İslam Birliği – dt.: Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion). Im Grunde ist diese Organisation ein Ableger der staatlichen Religionsbehörde der Türkei, der Diyanet. Die DİTİB entwickelte sich zu einem wichtigen sozialen Dienstleister im Bereich der religiösen Bildung, aber auch in sozialen Belangen, und übernahm dadurch eine Vermittlerfunktion zwischen der BRD und der Türkei (vgl. Clarkson 2022, S. 64). Der Kalte Krieg schien der deutschen Regierung und den Sicherheitsbehörden einen Tunnelblick zu verleihen, wodurch sie ihren Fokus fast ausschließlich auf den Kampf gegen den Linksextremismus richtete, während andere politische und radikale Strukturen im Schatten des Konflikts gedeihen konnten. Tatsächlich unterstützten einige Politiker der CDU/CSU die Idee, den Ausbau religiöser und islamischer Strukturen in Deutschland zu fördern, da sie davon ausgingen, dass auf diese Weise linksextremistische Bewegungen untergraben und deren Rückhalt innerhalb der Diaspora geschwächt wird. Infolgedessen wurde jedoch auch den entstehenden islamistischen Netzwerken wenig Beachtung geschenkt, die für die Sicherheitsbehörden von eher geringer Priorität waren (vgl. Clarkson 2022, S. 68). Die verschiedenen rechtsextremen Vereine und Verbände können dabei als Produkt der ‚Institutionalisierung‘ jener transnationalen Netzwerke gesehen werden, die als Brücken zwischen der Türkei und Deutschland fungieren, indem sie politische und wirtschaftliche Interessen reziprok vertreten. Oft agieren derartige Vereine unter dem Deckmantel von kulturellen oder sozialen Veranstaltungen, um ihre rechtsextremen Ideologien zu verschleiern und gleichzeitig ihre Netzwerke zu stärken (vgl. Schiller et al. 1992, S. 4-5; Bozay 2024).

Laut dem Verfassungsschutz gibt es drei große zentrale ultranationalistische Organisationen, die der Ülkücü-Bewegung zuzuordnen sind. Der größte Verein ist die ‚Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.‘ (kurz ADÜTDF - Almanya Demokratik

Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu) oder auch ‚Türk Federasyon‘ genannt, mit etwa 7.000 Mitgliedern und rund 200 Ortsvereinen in Deutschland. Dieser Verein wird als direkter Ableger der MHP angesehen und vertritt deren ideologische Werte, darunter extremer Nationalismus, Antisemitismus, anti-alevitische und anti-kurdische Einstellungen sowie islamistische Überzeugungen. Aus diesem Umfeld kam es in der Bundesrepublik Deutschland immer wieder zu Mordanschlägen auf Minderheiten, die im Fadenkreuz solcher Extremisten stehen (vgl. Vaillant 2021; Bozay 2017, S. 172). Der transnationale Charakter der ‚Türk Federasyon‘ zeigt sich vor allem in kulturellen Aktivitäten, die darauf abzielen, die türkische Identität zu stärken und gleichzeitig ideologisches Gedankengut in der türkischen Migrantengemeinschaft zu verbreiten. Die Ülkücü-Vereine sind im Alltag präsent und organisieren Sport-, Musik- und andere Veranstaltungen, die für türkische Menschen von Bedeutung sind, um ihre Identität zum Ausdruck zu bringen und sie in migrationspolitischen Themen zu unterstützen. Insbesondere Jugendliche der zweiten und dritten Generation türkischstämmiger Migranten werden von diesem Umfeld angezogen. Dabei entwickeln sie auch eine Diaspora-Identität, die es ihnen ermöglicht, sich in beiden sozialen Kontexten zu verorten und gleichzeitig ihre eigene kulturelle und soziale Stellung zu bewahren (vgl. Schiller et al. 1992, S. 4; Bozay 2024; Voigt 2023). Vereine wie die ‚Türk Federasyon‘ verfügen über etwa 26.000 Mitglieder und demonstrieren damit ein enormes Mobilisierungspotenzial, das den türkischen Rechtsextremismus in Deutschland stärkt (vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz 2023; Bozay 2017, S. 172 f., 179). Von der ‚Türk Federasyon‘ spalteten sich im Laufe der Jahre zwei weitere große Vereine ab, die ebenfalls die ultranationalistische Ideologie vertreten. Zum einen handelt es sich um die ‚Türkisch-Islamische Union Europa e.V.‘ (Avrupa Türk Islam Birliği, kurz ATIB), und zum anderen um den ‚Verband der Türkischen Kulturvereine in Europa‘ (kurz ATB, früher ANF). Beide Vereine sind stärker islamisch geprägt und stehen der Büyük Birlik Partisi (BBP) nahe. Auch sie verfügen über eine große Mitgliederzahl und zahlreiche Ortsvereine. Sie orientieren sich dabei zunehmend an islamischen Werten und der Idee der ‚Türkisch-Islamischen Synthese‘ (vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz 2023; Bozay 2017, S. 173 ff.).

Neben den rechtsextremistischen Vereinen üben auch Organisationen der türkischen Regierung erheblichen Einfluss auf die politische Orientierung der türkischen Minderheit aus. Die Erdoğan-Regierung verfolgt eine spezielle Diasporapolitik, die darauf abzielt, neo-osmanische und nationalistische Narrative in der türkischstämmigen Bevölkerung zu stärken. Diese Politik nutzt transnationale Netzwerke und Strukturen, um Loyalität und kulturelle Identität der Diaspora im Sinne der Regierungsideologie zu festigen. Die Analyse von Schiller et al. bietet hierbei ein hilfreiches theoretisches Modell, welches die Wirkung hegemonialer Strukturen auf

die Formung von Identitäten betont (vgl. Göğüş 2018; Schiller et al. 1992, S. 13; Aytas 2018). Türkischstämmige Migranten in Deutschland sind unterschiedlichen Machtstrukturen ausgesetzt, die sie in transnationale soziale Felder einbinden, welche von hegemonialen Strukturen geprägt sind und ihre Identitäten, Werte und Loyalitäten maßgeblich beeinflussen. Während die deutsche Gesellschaft oft Assimilation fordert, beeinflussen Organisationen wie DİTİB oder YTB, die der türkischen Regierung nahestehen, die Diaspora mit nationalistischen und religiös geprägten Ideologien (vgl. Schiller et al. 1992, S. 14). Durch ihre Interaktionen mit diesen hegemonialen Strukturen tragen Migranten jedoch auch aktiv dazu bei, diese auf globaler und nationaler Ebene mitzugestalten und zu verändern. In diesem Spannungsfeld aus transnationalen Verbindungen werden ihre Identitäten geformt und wirken gleichzeitig auf die Machtstrukturen zurück, denen sie begegnen und die sie auch durchbrechen können. Sie entwickeln neue Identitäten und Bewusstseinsformen, die über die Kategorien der Nationalstaaten hinausgehen. Diese transnationalen Identitäten ermöglichen es ihnen, sich in einem globalisierten Kontext zu positionieren und sowohl den Anforderungen ihrer Herkunfts- als auch ihrer Aufnahmeländer gerecht zu werden. (vgl. Schiller et al. 1992, S. 5,19).

Transnationale türkische Migranten befinden sich demnach im Spannungsfeld zweier hegemonialer Systeme: Auf der einen Seite steht der türkische Staat, der nationalistische und religiös-konservative Narrative fördert. Auf der anderen Seite steht Deutschland, in dem Migranten durch Kategorisierungen wie Ethnizität und Religion eingeordnet werden. Der hegemoniale Diskurs in Deutschland zeichnet die türkische Diaspora oft als „anders“ aus, was die vollständige Integration erschwert. Diese beiden hegemonialen Diskurse prägen, „wer sie sind“ und wie sie sich zu verhalten haben. Dieses Spannungsverhältnis ähnelt dem Konzept von Charles Taylor und führt bei einigen Menschen zu Identitätskrisen. Rechtsextreme Organisationen nutzen diesen Druck, indem sie klare Identitätsangebote machen und dadurch Kontrolle über die Identitätsbildung erlangen (vgl. Schiller et al. 1992, S. 14). Zwar wirken die Netzwerke und Vereine auf den ersten Blick wie eine positive Nebenerscheinung des staatlichen Integrationsversagens, indem sich die Menschen selbst um ihre Angelegenheiten und Probleme kümmern, allerdings geht damit auch eine kulturelle Abgrenzung von der Aufnahmegesellschaft einher, die innerhalb dieser Strukturen reproduziert wird. Taylors ‚Politik der Anerkennung‘ zeigt, dass solche Vereine ein Auffangnetz für Menschen bieten, die sich unterdrückt fühlen. Sie vermitteln eine stolze und überlegene Identität, die es den Betroffenen ermöglicht, Anerkennung zu erlangen und sich zu behaupten. Besonders in Zeiten verstärkter Marginalisierung, wie sie aktuell auch in Deutschland erlebt wird, bieten

Migrantenorganisationen mit einer starken ideologischen Prägung eine Möglichkeit, Unsicherheiten und Identitätskrisen zu entkommen.

Diese hegemonialen Bestrebungen zeigen sich auch im Kontext der staatlich kontrollierten Organisationen der Türkei, um an dieser Stelle auf die erwähnten regimetreuen Akteure zurückzukommen. Besonders hervorzuheben sind die DİTİB und die UETD (Union Europäisch-Türkischer Demokraten), die dem AKP-Spektrum zugeordnet werden. Die DİTİB kann als eine Art ‚Paradebeispiel‘ einer transnationalen Organisation gesehen werden, da sie einen erheblichen Einfluss auf die türkische Diaspora ausübt und über eine starke Vertretung in Deutschland verfügt, deren politischer Einfluss nicht zu unterschätzen ist. Der deutsche Diyanet-Ableger betreibt derzeit über 900 Moscheen und Kulturvereine bundesweit, die sich wiederum in verschiedene Landesverbände organisieren. In diesen Einrichtungen sollen einerseits die Orientierung und Identifikation mit dem Heimatland gestärkt, andererseits aber auch Integrationsprozesse gefördert werden, wobei die Vereine oft mit kritischen Augen betrachtet werden und eher als Lobbyvereine der Türkei gelten. Vor wenigen Jahren erregte insbesondere die Tatsache Aufsehen, dass in den Moscheen der DİTİB für den Sieg der türkischen Streitkräfte im Angriffskrieg in Syrien gebetet wurde. Einen immer noch anhaltenden Krieg, der sich überwiegend gegen die kurdische Minderheit in den nördlichen Regionen des zerrütteten Staates richtet (vgl. Göğüş 2018; Nabert 2019). Die Lobbyarbeit kommt vor allem während der Wahlperioden der Türkei zum Vorschein, bei denen rechtsextreme oder regimetreue Organisationen für den Wahlkampf in Deutschland genutzt werden. So besuchte der MHP-Vorsitzende Devlet Bahçeli verschiedene Veranstaltungen in Deutschland, um für die Partei zu werben. Allerdings wird die ADÜTDF offiziell nicht als Ableger der MHP angegeben. Seitdem die MHP auch Teil der Regierungskoalition ist, hat die Bedeutung der Migrantenorganisationen noch weiter zugenommen (vgl. Işık 2023, S. 159).

Der ausgeprägte transnationale Charakter, der sich in der türkischen Diaspora abzeichnet, verdeutlicht die Probleme, die in Deutschland durch die jahrelange restriktive Integrationspolitik der Regierung entstanden sind. Die möglichen Konsequenzen daraus zeigen sich im Erstarken rechter Organisationen und der verstärkten Einflussnahme auf die türkische Minderheit. Gleichzeitig bemühen sich die Ülkücü-Vereine nach außen hin, ein gemäßigtes Bild zu vermitteln, während im Inneren ultranationalistische Ideologien weiterhin reproduziert und verbreitet werden (vgl. Aydin 2014, S. 16 f.; Bundesamt für Verfassungsschutz 2023). Hinter diesem Vorgehen steht ein politisches Interesse der nationalistischen Vereine: Türkische Migranten sollen vermehrt Einfluss in der deutschen Politik gewinnen, etwa durch Mitgliedschaften in Gremien, Parteien oder Ausschüssen. Dies entspricht sowohl den Zielen

der Ülkücüler als auch der AKP-Diasporapolitik. Durch diesen Einfluss soll ein neues hegemoniales Verhältnis zwischen der Türkei und Deutschland geschaffen werden, das im Zweifel der Dominanz der Aufnahmegesellschaft entgegenwirkt. Im Endeffekt entwickeln die türkischen Migranten dadurch eine komplexe hybride Identität, die es ihnen erlaubt, flexibel auf die Herausforderungen des globalen Systems zu reagieren, indem sie sich gleichzeitig anpassen und Widerstand leisten. Sie können ihre unterschiedlichen nationalen, ethnischen und ‚rassischen‘ Identitäten nutzen, um ihre Positionen in verschiedenen sozialen Räumen zu stärken und sich den ökonomischen und politischen Unsicherheiten zu widersetzen, ohne dabei stets offene Konflikte zu provozieren. Dies steht im Einklang mit dem Mantra des MHP-Gründers Alparslan Türkeş: „Werde Deutscher, bleibe Türke“. Es ist also nicht ausgeschlossen, dass türkische Migranten trotz der starken Politisierung durch die Ultranationalisten doppelte Loyalitäten entwickeln (vgl. Bozay 2024; Schiller et al. 1992, S. 11, 13 ff.; Uslucan 2021).

Im Wesentlichen lässt sich feststellen, dass transnationale Organisationen und Netzwerke eine zentrale Rolle bei der politischen Orientierung von türkischen Migranten spielen. Die Ülkücü-Vereine nutzen gezielt die Marginalisierung und Diskriminierung, die viele Migranten in der Aufnahmegesellschaft erfahren, und bieten klare Verhaltensrichtlinien, ein Gefühl von Zugehörigkeit, im Grunde eine Form der Anerkennung und Zugehörigkeit, die die deutsche Aufnahmegesellschaft oft nicht ausreichend bereitstellt. Der Transnationalismus erklärt diese Dynamiken als ökonomisches und kulturelles Phänomen, bei dem soziale Beziehungen im Mittelpunkt stehen. Diese Beziehungen, eingebettet in den Alltag, werden durch Institutionen, Familien und wirtschaftliche Aktivitäten aufrechterhalten. Gleichzeitig beeinflussen rechtsextreme Organisationen die Machtstrukturen in beiden Ländern. Während sie die Dominanz der deutschen Aufnahmegesellschaft relativieren, reproduzieren sie die hegemonialen Vorstellungen des türkischen Staates und nationalistischer Ideologien (vgl. Schiller et al. 1992, S. 9-11). Ihre enge Verbindung zum türkischen Staat und ihre transnationalen Netzwerke tragen dazu bei, dass politische Konflikte der Türkei ins Aufnahmeland übertragen werden. Diese Dynamik und ihre Auswirkungen werden im folgenden Kapitel detaillierter untersucht.

3.4 Konflikte ohne Grenzen: Migration und gesellschaftliche Spaltungen

Eine wichtige Frage, die die verschiedenen bisherigen Untersuchungen aufwirft, ist, warum sich nicht mehr türkischstämmige Migranten in rechtsextremen Organisationen wiederfinden. Schließlich klingt es fast so, als würden rechte Organisationen den politischen Diskurs, der

Migrantenorganisationen betrifft, stark dominieren und eine Vormachtstellung innehaben. Doch wie bereits zu Beginn der Arbeit dargestellt, handelt es sich bei der türkischen Minderheit bzw. den Menschen, die aus der Türkei stammen, also die Staatsbürgerschaft besitzen (bzw. deren Eltern und Großeltern), um eine heterogene Gruppe. Die Personen, die sich für den Beitritt in eine Ülkücü-Organisation entscheiden, sind zumeist durch bestimmte Prozesse und bestehende Konflikte geprägt, die sich durch transnationale Bezüge im Aufnahmeland reproduzieren bzw. aus der Türkei übertragen wurden. Diese Heterogenität der türkischstämmigen Migrantengruppe, gepaart mit den durch transnationale Bezüge reproduzierten oder übertragenen Konflikten, verweist auf tiefergehende gesellschaftliche Spaltungslinien, die in der politischen Soziologie und Politikwissenschaft als Cleavages bezeichnet werden. Die Cleavage-Theorie, insbesondere in ihrer klassischen Form von Lipset und Rokkan (1967), bietet ein nützliches Analyseraster, um zu verstehen, wie soziale, kulturelle oder politische Bruchlinien innerhalb einer Gesellschaft entstehen und sich stabilisieren können. Die Anwendung der Theorie soll Aufschluss darüber geben, wie sich rechtsextremistische Tendenzen in der türkischen Minderheit in Deutschland durch die Konflikte verschärfen.

Die Theorie beschreibt, wie bestimmte gesellschaftliche Spaltungen (engl. „cleavages“) politische Parteiensysteme und Wahlverhalten prägen. Diese Brüche entstehen durch entscheidende gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Konflikte, die in historisch gravierenden Phasen entstehen und die politische Landschaft langfristig gestalten. Aus diesem Grund ist auch der polit-historische Kontext in dieser Arbeit ein essenzieller Teil der Erklärungsgrundlage (vgl. Schmitt-Beck 2007, S. 252). Die Cleavage-Theorie muss dabei nicht zwangsläufig auf Parteien oder das Wahlverhalten angewendet werden. Für die Zwecke der Arbeit werden zwar die grundlegenden Mechanismen der Theorie übernommen, sollen aber dabei überwiegend die starke Fragmentierung der türkischen Migrantengesellschaft zeigen. Zwar wird auch auf spezifische parteipolitische Aspekte eingegangen, die eine Erklärung für den steigenden türkischen Rechtsextremismus liefern, aber sie sind für den deutschen Betrachtungsraum eher nebensächlich. Das Wahlverhalten türkischstämmiger Einwanderer ist ein weiterführendes Forschungsthema und soll eher minimal angeschnitten werden.

Lipset und Rokkan gehen davon aus, dass bestimmte soziale Konflikte – sogenannte Cleavages – zu einer dauerhaften Strukturierung der Gesellschaft und somit auch zu stabilen politischen und parteipolitischen Gegensätzen führen. Diese Cleavages sind nicht nur einfache Interessenskonflikte, sondern basieren auf grundlegenden soziokulturellen Gegensätzen, die sich in verschiedenen gesellschaftlichen ‚Bruchlinien‘ zeigen. Eine Cleavage zeichnet sich durch eine strukturelle Basis aus, welche mit sozialen und wirtschaftlichen Komponenten fest

in der Gesellschaft eingebunden ist. Außerdem bedarf es eines kollektiven Bewusstseins, also einer gemeinsamen Identität oder Zugehörigkeit der betroffenen Gruppen, die durch gemeinsame Werte, Normen oder Traditionen generiert wird (Rückblick auf Anderson?). Im klassischen theoretischen Ansatz institutionalisieren sich die Konfliktlinien schließlich in Parteiensystemen, wobei Parteien als Vertreter der jeweiligen gesellschaftlichen Gruppen agieren (vgl. Lipset & Rokkan 1967, S. 10; Gecer 2018, S. 6). An dieser Stelle sollte jedoch festgehalten werden, dass Lipset und Rokkan ihr Konzept für die Anwendung an westlichen Parteiensystemen entworfen haben und so eine direkte Transferierung auf die sozio-politischen Umstände der türkischen Migrantengesellschaft in Deutschland oder der Türkei nicht vollständig möglich ist. Dennoch bilden sich auch in der türkischen Gesellschaft bestimmte Konfliktdimensionen ab, die auf eine politische Fragmentierung hindeuten und damit die Orientierung zum Rechtsextremismus erläutern könnten.

Im westeuropäischen Untersuchungsrahmen kristallisieren sich vier Hauptcleavages heraus, welche auf zwei bestimmte historische Ereignisse zurückzuführen sind: Die nationalen Revolutionen schufen Konflikte entlang einer territorialen Achse, in deren Zentrum das Ringen um kulturelle Dominanz und die Durchsetzung gesellschaftlicher Normen stand. Zum einen entwickelten sich Zentrum-Peripherie-Konflikte zwischen der „central nation-building culture“ (Lipset & Rokkan 1967, S. 14), die eine kulturelle Vereinheitlichung sowie die Kontrolle über die legitime staatliche Gewalt anstrebte, und den regionalen Kulturen sowie ethnischen Gruppen, die ihre Eigenständigkeit und besonderen Identitäten bewahren wollten. Besonders diese Cleavage findet sich auch in der türkischen Gesellschaft wieder und dominiert den politischen Diskurs, da sie sich schon früh im Osmanischen Reich entwickelt hatte und stark polarisierte: ein starkes Zentrum gegenüber einer ungezügelter Peripherie. In der türkischen Republik zeichnet sich ein ähnlicher Konflikt ab, der vor allem nach der Gründung der Republik sehr präsent war und es auch in der Gegenwart wieder ist. Die Rede ist vom türkisch-kurdischen Konflikt und der ethnischen Spaltung der türkischen Gesellschaft (vgl. Gecer 2018, S. 15). Sowohl in der Türkei als auch in der türkischstämmigen Bevölkerung in Deutschland setzt sich ein Großteil von ihr aus ethnisch kurdischen Migranten zusammen. Während der Konflikt in der Türkei auf einer historischen Diskriminierung und Unterdrückung fußt, die auf eben jene Gründung zurückgeht, wurde dieser Konflikt nach Deutschland übertragen und findet sich in der türkischen und kurdischen Diaspora wieder. In Deutschland besteht ungefähr ein Drittel der türkischstämmigen Bevölkerung aus ethnischen Kurden. Ihre ethnische Identität steht dabei im Widerspruch zur türkischen Staatsdoktrin, in der der Staat eine „ethnisch homogene Nation“ repräsentiert (vgl. Uslucan 2021).

Auf der anderen Seite entstand innerhalb der nationalen Ebene ein Konflikt um die Definitions- und Durchsetzungsmacht für die Normen der Gemeinschaft, insbesondere zwischen der (oft säkularen) zentralisierten Staatsmacht und religiösen Institutionen bzw. Kirchen, die traditionell das Privileg hatten, die Deutungshoheit über jene Normen und Werte der Gesellschaft zu besitzen (vgl. Lipset & Rokkan 1967, S. 14; Schmitt-Beck 2007, S. 252). Auch hier lässt sich auf den ersten Blick eine türkische Konfliktlinie erkennen, nämlich der Konflikt zwischen den Befürwortern des Laizismus und der islamischen Wertegemeinschaft. Allerdings scheint sich dieser Konflikt eher der Zentrum-Peripherie-Cleavage zuordnen zu lassen. Zwar ist ein Konflikt zwischen ‚der Kirche‘ und ‚dem Staat‘ vorhanden, doch geht es hier nicht um einen Herrschaftsanspruch, sondern vielmehr um das allgemeine Staatsverständnis und die Identität der türkischen Gesellschaft, was einen kulturellen Charakter des Konflikts verdeutlicht. Der Islam wurde in der Türkei nicht völlig ausgegrenzt, sondern vielmehr durch die Religionsbehörde Diyanet unter staatliche Kontrolle gestellt. Es handelt sich hierbei um einen Konflikt zwischen westlicher Modernität und islamischer Tradition, die durch Atatürks Reformen fast vollständig aus der Öffentlichkeit verbannt wurde (vgl. Gecer 2018, S. 15; Uslucan 2021).

Eine weitere Konfliktdimension, die sich in diesem Kontext zeigt, ist die Auseinandersetzung zwischen religiösen Strömungen über die Deutungshoheit des Islam und dessen Auslegung. Im Mittelpunkt steht hier der Konflikt zwischen Aleviten und Sunniten. Die Mehrheit der türkischstämmigen Migranten in Deutschland sind sunnitische Muslime, während ein kleinerer Teil Aleviten sind. In der Türkei müssen Aleviten bis heute um Anerkennung kämpfen und wurden über Jahrhunderte hinweg, beginnend im Osmanischen Reich und später auch in der türkischen Republik, unterdrückt und verfolgt, so auch heute noch, besonders von islamistischen Ultranationalisten. Dies hatte zur Folge, dass sich im europäischen Ausland eine große alevitische Diaspora gebildet hat (vgl. Uslucan 2021).

Im Gegensatz zu den klassischen territorialen Konfliktlinien sind die beiden weiteren Spaltungen geschichtlich jünger und lassen sich auf der funktionalen Achse platzieren, die durch die industrielle Revolution geformt wurde. Sie betreffen sowohl ökonomische als auch ideologische Spannungen. Der Stadt-Land-Konflikt etwa zeigt die gegenläufigen Interessen der ländlichen Agrarwirtschaft und der urbanen Zentren, wobei die Städte zunehmend als wirtschaftliche und gesellschaftliche Zentren an Einfluss gewannen. Der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital beschreibt hingegen die Spannungen zwischen der Arbeiterklasse und den kapitalistischen Unternehmern, die durch die Industrialisierung verstärkt wurden und zur Herausbildung einer Arbeiterbewegung führten, die soziale Gerechtigkeit und die Rechte der

Arbeiter forderte. Für die Türkei spielen die industriellen Cleavages eine eher sekundäre Rolle, da es im Osmanischen Reich keine wirkliche industrielle Revolution gab. Damit sind auch diese Konfliktlinien im türkischen Kontext obsolet, bzw. polarisieren nicht auf der Ebene wie die anderen Cleavages. Sie sollen dadurch nicht als nicht existent dargestellt werden, sondern vielmehr hervorheben, dass andere Konflikte weitaus gravierender für die türkische Gesellschaft sind (vgl. Lipset & Rokkan 1967, S. 14 ff.; Schmitt-Beck 2007, S. 252; Gecer 2018, S. 3).

Lipset und Rokkan verdeutlichen mit ihren Cleavages, dass die ursprünglichen Konfliktlinien das politische Parteiensystem in Europa bis heute prägen – die Betonung liegt dabei auf Europa. Auf die türkische Gesellschaft jedoch treffen die klassischen Cleavages nicht vollständig zu. Zwar gibt es Ähnlichkeiten, etwa bei den territorialen Konflikten (Zentrum-Peripherie) und religiösen Spannungen, doch sind sie oft anders gelagert oder stärker durch transnationale und historische Faktoren geprägt, die spezifisch für die Türkei sind. Faszinierend ist, dass die Staat-Kirche-Cleavage in der Türkei weniger als ein institutioneller Machtkampf zu verstehen ist, sondern eher als Auseinandersetzung um Identität und kulturelle Orientierung zwischen Laizismus und islamischen Traditionen. Es müssen demnach Anpassungen vorgenommen werden, die die spezifischen historischen, sozialen und kulturellen Dynamiken der türkischen Gesellschaft stärker berücksichtigen, um ein vollständigeres Verständnis der politischen und gesellschaftlichen Konfliktlinien zu gewinnen. Fest steht auch, dass die türkischstämmige Minderheit, ähnlich der europäischen Gesellschaft, durch bestimmte gesellschaftliche Konflikte gespalten ist und nicht als homogene Gruppe betrachtet werden kann. Diese Konflikte werden durch transnationale Netzwerke und die damit bestehenden Verbindungen in die Türkei nach Deutschland weitergetragen. Die Cleavages, die sich dabei abbilden, werden vor allem durch ethnische und religiöse Fragmentierungen hervorgerufen, wie bereits in Kapitel 2.6 kurz angeschnitten wurde.

Im Sinne der Cleavage-Theorie stellen diese Konfliktlinien ein mögliches Zugehörigkeitsraster für türkischstämmige Migranten dar, das sich beispielsweise auch in ihrem Wahlverhalten widerspiegeln kann. Der Fokus der Untersuchung liegt zwar auf der Spaltung der türkischen Gesellschaft, sollte jedoch auch die Entscheidungen des Elektorats nicht völlig außer Acht lassen. Schließlich liefert eine Analyse darüber, wie viele Menschen sich für rechtsextreme Parteien oder Organisationen entscheiden, einen möglichen Anhaltspunkt für potenziellen Zuwachs rechtsextremer Organisationen. Dieser Aspekt darf nicht vernachlässigt werden, da er insbesondere im deutschen Diskurs immer wieder auf Unverständnis stößt – besonders in Zusammenhang mit den vergangenen türkischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen,

welche viele Fragen hinsichtlich der Integration der türkischen Gemeinschaft in Deutschland aufgeworfen haben. Der Wahlerfolg des Bündnisses ‚Volksallianz‘, bestehend aus der AKP, MHP und BBP, zeigte sich auch unter den 1,5 Millionen Wahlberechtigten in Deutschland, von denen eine Mehrheit der Stimmen (bei einer Wahlbeteiligung von 50 %) an dieses rechtskonservative Bündnis ging. In dieser Allianz vereinen sich Cleavages der konservativen Seite, das heißt pro-islamische Wertekultur, ethnozentrisch-türkische Orientierung und die Deutungshoheit des sunnitischen Islams (vgl. Söylemez 2023).

Die Cleavages, die sich in der Türkei bzw. in der türkischen Gesellschaft abbilden, können zwar teilweise mit der traditionellen Cleavage-Theorie erklärt werden, allerdings bedarf es einer Erweiterung des Ansatzes, der diese umfasst. Hierzu soll für die Untersuchung die erweiterte Cleavage ‚Integration vs. Demarkation‘ mit aufgenommen werden. Die Theorie hierzu liefern Hanspeter Kriesi und Edgar Grande et al. (2008), die sich im Zuge der Globalisierung mit den Veränderungen der Cleavage-Strukturen beschäftigt haben. Sie gehen davon aus, dass Globalisierung eine neue Cleavage in den westeuropäischen Ländern erzeugt hat, die zwischen Gewinnern und Verlierern der, wie die Autoren es nennen, De-Nationalisierung unterscheidet (vgl. Kriesi, Grande et al. 2008, S. 323). Allerdings wird die neue Konfliktlinie laut den Autoren nicht die politischen Räume gänzlich transformieren; vielmehr wird sie in das bestehende zweidimensionale Gerüst der Cleavages eingebettet. Dies führt schließlich dazu, dass sich die Bedeutung der bereits bestehenden Cleavages verändert. Der kulturelle Konflikt hat an Bedeutung gewonnen und religiöse Konflikte ersetzt. Denn nun prägen neue Themen wie Migration und Globalisierung die politische Landschaft in Europa (vgl. Kriesi, Grande et al. 2008, S. 324). Die türkischen Konfliktlinien werden in Deutschland durch Gruppierungen wie den Grauen Wölfe weiter verstärkt beziehungsweise reproduziert. Die Integration-vs.-Demarkation-Cleavage kann an dieser Stelle angewendet werden, um die türkischen Cleavages unter einer Linie zusammenzufassen. Blickt man auf die jüngsten Ereignisse sowie das Wahlverhalten türkeistämmiger Menschen, zeichnet sich ab, dass das AKP-MHP-BBP-Bündnis (‚Volksallianz‘) mehrheitlich von jenen unterstützt wird, die sich sozial und wirtschaftlich marginalisiert fühlen (Demarkation). Progressive und säkulare Kräfte wie die HDP und CHP hingegen betonen Integration und Modernisierung. Auf der Seite der Integration lassen sich laizistische, prokurdische und religiös-freiheitliche Strömungen verorten, die auch auf globaler Ebene einen eher offenen Kurs befürworten und tendenziell links stehen. Auf der Seite der Demarkation hingegen vereinen sich Kräfte, die sich auf türkisch-nationalistischer Ebene bewegen und für die Dominanz des sunnitischen Islams sowie eine zunehmende Islamisierung der Republik eintreten (vgl. Rickenberg 2018, S. 178; Söylemez 2023). Diese Spaltung wird

zwischen den ‚Gewinnern‘, also Befürwortern der Globalisierung, die meist gut ausgebildet sind und von offenen Märkten profitieren, und ‚Verlierern‘, die eher ökonomisch und kulturell marginalisiert sind und Protektionismus bevorzugen, der Globalisierung gezogen. In der Türkei artikulieren sich diese Spaltungen noch spezifischer; hier wird zwischen den sogenannten ‚weißen Türken‘ (tr.: beyaz Türkler) und den ‚schwarzen Türken‘ (tr.: kara Türkler) unterschieden. Während die weißen Türken eine eher urbane und moderne Assoziation haben und damit auf der Seite der Integration stehen, sind die schwarzen Türken Teil der demarkativen Seite, die eher marginalisiert und sich beispielsweise an der AKP orientieren (vgl. Kriesi, Grande et al. 2008, S. 327; Babacan 2020, S. 154 f.).

Die AKP und andere rechtskonservative Parteien mobilisieren erfolgreich jene, die in Deutschland Diskriminierung erfahren und sich als Bürger zweiter Klasse fühlen. Die Identifikation mit diesen Parteien ist dann auch größer, da viele Anhänger möglicherweise sozial und wirtschaftlich benachteiligt sind. In diesem Kontext spielen transnationale Verbindungen eine wichtige Rolle, da sie ein unterstützendes Netzwerk bieten. Die Wahlentscheidungen werden dabei weniger auf Basis rationaler Überlegungen getroffen, sondern sind vielmehr von emotionalen Bindungen und Identitätsfragen geprägt. Die Demarkationslinie fokussiert sich auf die Rückbesinnung auf traditionelle, religiöse und nationale Identitäten. Persönlichkeiten wie Erdoğan fungieren in diesem Kontext als Symbolfiguren für den Stolz auf die nationale Identität. In verschiedenen Wahlkämpfen kristallisiert er sich als charismatischer Anführer der Türkei heraus, der die türkische Nation als starke und mächtige Einheit verkörpert und den Unterdrückten eine Stimme gibt (vgl. Rickenberg 2018, S. 178, 185 f.; Söylemez 2023). Die kulturelle und ethnische Polarisierung innerhalb der türkeistämmigen Gemeinschaft in Deutschland hat dabei ein weitaus größeres Gewicht, da die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ethnie– sei es als Kurde oder Türke– im Ausland stärker polarisiert (vgl. Söylemez 2023). Betrachtet man die Frage, warum es zum Erstarken rechter Gruppierungen kommt, zeigt sich, dass die Konfliktdimensionen der klassischen Cleavage-Theorie teilweise auf die Türkei übertragbar sind. Allerdings äußern sich diese Konflikte in anderen kulturellen und gesellschaftlichen Bereichen.

Der politische Raum, der durch die neue globalisierte Cleavage geschaffen wird, ist vorerst unbesetzt, was dazu führt, dass sich entweder neue Parteien bilden, die auf jene neuen Probleme der Globalisierung reagieren, und sich dadurch Parteiensysteme fragmentieren und polarisieren. Den Raum der Demarkation besetzen dabei häufig radikale rechte Parteien, auf denen auch das Augenmerk dieser Arbeit liegt. Die Veränderungen, die die Globalisierung mit sich bringt, zeichnen sich ebenfalls in den politischen Räumen und den Konfliktstrukturen ab, die sich in

stetiger Annäherung befinden (vgl. Kriesi, Grande et al. 2008, S. 325). Was jedoch für diese Arbeit wahrscheinlich relevanter ist, ist die ideologische Neuausrichtung, die etablierte Parteien durchlaufen (vgl. Kriesi, Grande et al. 2008, S. 328). So auch die AKP: die anfänglich integrative Politik Erdoğan's hat sich zu ultranationalistischen und demarkativen Narrativen entwickelt. Auch die Reaktionen der Opposition, speziell der CHP, präsentierten keine wirkliche Alternative. Eigentlich hätten sich die Kemalisten stärker auf die Integration konzentrieren sollen, stattdessen folgten sie ebenfalls nationalistischen Narrativen, besonders während der letzten Wahlen. So vertritt beispielsweise die CHP zwar weiterhin einen Nationalismus, doch die Deutungshoheit liegt nun bei rechtskonservativen Parteien wie der MHP und der AKP. Die rechtskonservative und islamistische Ausrichtung der AKP kommt den türkischen rechten Lagern in Deutschland zugute. Insgesamt bietet die Opposition keine stabilen Anreize für eine politische Orientierung Richtung linke Mitte. Politisch Unentschlossene tendieren daher zu rechtskonservativen Parteien, da diese eine ansprechende Identitätspolitik für ethnische Türken vermitteln. Andere ethnische Orientierungen enthalten sich oder wählen kleinere Oppositionsparteien (vgl. Söylemez 2023; Rickenberg 2018, S. 194).

Im Fall der türkischen Diaspora zeigt sich, dass die Konfliktlinien aus der Türkei durch transnationale Netzwerke und kulturelle Bindungen reproduziert und in den politischen Raum Deutschlands übertragen werden. Die Überlagerung von klassischen Cleavage-Strukturen mit den neuen Konfliktlinien der Globalisierung hat dabei eine doppelte Wirkung: Einerseits verstärken sie bestehende Spannungen zwischen Integration und Demarkation, andererseits schaffen sie neue Prozesse, die politische Mobilisierungen entlang ethnischer und kultureller Identitäten fördern. Die Globalisierung verstärkt nicht nur die Marginalisierung bestimmter Gruppen, sondern bietet radikalen Parteien wie den Grauen Wölfen eine Plattform, um Demarkationsnarrative zu verbreiten und ihre ideologischen sowie politischen Ziele mithilfe transnationaler Netzwerke zu verfolgen. Die türkischen rechtsextremen Bewegungen profitieren von dieser Entwicklung, indem sie ihre Narrative an die kulturellen Unsicherheiten und Marginalisierungserfahrungen der Diaspora anpassen.

4. Diskussion

Die letzten Kapitel haben verdeutlicht, dass das Erstarken der türkischen Rechten in Deutschland durch unterschiedliche theoretische Ansätze erklärt werden muss, da das Thema sehr facettenreich ist. Eine einzelne Theorie liefert keinen vollständigen Erklärungsansatz, doch durch die Verknüpfung verschiedener sozialwissenschaftlicher Perspektiven entsteht ein klareres und verständlicheres Gesamtbild. Trotzdem werfen diese Ergebnisse einige Fragen auf, die in der folgenden Diskussion besprochen werden sollen. Vorab soll die grundsätzliche Frage geklärt werden, wie gut die Theorien für das Thema funktioniert haben, wo die Grenzen liegen und was noch ergänzt werden muss. Im Anschluss soll noch auf einige Fragen eingegangen werden, die im Forschungsbereich der Thematik liegen und im Grunde Nebensätze der Recherche sind: Wie sind die Verbindungen zwischen türkischen und deutschen Rechtsextremisten zu bewerten? Gibt es denn welche? Welche Auswirkungen hat die ideologische Radikalisierung auf die Integration der türkischen Diaspora und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland? Mit einer kritischen Reflexion werden die Fragen in den größeren Kontext der politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen eingeordnet. Ziel ist es auch, aus den gewonnenen Erkenntnissen weiterführende Perspektiven für die wissenschaftliche und politische Auseinandersetzung mit dem Phänomen türkischer Rechtsextremismus abzuleiten.

4.1 Theorien auf dem Prüfstand: Eine kritische Betrachtung

Die herangezogenen Theorien bieten unterschiedliche, jedoch sich ergänzende Blickwinkel auf das Erstarken der türkischen Rechte in Deutschland. Ihre Anwendung erlaubt es, das komplexe Zusammenspiel von Identität, Integration und politischer bzw. gesellschaftlicher Spaltung innerhalb der Diaspora zu beleuchten. Allen voran bietet Andersons Konzept der ‚vorgestellten Gemeinschaften‘ eine wertvolle Grundlage, um die Konstruktion nationaler Identitäten auch in transnationalen Kontexten zu verstehen. Es zeigt, wie die türkische Diaspora eine kollektive Identität entwickelt, die durch symbolische Narrative, Rituale und kulturelle Symbole geprägt wird. Diese Theorie ist besonders hilfreich, um die anhaltende Bindung der Diaspora an die Türkei zu erklären und zu verstehen, wie diese Identität für die politische Mobilisierung der türkischen Rechten genutzt wird. Allerdings bleibt Andersons Ansatz weitgehend deskriptiv und bietet keine konkreten Mechanismen, wie solche partikularen Identitäten auf individueller Ebene gebildet und verinnerlicht werden. Es scheint oft so, dass die meisten Aussagen von Anderson sich grundsätzlich auf eine kollektive Gemeinschaft von vornherein beziehen. Ein

weiterer Punkt, der zu beachten ist, ist die zeitliche Verschiebung bzw. die aktuellen Bedingungen der Untersuchung. Anderson vernachlässigt schließlich die Rolle moderner digitaler Medien, die heute eine zentrale Rolle bei der politischen Mobilisierung und Identitätsbildung spielen, was natürlich bei der Entwicklung des Konzepts noch nicht bekannt war. Das bedeutet, dass Inhalte teilweise vor der seriellen Praxis kommen, da die Nationen im Grunde schon konsolidiert sind. Generell hat sich im Verlauf der Untersuchung gezeigt, dass die Globalisierung des politischen Raums ein wichtiger Kontext für die Bildung politischer Identitäten ist.

Ergänzend zu den fehlenden Mechanismen schließt Charles Taylors Theorie diese Lücke. Seine ‚Politik der Anerkennung‘ beleuchtet die Auswirkungen von Marginalisierung und fehlender gesellschaftlicher Anerkennung auf die politische Identität bzw. die individuellen Orientierungen der Migranten in Deutschland. Sie liefert wichtige Erklärungen dafür, warum sich Teile der türkischen Diaspora in Deutschland von der Mehrheitsgesellschaft abgrenzen und sich rechtsextremen Ideologien zuwenden. Die Betonung der Anerkennung als zentralem Bedürfnis erklärt, warum nationalistische Gruppierungen wie die Grauen Wölfe eine Anziehungskraft entwickeln, indem sie eine alternative Form von Identität und Gemeinschaft anbieten. Die Theorie ist jedoch begrenzt, wenn es darum geht, die Dynamiken innerhalb der Diaspora selbst zu analysieren, beispielsweise die Spannungen zwischen unterschiedlichen ethnischen oder politischen Gruppierungen. Denn trotz der kollektiven Diskriminierung, die sowohl Türken und Moslems als auch Kurden oder Aleviten erfahren, bedeutet das nicht, dass sich alle Benachteiligten zu rechtsextremen Organisationen hingezogen fühlen.

Die Transnationalismus-Theorie bietet eine unverzichtbare Perspektive, um die Rolle von transnationalen sozialen Feldern und Netzwerken in der Diaspora zu analysieren. Sie erklärt, wie die türkische Diaspora ihre kulturellen und politischen Bindungen zur Türkei aufrechterhält und wie diese Bindungen durch Hegemonialkämpfe die Integration in Deutschland erschweren. Hier zeigt sich auch, wie Loyalitäten auf die Probe gestellt werden und sich hybride Identitäten entwickeln können, die eine einheitliche politische Zuordnung der türkischen Migranten fast unmöglich macht. Noch dazu gibt es nicht nur rechtsextreme Migrantenorganisationen in Deutschland, sondern auch linke oder kurdische Vereine und Verbände, welche zum vielfältigen Spektrum der Migrantenorganisationen zählen, die sich auf die politische Orientierung auswirken. Eine Problematik, die die Transnationalismus-Theorie aufwirft, ist die Infragestellung des klassischen Konzepts von Nation und Nationalstaat. Im Grunde hinterfragt Schiller et al.'s (1992) Ansatz das Konzept von Anderson und seiner vorgestellten Gemeinschaft. Deshalb ist es wichtig zu verstehen, in welchem Kontext Andersons Theorie

betrachtet wird; in dieser Situation geht man von einem transnationalen Setting aus. Man könnte durch diese Überlegung davon ausgehen, dass es im Grunde keine Grenzen mehr gibt für die sogenannten ‚Transmigranten‘.

Die Cleavage-Theorie von Lipset und Rokkan, erweitert durch Kriesi, Grande et al., stellt das letzte fehlende Puzzlestück dar, um die politischen Spaltungen innerhalb der Diaspora zu untersuchen. Diese makropolitische Perspektive erklärt, warum nicht alle türkischstämmigen Minderheiten in Deutschland eindeutig einer bestimmten Zielgruppe für Rechtsextremismus zugeordnet werden können. Die neue Cleavage ‚Integration vs. Demarkation‘ ist besonders hilfreich, um die Dynamik zwischen kosmopolitischen und exklusivistischen Präferenzen zu verstehen. Diese Theorie ermöglicht es, die politische Polarisierung innerhalb der Diaspora als Teil einer größeren gesellschaftlichen Entwicklung zu betrachten. Gleichzeitig löst die Cleavage-Theorie den Erklärungsbedarf, warum marginalisierte und diskriminierte Migranten sich für eine bestimmte politische Richtung entscheiden, sei es nun links oder rechts.

Zwar erscheint die Argumentationskette durch die Theorien vollständig, dennoch gibt es auch Grenzen. Keine der Theorien berücksichtigt umfassend die Rolle digitaler Medien und neuer Kommunikationsformen, die heute eine zentrale Rolle bei der Verbreitung nationalistischer Ideologien spielen und generell einen drastischen Einfluss auf das politische Leben haben. Des Weiteren standen noch weitere Theorien im Raum, die den Sachverhalt hätten erklären können. Um den Umfang der Arbeit zu beschränken, wurden zum Beispiel die Theorie zum Populismus weggelassen, welche auch in der Literatur schon zu Genüge diskutiert wurde, ebenso wie die Assimilierungstheorien nach Robert E. Park, Alejandro Portes und anderen Pionieren der Integrationsforschung (siehe Winter, Staber 2015; Portes et al. 2005; Portes, Zhou 1993). Sie sollten an dieser Stelle erwähnt werden, da sie mitunter die Grundsteine für Autorinnen wie Nina G. Schiller gelegt haben. Zudem bleibt die Frage offen, wie unterschiedliche Generationen innerhalb der Diaspora auf diese Dynamiken reagieren. Es ist schwierig, allein durch die verwendeten Theorien zu untersuchen, wie sich die betroffenen Personengruppen strukturell zusammensetzen, die sich einer rechtsextremen Gruppe anschließen, das heißt, welches Geschlecht, Alter oder soziale Schicht. Darüber hinaus könnten zukünftige Forschungen von einer stärkeren Integration psychologischer Ansätze und einer Berücksichtigung der Mediensozialisation profitieren, wobei der Fokus dabei beispielsweise auf Emotionen gelegt werden könnte. Daher ist es erforderlich, weitere Forschung auf quantitativer und qualitativer Ebene durchzuführen, um die aktuellen Entwicklungen des Erstarkens türkischer rechtsextremer Strukturen zu erfassen. Besonders die demographische Zusammensetzung der rechtsextremistischen Strukturen könnte für zukünftige Untersuchungen interessant sein, wie

zum Beispiel: Sind es mehr Männer oder mehr Frauen, die sich den Grauen Wölfen anschließen? Sind sie eher alt oder doch jung?

Jeglicher Kritik zum Trotz liefern die Theorien wertvolle Einblicke in die Dynamiken des Aufschwungs der türkischen Rechten in Deutschland; gleichzeitig müssen sie in ihrer Anwendung kontinuierlich an die sich wandelnden gesellschaftlichen und technologischen Rahmenbedingungen angepasst werden. Sie legen den Grundstein für eine differenzierte Analyse, zeigen aber auch den Bedarf an weiteren kontextualisierten und multidisziplinären Ansätzen auf, deren Einbindung in dem Rahmen dieser Arbeit schier nicht möglich gewesen wäre.

4.2 Verbündete und Verbote – Deutschlands Umgang mit türkischem Ultranationalismus

Der Zuwachs türkischer Rechtsextremisten in Deutschland gestaltet sich als ein vielschichtiges und komplexes Phänomen, das sowohl durch transnationale Netzwerke als auch durch lokale gesellschaftliche Bedingungen geprägt ist. Eine Besonderheit, die im Zuge der Recherche zum Vorschein gekommen ist, zeigt, dass Personen türkischer Herkunft mit rechtsextremen Ansichten (in Bezug auf die Türkei) in Deutschland teilweise linksgerichtete oder sozialdemokratische (deutsche) Parteien wählen. Hier offenbaren sich die angesprochenen dualen Loyalitäten oder hybriden Identitäten, die von der Transnationalismus-Theorie aufgeworfen werden. Obwohl türkische Migranten in ihrem Heimatland eine konservative Orientierung präferieren, zeigen sie in Deutschland ein Verhalten, das sich positiv auf migrantische Interessen auswirkt. Häufig passen sie ihre politische Strategie an die Bedingungen im Zielland an, beeinflusst von transnationalen Verbindungen und Netzwerken, um sich auch teilweise den Unsicherheiten in der neuen Umgebung anzupassen (vgl. Sauer & Halm 2018, S. 517 f.). Das bedeutet, wenn Migranten die Möglichkeit haben, am deutschen politischen Leben teilzunehmen, entscheiden sie sich durchaus für sozialdemokratische, linke oder auch konservative Parteien. Dabei spielen nicht nur ideologische Präferenzen, sondern auch alltägliche Probleme eine entscheidende Rolle, die ihre Parteiwahl beeinflussen. Dies eröffnet neben der Frage nach Loyalität auch eine Diskussion über die Verbindungen zwischen türkischen Rechtsextremisten und deutschen rechten Strukturen (vgl. Çelikkan 2021). Würden rechtskonservative, türkischstämmige Menschen in ihrer Wahlheimat Deutschland ebenfalls dazu neigen, rechte Parteien oder Gruppierungen zu unterstützen? Angesichts des Rechtsrucks in Deutschland erscheint diese Frage nicht völlig ungewöhnlich. Immer wieder finden sich in

der Literatur Hinweise auf die Zusammenarbeit von deutschen Rechtsextremisten und türkischen Ülkücüler auf deutschem Boden. Die rassistische Haltung deutscher Rechtsextremisten und der Anstieg rassistisch motivierter Gewalt ab den späten 1970er Jahren führten zu einer paradoxen Lage für die rechtsextremen Türkeistämmigen. Trotz der gemeinsamen Feindschaft gegen linke Aktivisten und der antikommunistischen Stimmung im Land war es schwierig für die türkische Rechte, sich den deutschen Neonazis anzunähern, da diese auch gewalttätige Angriffe auf türkische Migranten verübten. Alparslan Türkeş, der damalige Vorsitzende der MHP, betonte 1977 ausdrücklich die ideologische Nähe zur NPD und forderte eine Zusammenarbeit. Deutsche Neonazis wie Michael Kühnen und später Jörg Krebs lobten die Grauen Wölfe für ihre nationalistische Politik und betrachteten sie als ideologische Verbündete. Trotz dieser gegenseitigen Wertschätzung kam es jedoch kaum zu einer gegenwärtigen aktiven Kooperation. Ereignisse wie die gemeinsame Demonstration von Grauen Wölfen und Neonazis gegen die PKK in Nürnberg 2016 bleiben die Ausnahme (vgl. Bozay 2024). Die Verbindungen zwischen türkischen und deutschen Rechtsextremisten scheinen punktuell und taktisch motiviert zu sein, bleiben jedoch im Gesamtbild fragmentarisch. Während beide Strömungen ideologische Überschneidungen aufweisen, wie etwa den ethnischen Nationalismus, unterscheiden sich ihre Hauptziele (zum Beispiel das ‚Turan‘ bei den Grauen Wölfen) und historische Verankerung erheblich. Türkische rechtsextreme Gruppen wie die Grauen Wölfe operieren primär im Kontext der Diaspora und transnationalen Netzwerke, während deutsche Rechtsextreme stärker auf den lokalen Diskurs und nationalstaatliche Perspektiven fokussiert sind. Dennoch bergen potenzielle Allianzen in Bereichen wie der Ablehnung von Multikulturalismus und der politischen Mobilisierung gemeinsame Risiken, die stärker untersucht werden müssen, um mögliche Bedrohungen für den gesellschaftlichen Frieden zu antizipieren. Damit lässt sich aber feststellen, dass eine bloße starke ideologische Rechtsorientierung nicht ausreicht, um eine langfristige Zusammenarbeit zwischen den beiden extremistischen Lagern zu ermöglichen. Was eine funktionierende Verbindung auch ausschließt, ist der Verbandsantrag gegen die Grauen Wölfe ausgehend von der AfD (Alternative für Deutschland), die man als stärkste Kraft im rechten äußeren Lager sehen kann und ebenfalls unter der Beobachtung vom Verfassungsschutz steht (vgl. Kirsch 2024; Hib 2020). Obwohl die türkische und die deutsche Rechte in der Vergangenheit gelegentlich Seite an Seite standen und sich auf gemeinsame Feindbilder konzentrierten – ganz im Sinne von ‚Der Feind meines Feindes ist mein Freund‘ – fordert die am weitesten rechtsstehende Partei im Bundestag, die AfD, nun ein Verbot türkischer Rechtsextremisten, insbesondere der Grauen Wölfe. Ist der Rassismus der AfD möglicherweise so stark übergeordnet, dass er eine

Zusammenarbeit verhindert? Oder ist es schlichtweg unmöglich, ‚rechts genug‘ zu sein, um ethnische Unterschiede zu übersehen? Ideologisch und teilweise auch außenpolitisch gibt es durchaus Überschneidungen zwischen Parteien aus dem rechten Spektrum: AKP, AfD und MHP teilen eine demarkative Orientierung, sind migrationsfeindlich, nationalistisch und propagieren oft eine ethnische Homogenität. Könnte jedoch die unterschiedliche ethnische Herkunft der ‚Casus Knacksus‘ sein? Oder ist es der Islam, der für die AfD ein zentrales Feindbild darstellt? Sollte es keine Annäherung oder eine Form von ‚rechter Integration‘ zwischen diesen Strömungen geben, werden sich die türkischen Ultranationalisten auch weiterhin von der deutschen Mehrheitsgesellschaft und den rechten Parteien abgrenzen. Die bestehenden Theorien und Mechanismen zu gesellschaftlicher Fragmentierung greifen weiterhin, und die Spaltung der Bevölkerung– ethnisch, religiös und politisch– bleibt bestehen. Auch die generelle Stimmung in der deutschen Bevölkerung kann sich negativ auf das Integrationsverhalten von türkischstämmigen Menschen auswirken. Gelingt es den deutschen politischen Akteuren, wie der AfD, den Diskurs weiter in Richtung Islam-Hass und Ausländerfeindlichkeit zu treiben, so können die Reaktionen der türkischen Minderheit ähnlich denen von Solingen 1993 sein. Besonders da durch einen islamfeindlichen Kurs der rechten Parteien insbesondere das türkisch-konservative Lager angesprochen wird, was wiederum zu einem fortschreitenden Zuwachs ultranationalistischer Vereine und Organisationen führen kann (vgl. Uslucan & Brinkmann 2022, S. 6).

Ein stetiges Erstarken der türkischen Rechten stellt eine ernsthafte Gefahr für die pluralistische und demokratische Gesellschaft in Deutschland dar. Solange türkische rechtsextreme Gruppierungen aktiv bleiben, werden schutzbedürftige Minderheiten wie Kurden, Armenier (aktuell im Kontext des Bergkarabach-Konflikts) oder Aleviten weiterhin im Fadenkreuz solcher Organisationen stehen. Besonders die Repressionen gegenüber der kurdischen Minderheit, sowohl durch die deutsche als auch durch die türkische Regierung, werfen ein Schlaglicht auf die anhaltende Marginalisierung und Kriminalisierung dieser Gruppe. In der Türkei setzt die Regierung auf systematische Unterdrückung, militärische Angriffe und die Verfolgung von Aktivisten und politischen Vertretern kurdischer Organisationen, während in Deutschland eine abweichende Form der Repression sichtbar wird. Beispiele dafür sind Polizei-Razzien gegen kurdische Kulturzentren, das Verbot von kurdischen Symbolen oder die Vermutung, dass kurdische Organisationen möglicherweise Verbindungen zu verbotenen Gruppen wie der PKK haben. Vorfälle wie zum Beispiel ein Angriff auf das kurdische Kulturzentrum NAV-Berlin zeigen erneut die Gefahr durch Gewalt der türkischen Rechtsextremisten, die häufig nicht ausreichend untersucht wird. Die Gewalt der Grauen Wölfe

nimmt dabei einen transnationalen Charakter an, denn auch in anderen Ländern zeichnet sich ein derartiges Vorgehen gegenüber Kurden ab, wie kürzlich in Belgien, als mehrere kurdische Familien von Grauen Wölfen angegriffen wurden. Als Reaktion darauf riefen die Grauen Wölfe in Deutschland ebenfalls zu Angriffen gegen Kurden auf. Die Aussage der Bundesregierung bezüglich der Bedrohungslage erscheint damit als zweifelhaft, schließlich zeigen sich hier deutlich die gewalttätigen Absichten der türkischen Extremisten (vgl. Lelek 2024; El-Hitami 2024; dis:orient 2024; Delikaya 2024; Ermagan 2024; Deutscher Bundestag 2023).

Konflikte und Gewalt innerhalb der migrantischen Gemeinschaft können zudem zu einer wachsenden Verdrossenheit in der deutschen Mehrheitsgesellschaft führen – ähnlich wie während der Auseinandersetzungen zwischen linken und rechten Gruppierungen oder innerlinken Streitigkeiten in den 1970er Jahren in Deutschland. Als Folge dessen verstärkt sich die Marginalisierung und Stigmatisierung der migrantischen Gemeinschaft in Deutschland. Dies wirft die Frage auf, wie die deutsche Innenpolitik auf mögliche Eskalationen zwischen verfeindeten Migrantenlagern in Zukunft reagieren wird. Gleichzeitig stellt sich die weiterführende Frage, wie die Integration türkischstämmiger Migranten in eine demokratische Gesellschaft gelingen kann, ohne dass ethnische und ideologische Konflikte den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Diese spezifischen Auseinandersetzungen beschränken sich nicht nur auf die kurdische und türkische Diaspora. Deutschland ist mittlerweile zur Heimat von vielen verschiedenen Ethnien, Religionen und Kulturen geworden und steht damit unausweichlich vor möglichen Konflikten zwischen bestimmten Gruppen, sei es nun in religiöser oder kultureller Hinsicht.

Die Integration der türkischen Diaspora in Deutschland wird durch das Erstarken rechtsextremer Strömungen erschwert. Die exkludierende Rhetorik und die gezielte Förderung einer exklusiven türkischen Diaspora durch ultranationalistische Organisationen wie die Grauen Wölfe tragen dazu bei, die Kluft zwischen der türkischen Minderheit und der Mehrheitsgesellschaft zu vertiefen. Das Kapitel zum Transnationalismus hat veranschaulicht, dass ein wesentlicher Aspekt, der dazu beiträgt, die Kluft zu verstärken, rechtsextremistische transnationale Netzwerke sind, die als Brücke zwischen der Türkei und der Diaspora dienen. Diese Netzwerke ermöglichen die Verbreitung nationalistischer Ideologien, die politische Mobilisierung und die Verstärkung von Polarisierungen. Insbesondere die Verknüpfung staatlicher Institutionen wie DİTİB mit extremistischen Bewegungen verdeutlicht die Komplexität und die Herausforderungen, die solche Netzwerke für die deutsche Integrationspolitik darstellen. Die Einflüsse der türkischen Regierung, die explizit auf die Diaspora abzielen, verschärfen diese Problematik zusätzlich und stellen eine Herausforderung

für die Souveränität Deutschlands dar. Der Umgang mit Migrantenorganisationen ist ein schwieriges Unterfangen, da eine konkrete ideologische Abgrenzung nicht immer möglich ist.

Angesichts der Probleme und Konflikte, die die Ülkücü-Bewegung bzw. Grauen Wölfe in Deutschland verursachen, stellt sich die Frage, warum es bislang nicht zu einem Verbot ihrer Vereine und Symbole gekommen ist. Das Zögern der Bundesregierung hinsichtlich eines Verbots lässt sich zumindest teilweise erklären – oder besser gesagt, vermuten, da die Bundesregierung sehr undurchsichtig bzw. ausweichend auf politische Anfragen von Befürwortern eines Verbots reagiert. Zum einen könnten politische Verbindungen eine Rolle spielen; damit sind die zwischenstaatlichen Beziehungen mit der Türkei und Deutschland gemeint, sei es in Bezug auf Migration, Sicherheit oder Handel. Ein Verbot könnte die Beziehungen in Zukunft gefährden und möglicherweise dazu führen, dass die türkische Regierung die Repressalien als Angriff auf die türkische Identität instrumentalisiert. Zum anderen gestaltet es sich schwierig, auf Bundesebene ein flächendeckendes Verbot durchzusetzen. Dies liegt daran, dass die Ülkücü-Bewegung in Deutschland in unterschiedliche Vereine organisiert ist. Ein Verbot müsste daher das Vereinsrecht nutzen, das nur greift, wenn nachgewiesen werden kann, dass eine Organisation gegen die verfassungsmäßige Ordnung verstößt (vgl. Dağdelen 2021; Lagmöller 2024). Die Grauen Wölfe sind jedoch weder einheitlich vertreten noch zentral organisiert, was die direkte Zuweisung von Verantwortlichkeiten erschwert. Auch die Mitgliederzahlen der Vereine sind schwer zu erfassen. Diese Schwierigkeiten zeigen sich besonders bei der Einschätzung der Radikalisierung ihrer Mitglieder. Zwar können die Zahlen des Verfassungsschutzes als Anhaltspunkt dafür dienen, wie viele Personen gesichert rechtsextrem sind, doch bleibt unklar, ob die tatsächliche Zahl der radikalisierten Anhänger nicht deutlich höher liegt. Es ist jedoch anzunehmen, dass die Dunkelziffer weitaus höher ist. Problematisch ist dabei auch, dass ein Verbot möglicherweise dazu führen könnte, dass sich die Gruppen neu organisieren und unter einem anderen Namen weiter agieren.

Die Diskussion zeigt, dass das Wachstum türkischer rechtsextremer Strukturen nicht nur ein Problem innerhalb der Diaspora darstellt, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die demokratischen Werte Deutschlands herausfordert. Es bedarf einer umfassenden Strategie, die sowohl politische als auch gesellschaftliche Dimensionen berücksichtigt, um diese Herausforderungen zu bewältigen und langfristig den gesellschaftlichen Frieden zu sichern.

5. Alte Freunde, neue Gefahren

Blickt man auf die jahrzehntelange Beziehung zwischen der Türkischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland zurück, wird deutlich, dass der Aufschwung der türkischen Rechten hierzulande nicht allein auf Integrationsdefizite innerhalb der türkischen Minderheit zurückzuführen ist, sondern auch durch historische und politische Entscheidungen der deutschen Regierung– insbesondere in der Zeit vor der Wende– mitgetragen wurde. Seit der Migration türkischer Gastarbeiter hat es ein kontinuierliches Mitwirken der deutschen Regierung gegeben, das dazu beigetragen hat, dass rechte Strukturen in Deutschland entstehen und sich etablieren konnten. Teilweise wurden diese sogar bewusst toleriert oder indirekt unterstützt. Die Aktivitäten der Grauen Wölfe werden bis heute nicht konsequent unterbunden, sei es durch Vereinsverbote, den Entzug der Gemeinnützigkeit oder ein Verbot ihrer Symbolik, wie des Wolfsgrußes oder anderer Embleme, die die Zugehörigkeit zur Ülkücü-Bewegung verdeutlichen.

Der Handlungsspielraum rechtsextremer türkischer Bewegungen zeigte sich zuletzt bei der Europameisterschaft 2024 in Deutschland, bei der die nationalistische Symbolik der türkischen Fans bei entsprechenden Spielen kaum zu übersehen war. Besonders der Eklat, den der türkische Nationalspieler Demiral mit seinem ‚Wolfsgruß‘ im deutschen Stadion auslöste, ist ein prägnantes Beispiel. In der Türkei wurde diese Geste mit einem Denkmal für ihn gewürdigt, welches ihn nun in genau dieser Pose darstellt – ein Akt, der zugleich als Provokation und Verhöhnung der vermeintlichen Machtlosigkeit Deutschlands angesehen werden kann. Die Empörung, die der Zwischenfall in Deutschland auslöste, wurde von der Empörung der türkischen Regierung überschattet, die so weit ging, den deutschen Botschafter in Ankara einzubestellen. Problematisch dabei ist vor allem die Leugnung (bzw. Verharmlosung) der ideologischen Verknüpfung des Wolfsgruß mit den Ultranationalisten durch die türkische Gemeinschaft. Auch das Tattoo von Ex-Nationalspieler Mesut Özil, welches seine rechte politische Gesinnung widerspiegelt, trägt dazu bei, ultranationalistische Symbolik in der Popkultur zu verankern. Noch dazu stehen derartige Symbole gegen jegliche Werte, die im deutschen Teamsport und in einer pluralistischen Gesellschaft zentral sind: Toleranz, Vielfalt, Inklusion und Antirassismus (vgl. Sendker & Panning 2023; Breinig 2024; Rosch 2024).

Diese Arbeit hat auch verdeutlicht, dass der türkische Rechtsextremismus durch eine Vielzahl von Mechanismen beeinflusst wird und dass der türkische Rechtsruck kein neues Phänomen in der deutschen Gesellschaft ist. Die langjährigen Verbindungen zwischen der Türkei und Deutschland haben immer wieder Konflikte nach Deutschland getragen, die in der Türkei

entstanden sind. Jene Konflikte, die emotional aufgeladen und tief in den politischen Identitäten der türkischen Migranten verwurzelt sind, stellen eine besondere Herausforderung dar. Insbesondere die emotional gesteuerte Mobilisierung der türkischen Rechten konfrontiert die deutsche Gesellschaft mit einem erheblichen Problem. Eine pauschale Lösung für die beleuchteten Probleme zu finden ist, äußerst schwierig, da viele unterschiedliche Faktoren und Einflüsse berücksichtigt werden müssen. Dennoch ist es nicht unmöglich. Ein erster Schritt zur Schwächung der Ultranationalisten wäre die politische Aufklärung und die Richtigstellung ultranationalistischer Narrative, die durch die Grauen Wölfe und ähnliche Gruppen propagiert werden. Das wichtigste Mittel im Kampf gegen Rechtsextremismus ist Bildung– insbesondere eine gesunde, demokratische politische Bildung. Dieses Problem betrifft jedoch nicht nur die Grauen Wölfe oder andere türkische Nationalisten, sondern alle Menschen, die in der Bundesrepublik leben. Denn auch hierzulande gewinnen Rechtsextremismus und nationalistische Ideologien zunehmend an Einfluss, was sich besonders in den letzten Bundes- und Landtagswahlen gezeigt hat, bei denen die AfD einen deutlichen Zuwachs erzielte. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass türkische Rechtsextremisten trotz aller Unterschiede und Widrigkeiten in der Lage waren, mit deutschen Rechtsextremisten zusammenzuarbeiten. Auch wenn die momentane politische Stimmung den Eindruck erwecken könnte, dass Parteien wie die AfD eine Zusammenarbeit mit ausländischen rechtsextremen Gruppierungen ablehnen würden, hat die Geschichte deutlich gemacht, dass solche Allianzen durchaus möglich sind.

„Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“- Bertolt Brecht

Literaturverzeichnis

Adar, Sinem (2020): Eine Neubetrachtung der politischen Einstellungen türkischer Migranten in Deutschland. Analyse des Wahlverhaltens jenseits von »Loyalität gegenüber der Türkei« und »Mangel an demokratischer Kultur«. Hg. v. Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Berlin. Online verfügbar unter <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2020S06/>.

Ağar, Volkan (2020): Türkischer Sender TRT auf deutsch: Die dreckige Wäsche der Anderen. In: *taz*, 08.02.2020. Online verfügbar unter <https://taz.de/Tuerkischer-Sender-TRT-auf-deutsch/!5658836/>, zuletzt geprüft am 09.12.2024.

Ağar, Volkan; Belghaus, Nora; Çelikkan, Ali (2023): Rechtsextreme Graue Wölfe: Morddrohungen ohne Konsequenzen. In: *taz*, 29.11.2023. Online verfügbar unter <https://taz.de/Rechtsextreme-Graue-Woelfe/!5976885/>, zuletzt geprüft am 20.12.2024.

Aktoprak, Levent (2020): Türkische Medien in Deutschland - Von staatlich gelenkt bis unpolitisch. Hg. v. Deutschlandfunk. Deutschlandfunk. Online verfügbar unter <https://www.deutschlandfunk.de/tuerkische-medien-in-deutschland-von-staatlich-gelenkt-bis-100.html>, zuletzt aktualisiert am 16.11.2024, zuletzt geprüft am 16.11.2024.

Akyol, Çiğdem (2023): 100 Jahre Republik Türkei. In: *Bundeszentrale für politische Bildung*, 29.09.2023. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/tuerkei-2023/541107/100-jahre-republik-tuerkei/>, zuletzt geprüft am 09.10.2024.

Anderson, Benedict (1983): *Imagined communities. Reflections on the origin and spread of nationalism*. London: Verso.

Argument Verlag GmbH (Hg.) (2005): *DAS ARGUMENT 260 – Neosexuelle Revolution?:* Argument Verlag GmbH. Online verfügbar unter <https://argument.de/produkt/das-argument-260-neosexuelle-revolution/>, zuletzt geprüft am 07.01.2025.

Arslan, Emre (2009): *Der Mythos der Nation im Transnationalen Raum. Türkische Graue Wölfe in Deutschland*.

Arslan, Zeynep; Goetz, Judith (2022): Türkischer Rechtsextremismus als transnationales Phänomen – Fanatisierungsprozesse von Jugendlichen mit Migrationsgeschichte am Beispiel der Ausschreitungen in Wien/Favoriten 2020. In: Judith Goetz, Susanne Reitmair-Juárez und Dirk Lange (Hg.): *HANDLUNGSSTRATEGIEN GEGEN RECHTSEXTREMISMUS*. Politische bildung - pdagogik -. [S.l.]: VS VERLAG FÜR SOZIALWISSE (Citizenship. Studien zur Politischen Bildung), S. 117–138.

Aydin, Yasar (2014): Die neue türkische Diasporapolitik: ihre Ziele, ihre Grenzen und ihre Herausforderungen für die türkeistämmigen Verbände und die Entscheidungsträger in Deutschland 14/2014, S. 29. Online verfügbar unter <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/40066>.

Aytaş, Hakan (2018): YTB Başkanı Köse: Köln, Türk diasporasının başkentidir. In: *hurriyet.com.tr* 2018, 23.03.2018. Online verfügbar unter <https://www.hurriyet.com.tr/avrupa/ytb-baskani-kose-koln-turk-diasporasinin-baskentidir-40782221>, zuletzt geprüft am 18.11.2024.

Babacan, Errol (2020): *Hegemonie und Kulturkampf*. Bielefeld, Germany: transcript Verlag (101).

Balistreri, Alexander E. (2023): Neuere und neuste Geschichte der „Neuen Türkei“. In: *Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg* (Hg.): *B&S 1/2-2023 100 Jahre Türkei. Die Republik zwischen Tradition und Erneuerung*, S. 2–11.

Bilgili, Hazal; Çati, Bahar (2023): Zur Geschichte, Ideologie und Aktualität des türkischen Faschismus mit gesondertem Blick auf sein Wirken in Deutschland. In: *lux prima* (Hg.): *Verschwörungsmythen, Heimatschutz und autoritäre "Identitäten"*. Wissenschaftliche Untersuchungen gegen Rechts. 1. Auflage. Münster: edition assemblage, S. 136–154.

Bozay, Kemal (2023): Rechtsextremismus hat viele Gesichter. In: Birgül Demirtas, Adelheid Schmitz, Derya Gür-Seker und Çagri Kahveci (Hg.): *Solingen, 30 Jahre nach dem Brandanschlag*. Bielefeld, Germany: transcript Verlag (142), S. 245–256.

Bozay, Kemal (2017): Unter Wölfen?! In: Kemal Bozay und Dierk Borstel (Hg.): *Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden (SpringerLink Bücher), S. 165–185.

Bozay, Kemal (2024): *Graue Wölfe – eine der größten rechtsextremen Organisationen in Deutschland*. Hg. v. Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter

<https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/260333/graue-woelfe-eine-der-groessten-rechtsextremen-organisationen-in-deutschland/>, zuletzt aktualisiert am 20.08.2024, zuletzt geprüft am 07.01.2025.

Bozay, Kemal; Borstel, Dierk (Hg.) (2017): Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden (SpringerLink Bücher).

Breinig, Kerstin (2024): "Graue Wölfe" in Deutschland: Salonfähig durch die EM? Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/graue-woelfe-114.html>, zuletzt aktualisiert am 13.07.2024, zuletzt geprüft am 20.12.2024.

Bundesamt für Verfassungsschutz (2020): Zahlen und Fakten - Zahlen und Fakten. Online verfügbar unter https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/rechtsextremismus/zahlen-und-fakten/zahlen-und-fakten_artikel.html, zuletzt aktualisiert am 09.11.2020, zuletzt geprüft am 09.12.2024.

Bundesamt für Verfassungsschutz (2021): Das Netzwerk der Neuen Rechten. Online verfügbar unter <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/hintergruende/DE/rechtsextremismus/das-netzwerk-der-neuen-rechten.html>, zuletzt aktualisiert am 06.11.2021, zuletzt geprüft am 02.09.2024.

Bundesamt für Verfassungsschutz (2023): Türkischer Rechtsextremismus - Die „Grauen Wölfe“ in Deutschland. Online verfügbar unter <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/hintergruende/DE/auslandsbezogener-extremismus/tuerkischer-rechtsextremismus-in-deutschland.html>, zuletzt aktualisiert am 08.12.2021, zuletzt geprüft am 14.10.2024.

Çelikkan, Ali (2021): Deutsche Politik und die türkeistämmigen Wähler*innen | Heinrich-Böll-Stiftung. Hg. v. Heinrich-Böll-Stiftung. Online verfügbar unter https://www.boell.de/de/2021/09/28/deutsche-politik-und-die-tuerkeistaemmigen-waehlerinnen?utm_source=chatgpt.com, zuletzt aktualisiert am 21.12.2024, zuletzt geprüft am 21.12.2024.

Clarkson, Alexander (2022): Die Macht der Diaspora. Die unbekannte Geschichte der Emigranten in Deutschland seit 1945. Berlin: Propyläen.

Dağdelen, Sevim (2021): Zum Verbotsverfahren der Grauen Wölfe in Deutschland. Online verfügbar unter https://www.sevimdagdelen.de/zum-verbotsverfahren-der-grauen-woelfe-in-deutschland/?utm_source=chatgpt.com, zuletzt aktualisiert am 15.03.2023, zuletzt geprüft am 27.12.2024.

Delikaya, Büşra (2024): Mehrere Verletzte: Türkische Nationalisten in Belgien greifen kurdische Familien an. Hg. v. Tagesspiegel. Online verfügbar unter <https://www.tagesspiegel.de/mehrere-verletzte-turkische-nationalisten-in-belgien-greifen-kurdische-familien-an-11423369.html>, zuletzt aktualisiert am 26.03.2024, zuletzt geprüft am 07.01.2025.

Demirtas, Birgül; Schmitz, Adelheid; Gür-Seker, Derya; Kahveci, Çagri (Hg.) (2023): Solingen, 30 Jahre nach dem Brandanschlag. Bielefeld, Germany: transcript Verlag (142).

Deutscher Bundestag (2023): Gefahr für kurdischstämmige Personen bzw. türkische Oppositionelle durch die rechtsextremistische Organisation "Graue Wölfe". Schriftliche Frage/Schriftliche Antwort BT-Drucksache 20/7148 Nr. 68. Hg. v. DIP. Online verfügbar unter <https://dip.bundestag.de/vorgang/gefahr-f%C3%BCr-kurdischst%C3%A4mmige-personen-bzw-t%C3%BCrkische-oppositionelle-durch-die-rechtsextremistische/301012?f.deskriptor=Politische%20Straftat&start=75&rows=25&pos=99&ctx=d>, zuletzt aktualisiert am 28.11.2023, zuletzt geprüft am 20.12.2024.

dis:orient (2024): Angriff auf Kurd:innen in Belgien: Deutsche Medien und rechtes Framing. Hg. v. dis:orient. Online verfügbar unter <https://www.disorient.de/magazin/angriff-auf-kurdinnen-belgien-deutsche-medien-und-rechtes-framing>, zuletzt aktualisiert am 09.09.2024, zuletzt geprüft am 09.09.2024.

Ekinci, Burhan; Rüzgar, Arif (2020): Erdoğan's Traum von einem großtürkisch-islamistischen Imperium - Rosa-Luxemburg-Stiftung. Der türkische Präsident will das Osmanische Reich zurück und hat einen Plan. Hg. v. Rosa Luxemburg Stiftung. Online verfügbar unter <https://www.rosalux.de/news/id/43250/erdogans-traum-von-einem-grosstuerkisch-islamistischen-imperium>, zuletzt aktualisiert am 20.10.2024, zuletzt geprüft am 20.10.2024.

El-Hitami, Hannah (2024): Gegen das Stigma. Hg. v. Amnesty International. Deutschland. Online verfügbar unter <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/deutschland-kurden-unterdrueckung-buch-Schamberger-Glasner-Hummel-Morres-gegen-das-stigma>, zuletzt aktualisiert am 27.12.2024, zuletzt geprüft am 27.12.2024.

Ermagan, Ninve (2024): Türkische Rechtsextremisten: Wie "Graue Wölfe" Kritiker jagen. Hg. v. zdfheute. Online verfügbar unter <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/graue-woelfe-drohung-kurden-armenier-rechtsextremismus-verbot-100.html>, zuletzt aktualisiert am 07.08.2024, zuletzt geprüft am 09.09.2024.

Flaskamp, Mona (2021): Türkischer Nationalismus: Der offene Antisemitismus der Grauen Wölfe in Deutschland. Hg. v. Belltower News. Online verfügbar unter <https://www.belltower.news/tuerkischer-nationalismus-der-offene-antisemitismus-der-grauen-woelfe-in-deutschland-117697/>, zuletzt aktualisiert am 24.06.2021, zuletzt geprüft am 18.11.2024.

Gecer, Hogir (2018): Die Anwendung der Cleavage-Theorie auf die Türkei. Universität Mannheim. Online verfügbar unter <https://madoc.bib.uni-mannheim.de/46584/>, zuletzt aktualisiert am 25.09.2024, zuletzt geprüft am 25.09.2024.

Geißler, Rainer (Hg.) (2006): Integration durch Massenmedien. Medien und Migration im internationalen Vergleich = Mass media integration. Bielefeld: transcript (Medienumbrüche, Bd. 17).

Goetz, Judith; Reitmair-Juárez, Susanne; Lange, Dirk (Hg.) (2022): HANDLUNGSSTRATEGIEN GEGEN RECHTSEXTREMISMUS. Politische bildung - pdagogik -. [S.l.]: VS VERLAG FÜR SOZIALWISSE (Citizenship. Studien zur Politischen Bildung).

Göğüş, Sezer İdil (2018): Die neue Diasporapolitik der Türkei und Türkeistämmige in Deutschland. Hg. v. Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/280578/die-neue-diasporapolitik-der-tuerkei-und-tuerkeistaemmige-in-deutschland/>, zuletzt aktualisiert am 23.08.2018, zuletzt geprüft am 15.11.2024.

Götting, Doris (2014): Die türkisch-deutsche Waffenbrüderschaft im Ersten Weltkrieg. Hg. v. Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/themen/europa/tuerkei/184966/die-tuerkisch-deutsche-waffenbruederschaft-im-ersten-weltkrieg/>, zuletzt aktualisiert am 16.12.2021, zuletzt geprüft am 07.10.2024.

Guarnizo, Luis Eduardo; Portes, Alejandro; Haller, William (2003): Assimilation and Transnationalism: Determinants of Transnational Political Action among Contemporary Migrants. In: *American Journal of Sociology* 108 (6), S. 1211–1248. DOI: 10.1086/375195.

Halm, Dirk (2006): Die Medien der türkischen Bevölkerung in Deutschland Berichterstattung, Nutzung und Funktion / The Media of the Turkish Population in Germany Coverage, Reception and Function. In: Rainer Geißler (Hg.): Integration durch Massenmedien. Medien und Migration im internationalen Vergleich = Mass media integration. Bielefeld: transcript (Medienumbrüche, Bd. 17), S. 77–92.

Han, Petrus (2017): Theorien zur internationalen Migration. Ausgewählte interdisziplinäre Migrationstheorien und deren zentrale Aussagen. 2., korrigierte Auflage. Konstanz, München: UVK Verlagsgesellschaft mbH; UVK/Lucius (utb-studi-e-book, 2814). Online verfügbar unter <https://elibrary.utb.de/doi/book/10.36198/9783838549293>.

hib (2020): AfD will Verbot der 'Grauen Wölfe'. Unter Mitarbeit von Stephan Balling, Lisa Brüllner, Claudia Heine, stellv. Chefredakteur (Alexander Heinrich), Nina Jeglinski, Claus Peter Kosfeld et al. Hg. v. heute im bundestag. Online verfügbar unter https://www.bundestag.de/webarchiv/presse/hib/2020_11/807074-807074?utm_source=chatgpt.com, zuletzt aktualisiert am 22.12.2024, zuletzt geprüft am 22.12.2024.

hib (2023): Türkischer Rechtsextremismus in Deutschland. Unter Mitarbeit von Stephan Balling, Lisa Brüllner, Claudia Heine, stellv. Chefredakteur (Alexander Heinrich), Nina Jeglinski, Claus Peter Kosfeld et al. Hg. v. heute im bundestag. Berlin. Online verfügbar unter <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-966590>, zuletzt geprüft am 16.11.2024.

Hohberger, Wiebke; Karadag, Roy; Müller, Katharina; Ramm, Christoph (Hg.) (2018): Grensräume, Grenzgänge, Entgrenzungen. Junge Perspektiven der Türkei-forschung. Wiesbaden: Springer VS (SpringerLink Bücher).

Işık, Hêvîdar (2023): Werde Deutsch, bleibe Türke - Eine Analyse der Rekrutierungsstrategien der Grauen Wölfe in Deutschland am Beispiel der ADÜTDF. In: lux prima (Hg.): Verschwörungsmythen, Heimatschutz und autoritäre "Identitäten". Wissenschaftliche Untersuchungen gegen Rechts. 1. Auflage. Münster: edition assemblage, S. 155–172.

Jander, Martin; Kahane, Anetta (Hg.) (2020): Gesichter der Antimoderne. Gefährdungen demokratischer Kultur in der Bundesrepublik Deutschland. 1st ed. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft (Interdisziplinäre Antisemitismusforschung/Interdisciplinary Studies on Antisemitism, 12).

Kailitz, Steffen (Hg.) (2007): Schlüsselwerke der Politikwissenschaft. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.

Kirsch, Samuel (2024): AfD als Verdachtsfall beobachten? Was ein Gericht nun prüft. Hg. v. zdfheute. Online verfügbar unter https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/afd-beobachtung-verdachtsfall-verfassungsschutz-prozess-100.html?utm_source=chatgpt.com, zuletzt aktualisiert am 12.03.2024, zuletzt geprüft am 22.12.2024.

Klein, Oliver; Klauser, Felix (2023): Warum zeigt sich Özil bei Instagram mit Graue-Wölfe-Tattoo? Hg. v. zdfheute. Online verfügbar unter <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/graue-woelfe-mesut-oezil-hintergrund-100.html>, zuletzt aktualisiert am 24.07.2023, zuletzt geprüft am 02.12.2024.

Kreiser, Klaus (2012): Geschichte der Türkei. Von Atatürk bis zur Gegenwart. C.H.Beck: Verlag C.H.BECK oHG (C. H. Beck Wissen, 303).

Kriesi, Hanspeter; Grande, Edgar; Lachat, Romain; Dolezal, Martin; Bornschie, Simon; Frey, Timotheos (2008): Globalizing West European politics: the change of cleavage structures, parties and party systems in comparative perspective. In: Hanspeter Kriesi, Edgar Grande, Romain Lachat, Martin Dolezal, Simon Bornschie und Timotheos Frey (Hg.): West European Politics in the Age of Globalization: Cambridge University Press, S. 320–344.

Kriesi, Hanspeter; Grande, Edgar; Lachat, Romain; Dolezal, Martin; Bornschie, Simon; Frey, Timotheos (Hg.) (2008): West European Politics in the Age of Globalization: Cambridge University Press.

Küpeli, Ismail (2020): Der türkische Nationalismus als antipluralistische Ideologie. In: Martin Jander und Anetta Kahane (Hg.): Gesichter der Antimoderne. Gefährdungen demokratischer Kultur in der Bundesrepublik Deutschland. 1st ed. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft (Interdisziplinäre Antisemitismusforschung/Interdisciplinary Studies on Antisemitism, 12), S. 305–318.

Küpeli, Ismail (2021): "Oh du türkische Nation!": Ein zentrales Fundament der türkischen Staatsideologie ist antikurdischer Rassismus. Online verfügbar unter https://www.researchgate.net/profile/ismail-kuepeli-2/publication/356129805_oh_du_turkische_nation_ein_zentrales_fundament_der_turkischen_staatsideologie_ist_antikurdischer_rassismus.

Küpeli, Ismail (2023): Verschwörungsnarrative im türkischen Nationalismus. Akteur: innen der türkisch-islamischen Ideologie in Deutschland und ihre Rolle für den antiarmenischen ... Online verfügbar unter <https://kidoks.bsz-bw.de/frontdoor/index/index/docid/4079>.

Lagmüller, Alena (2024): Rechtsextremes Symbol: Warum der Wolfsgruß in Deutschland nicht strafbar ist. Hg. v. tagesschau.de. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/graue-woelfe-symbolik-100.html>, zuletzt aktualisiert am 07.03.2024, zuletzt geprüft am 09.09.2024.

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hg.) (2023): B&S 1/2-2023 100 Jahre Türkei. Die Republik zwischen Tradition und Erneuerung. Online verfügbar unter https://www.lpb-bw.de/publikation-anzeige/bs-1-2-2023-100-jahre-tuerkei-3648?tt_products%5BbackPID%5D=14925, zuletzt geprüft am 20.09.2023.

Lelek, Christian (2024): Razzia und Brandanschlag auf kurdisches Kulturzentrum Nav-Berlin. In: *nd - Journalismus von links*, 06.10.2024. Online verfügbar unter <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1185777.kurden-in-berlin-razzia-und-brandanschlag-auf-kurdisches-kulturzentrum-nav-berlin.html>, zuletzt geprüft am 27.12.2024.

Lipset, Seymour Martin; Rokkan, Stein (1967): Party systems and voter alignments. cross-national perspectives. New York: Free Press [u.a.] (International yearbook of political behavior research).

lux prima (Hg.) (2023): Verschwörungsmythen, Heimatschutz und autoritäre "Identitäten". Wissenschaftliche Untersuchungen gegen Rechts. lux prima; edition assemblage. 1. Auflage. Münster: edition assemblage.

Mayer, Ruth (2015): Die Geburt der Nation als Migrationspraxis. Benedict Anderson: „Imagined Communities“. In: Paul Mecheril und Julia Reuter (Hg.): Schlüsselwerke der Migrationsforschung. Pionierstudien und Referenztheorien. Wiesbaden: Springer Fachmedien (Interkulturelle Studien), S. 263–273.

Mecheril, Paul; Reuter, Julia (Hg.) (2015): Schlüsselwerke der Migrationsforschung. Pionierstudien und Referenztheorien. Wiesbaden: Springer Fachmedien (Interkulturelle Studien).

Mumay, Bülent (2024): Social Media: Freund und Feind der AKP Regierung. Hg. v. Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/themen/europa/tuerkei/544501/social-media-freund-und-feind-der-akp-regierung/>, zuletzt aktualisiert am 14.02.2024, zuletzt geprüft am 16.11.2024.

Münkler, Herfried (2008): Geschichtsmythen und Nationenbildung. Hg. v. Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/themen/erinnerung/geschichte-und-erinnerung/39792/geschichtsmythen-und-nationenbildung/>, zuletzt aktualisiert am 2008, zuletzt geprüft am 29.11.2024.

Nabert, Alexander (2019): Ditib-Moscheegemeinden in der Kritik: Beten für die Invasion. Hg. v. taz Verlags u. Vertriebs GmbH. Online verfügbar unter <https://taz.de/Ditib-Moscheegemeinden-in-der-Kritik/!5633852/>, zuletzt aktualisiert am 15.10.2019, zuletzt geprüft am 05.01.2025.

- Özbek, Sinan (2005): Subimperialistischer Rassismus am Beispiel der Türkei. In: Argument Verlag GmbH (Hg.): DAS ARGUMENT 260 – Neosexuelle Revolution?: Argument Verlag GmbH, S. 178–188.
- Özdoğan, Mehmet (2002): Ideology and archaeology in Turkey. Online verfügbar unter <https://api.taylorfrancis.com/content/chapters/edit/download?identifiername=doi&identifiervalue=10.4324/9780203029817-6&type=chapterpdf>.
- Plaggenborg, Stefan (2012): Ordnung und Gewalt. Kemalismus - Faschismus - Sozialismus. München: Oldenbourg.
- Portes, Alejandro; Fernández-Kelly, Patricia; Haller, William (2005): Segmented assimilation on the ground: The new second generation in early adulthood. In: *Ethnic and Racial Studies* 28 (6), S. 1000–1040. DOI: 10.1080/01419870500224117.
- Portes, Alejandro; Zhou, Min (1993): The New Second Generation: Segmented Assimilation and its Variants. In: *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* 530 (1), S. 74–96. DOI: 10.1177/0002716293530001006.
- Rickenberg, Lena (2018): Deutschland als 86. Wahlkreis der Türkei? In: Wiebke Hohberger, Roy Karadag, Katharina Müller und Christoph Ramm (Hg.): Grenzüberschreitende politische Orientierungen Türkeistämmiger in Deutschland. In: *Leviathan* 46 (4), S. 493–526. DOI: 10.5771/0340-0425-2018-4-493.
- Rogg, Inga (2017): Türkei, die unfertige Nation. Erdogans Traum vom Osmanischen Reich. Weitere Beteiligte: Sebastian Pappenberger. München: ABOD Verlag.
- Rosch, Markus (2024): Türkei: Wenig Verständnis für Kritik am Wolfsgruß. Hg. v. tagesschau.de. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/ausland/wolfsgruss-debatte-100.html>, zuletzt aktualisiert am 07.04.2024, zuletzt geprüft am 09.09.2024.
- Sauer, Martina; Halm, Dirk (2018): Grenzüberschreitende politische Orientierungen Türkeistämmiger in Deutschland. In: *Leviathan* 46 (4), S. 493–526. DOI: 10.5771/0340-0425-2018-4-493.
- Schildberg, Cäcilie (2010): Politische Identität und Soziales Europa. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schiller, N. G.; Basch, L.; Blanc-Szanton, C. (1992): Transnationalism: a new analytic framework for understanding migration. In: *Annals of the New York Academy of Sciences* 645, S. 1–24. DOI: 10.1111/j.1749-6632.1992.tb33484.x.
- Schmitt-Beck, Rüdiger (2007): Seymour M. Lipset/Stein Rokkan (Hrsg.), Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives, New York/London 1967. In: Steffen Kailitz (Hg.): Schlüsselwerke der Politikwissenschaft. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss, S. 251–255.
- Sendker, Marion; Panning, Jonas (2023): Özil und die Grauen Wölfe: Der Traum vom großtürkischen Reich. Hg. v. Deutschlandfunk. Online verfügbar unter <https://www.deutschlandfunk.de/graue-woelfe-in-deutschland-der-traum-vom-grosstuerkischen-100.html>, zuletzt aktualisiert am 25.12.2024, zuletzt geprüft am 29.12.2024.
- Söylemez, Seçkin (2023): Türkeiwahlen 2023 transnational. In: *Bundeszentrale für politische Bildung*, 29.09.2023. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/tuerkei-2023/541108/tuerkeiwahlen-2023-transnational/>, zuletzt geprüft am 11.12.2024.
- Statista (2024): Diskriminierung, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus in Deutschland. Hg. v. Statista. Online verfügbar unter <https://de.statista.com/themen/7008/diskriminierung-auslaenderfeindlichkeit-und-rassismus-in-deutschland/#topicOverview>, zuletzt aktualisiert am 15.10.2024, zuletzt geprüft am 02.12.2024.
- Taylor, Charles; Gutmann, Amy; Appiah, Anthony; Habermas, Jürgen; Rockefeller, Stephen C.; Walzer, Michael; Wolf, Susan (2011): Multiculturalism. (Expanded paperback edition). Hg. v. Amy Gutmann. Princeton: Princeton University Press (The University Center for Human Values Series, 15). Online verfügbar unter <https://www.degruyter.com/isbn/9781400821402>.
- Uslucan, Hacı-Halil (2017): Türkeistämmige in Deutschland. Heimatlos oder überall zuhause? In: *Bundeszentrale für politische Bildung* 2017, 10.03.2017. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/243864/tuerkeistaemmige-in-deutschland-heimatlos-oder-ueberall-zuhause/>, zuletzt geprüft am 05.03.2023.
- Uslucan, Hacı-Halil; Brinkmann, Heinz Ulrich (Hg.) (2022): Dabeisein und Dazugehören. Integration in Deutschland. Springer Fachmedien Wiesbaden. 2., überarbeitete und aktualisierte Auflage. Wiesbaden, Heidelberg: Springer VS.

Vaillant, Nikita (2021): Die größte rechtsradikale Organisation Deutschlands. Hg. v. fluter. Online verfügbar unter https://www.fluter.de/graue-woelfe-kurz-erklart?utm_source=chatgpt.com, zuletzt aktualisiert am 05.07.2024, zuletzt geprüft am 30.12.2024.

Voigt, Christof (2023): Gefahr durch rechtsextreme Graue Wölfe. Hg. v. WDR. Online verfügbar unter <https://www1.wdr.de/nachrichten/ruhrgebiet/gefahr-durch-rechtsextreme-graue-woelfe-100.html>, zuletzt aktualisiert am 18.09.2023, zuletzt geprüft am 09.09.2024.

Winter, Rainer; Staber, Anja (2015): Das Leben an den Rändern. Entstehung und Perspektiven von Hybridität in soziologischer Sicht. Der Beitrag von Robert E. Park und Everett V. Stonequist. In: Paul Mecheril und Julia Reuter (Hg.): Schlüsselwerke der Migrationsforschung. Pionierstudien und Referenztheorien. Wiesbaden: Springer Fachmedien (Interkulturelle Studien), S. 45–59.

Xypolia, Ilia (2016): Racist Aspects of Modern Turkish Nationalism. In: *Journal of Balkan and Near Eastern Studies* 18 (2), S. 111–124. DOI: 10.1080/19448953.2016.1141580.